

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1972

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Berufs- und Ausbildungspendler 1970

- 147 Der Trend zur Konzentration der Arbeitsstätten in städtischen Zentren findet in jüngster Zeit eine Parallele im schulischen Bereich. Infolge der Schaffung von Mittelpunktschulen und Schulzentren mit großem Einzugsbereich hat in dem Zeitraum von 1961 bis 1970 die Pendelwanderung unter Schülern und Studenten stärker zugenommen als unter den Erwerbstätigen.
-

Berufsbildende Schulen 1971

- 154 Zunehmendes Interesse am 10. Vollzeitschuljahr (Berufsgrundschuljahr), mehr Schüler an Berufsfach- und Fachoberschulen sowie weniger Teilzeit-Berufsschüler kennzeichnen den Trend zu qualifizierterer Ausbildung im berufsbildenden Schulwesen.
-

Straßenverkehrsunfälle 1971

- 157 Im Jahre 1971 war seit längerer Zeit erstmals wieder eine günstigere Unfallsituation als im Vorjahr zu beobachten. Bei näherer Betrachtung ergibt sich allerdings, daß sich dieses Jahr nahezu auf der allmählich ansteigenden Gerade eines Trends befindet, der 1970 durch eine Explosion der Unfallziffer lediglich unterbrochen wurde.
-

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1971

- 161 Begünstigt durch geographische, klimatische und verkehrsstrukturelle Gegebenheiten gehört Rheinland-Pfalz zu denjenigen Bundesländern, in welchen dem Gastgewerbe und dem Fremdenverkehr eine überdurchschnittlich hohe Bedeutung zukommt.
-

Öffentliche Jugendhilfe 1971

- 168 Die Bedeutung, welche der öffentlichen Jugendhilfe zukommt, wird durch die Zunahme der dafür verausgabten Gelder, die 1971 rund + 35% betrug, unterstrichen. Die Summe der Mittel erreichte beinahe 75 Mill. DM.
-

Öffentliche Verschuldung 1971

- 172 Die Zunahme der Gesamtverschuldung von Land und Gemeinden (Gv.) ist 1971 stärker gewesen als im Vorjahr. Während das Land entsprechend den konjunkturellen Erfordernissen die Schuldenaufnahme verstärkte, verhielten sich die Gemeinden zurückhaltender als im Vorjahr.
-

Anhang

- 49* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
55* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Jeder dritte Erwerbstätige und in Ausbildung Befindliche pendelt täglich

In Rheinland-Pfalz überschreiten auf dem Weg zu ihrer Arbeits- oder Ausbildungsstätte täglich 675 456 Menschen als Pendler die Grenze ihrer Wohngemeinde. Von den erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Menschen pendelt täglich nahezu jeder Dritte. Die absolute Erhöhung der Zahl der Ausbildungspendler seit 1961 ist mit rund 88 000 doppelt so groß wie die der Berufspendler, so daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auspendler von 8,6% im Jahre 1961 auf 20% im Jahre 1970 angestiegen ist.

Die Zahl der Berufspendler hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. An der Zahl der Berufspendler sind die Frauen mit einem Anteil von 25% unterrepräsentiert, denn sie stellen 34% der Erwerbstätigen. Wie weitgehend für die Frauen bei der Wahl des Arbeitsortes Rücksichten auf Haushalt und Familie eine Rolle spielen, die allzu weite Wege ausschließen, resultiert daraus, daß unter den unverheirateten Berufspendlern der Anteil der Frauen 41%, unter den verheirateten aber nur 16% beträgt.

Die höchsten Auspendlerquoten haben die ländlichen Einzugsgebiete im Umkreis städtischer Zentren und besonders bevorzugter Industrieansiedlungen aufzuweisen (Landkreis Ludwigshafen 67,4%), die geringsten die städtearmen, dünn besiedelten Gebiete des nördlichen Landesteils (Landkreis Bernkastel-Wittlich 29,7%).

40% der Berufspendler und 28% der Ausbildungspendler sind täglich eine Stunde oder länger unterwegs; nur 16% der Pendelwanderung geht über den Schienenweg. Das am häufigsten benutzte Verkehrsmittel ist bei den Berufspendlern der Personenkraftwagen (55%), bei den Ausbildungspendlern der Schulbus (42,5%).

Mehr über dieses Thema auf Seite 147

Geringe Kirschenerte erwartet

Bedingt durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse während der Blüte und als Nachwirkungen der großen Trockenheit des letzten Jahres wird die Kirschenerte 1972 in Rheinland-Pfalz erheblich niedriger ausfallen als im vergangenen Jahre und im mehrjährigen Durchschnitt. Nach vorläufigen Ermittlungen kann bei Süßkirschen mit einem Baumertrag von gut 19 kg je Baum gerechnet werden gegenüber 27,8 kg im Jahre 1971 und 26,7 kg im Sechsjahresdurchschnitt 1966/71. Demnach dürfte die Kirschenerte insgesamt rund 143 000 dz betragen und um gut 30% unter der Ernte von 1971 bleiben. Bei Sauerkirschen ergaben die vorläufigen Schätzungen 16 kg je Baum, während 1971 24,2 kg und im mehrjährigen Durchschnitt 20,9 kg geerntet wurden. Die Erntemenge wird sich damit nur auf etwa 140 000 dz belaufen und das Ergebnis von 1971 um mehr als ein Drittel und das im Sechsjahresdurchschnitt um etwa ein Viertel unterschreiten. Im größten geschlossenen Kirschenanbaugebiet Europas zwischen Mainz und Bingen werden voraussichtlich nur etwa 70 000 dz Sauerkirschen anfallen, gegenüber 114 000 dz im vergangenen Jahre.

Die genannten Prognosen dürften nur unter der Bedingung eines normalen Witterungsverlaufs zutreffen. Inwieweit die um die Monatswende Juni/Juli gefallenen starken Niederschläge zu weiteren Einbußen geführt haben, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden. tg

Gut 10 000 dz Erdbeeren

Die in den letzten Jahren beobachtete rückläufige Entwicklung des Erdbeeranbaus in Rheinland-Pfalz setzte sich auch 1972 fort. Nach vorläufigen Ermittlungen wird die Anbaufläche 1972 nur 155 ha umfassen gegenüber 169 im Jahre 1971 und 208 ha im Sechsjahresdurchschnitt 1966/71. Nach den letzten Vorschätzungen sind Hektarerträge von gut 70 dz zu erwarten, während 1971 um 64,6 dz und im mehrjährigen Durchschnitt 75,7 dz anfielen. Die Gesamternte dürfte etwa 11 000 dz betragen und damit trotz des Anbaurückgangs noch das Ergebnis von 1971 erreichen. Es bleibt jedoch abzuwarten ob — ähnlich wie im vergangenen Jahre — die starken Niederschläge Ende Juni und Anfang Juli wiederum zu erheblichen Fruchtausfällen geführt haben. tg

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 1971/72

Von 100 rheinland-pfälzischen Schülern und Studenten besuchen 19 (1967 noch rund 22) die berufsbildenden Schulen des Landes. Unterschiedlich — und gekennzeichnet von strukturellen Veränderungen — verlief die Entwicklung bei den einzelnen Schularten. Verringert haben sich gegenüber 1967 die Schülerzahlen der 78 Berufsschulen (—6,1%), während an den 171 Berufsfach- und 186 Fachschulen eine Zunahme um 19% festgestellt wurde. Auf die Erweiterung des berufsbildenden Schulwesens um die seit 1969/70 bestehenden Fachoberschulen (24) mit damals 615 und zu Beginn des laufenden Schuljahres 3 118 Schülern in 47 Schulen folgte im Herbst 1971 eine Umwandlung der bisherigen Ingenieur- und Höheren Fachschulen in Fachhochschulabteilungen. Bei den Berufsaufbauschulen, deren Zahl seit 1967 von 40 auf 56 gestiegen ist, hat sich die Schülerzahl nur wenig verändert. Neben den insgesamt 2 725 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrern sind in diesem Jahr 4 318 nebenamtliche, nebenberufliche und teilbeschäftigte Lehrpersonen an berufsbildenden Schulen tätig. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 154

Unfallziffer 1971 auf den Trend der vorausgegangenen Jahre zurückgegangen

Im Jahre 1971 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen um 2,2% weniger Unfälle als im Vorjahr. Die Zahl der an Personenschadens-Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer verringerte sich gleichzeitig um 3,1%. Außerdem verunglückten in diesem Jahr um 2,8% weniger Menschen als 1970. Bei einer längerfristigen Betrachtung ergibt sich allerdings, daß sich das Jahr 1971 nahezu auf der Gerade eines stetig ansteigenden Trends befindet, der 1970 durch eine Explosion der Unfallziffer unterbrochen wurde.

Durch verkehrswidriges Verhalten gaben Moped- und Pkw-Fahrer am häufigsten zu Personenschadens-Unfällen Anlaß. Dabei waren Pkw-Fahrer (29,2%) überwiegend zu schnell gefahren, während Mopedfahrer am meisten durch Alkoholeinfluß zum Unfall beitrugen. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 157

Bemerkenswerter Anstieg der Unfallziffer im 1. Quartal 1972

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen ereigneten sich im 1. Quartal 1972 insgesamt 20 345 Unfälle. Bei 4 914 Personenschadens-Unfällen wurden 254 Menschen getötet, 2 567 schwer- und 4 559 leichtverletzt. Im Verlauf der restlichen 15 431 Unfälle entstand nur Sachschaden. Gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum stieg damit die Unfallziffer wieder um 1 418 oder 7,5% erheblich an. Diese Entwicklung ist besonders bemerkenswert, weil im Jahr zuvor ein Rückgang um 7,3% zu beobachten war. Aber nicht nur die Zahl der Unfälle, sondern auch die der verunglückten Personen nahm erheblich zu. So wurden 25 oder 10,9% Getötete, 641 oder 33,3% Schwerverletzte und 624 oder 15,9% Leichtverletzte mehr gezählt als im 1. Quartal 1971.

Diese Entwicklung wurde jedoch fast ausschließlich vom Monat März bestimmt, der mit seinen extrem hohen Zuwachsraten gegenüber Vormonat und Vorjahresmonat besonders herausragt. Hier ereigneten sich allein 7 407 Unfälle, das sind 986 oder 15,4% mehr als im März 1971. Besonders stark erhöhten sich dabei die Personenschadens-Unfälle (+ 415 oder 28,7%), wobei die Unfälle mit Schwerverletzten mit einer Zunahme um 225 oder 41,7% an erster Stelle zu nennen sind. Die Zahl der schwerverletzten Menschen lag um 322 oder 49,5% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Aber auch die Zahl der Leichtverletzten (+ 322 oder 23,6%) und die der Getöteten (+ 15 oder 19,5%) wiesen auffällig hohe Steigerungsraten auf. Die besondere Unfallsituation dürfte in erster Linie auf den Osterverkehr zurückzuführen sein, der in diesem Jahr bereits zu einem erheblichen Teil im Monat März lag. mc

Aufwärtstrend im Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1971

Im Jahre 1971 erhöhte sich der Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes im Vergleich zu 1970 um 7,4%, wobei sich jedoch, gegliedert nach den beiden Bereichen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, recht unterschiedliche Steigerungsraten von +11,0 bzw. +2,0% ergaben. Dabei nahm der Übernachtungsumsatz des Beherbergungsgewerbes gegenüber dem Vorjahr um +16,0% weit überdurchschnittlich zu, wogegen für den Verpflegungsumsatz des gesamten Gastgewerbes lediglich ein Wachstum von +5,1% ermittelt wurde (Gaststättengewerbe +9,6%; Beherbergungsgewerbe -1,5%). Der Beschäftigtenstand blieb indessen während des Berichtsjahres unverändert (Teilbeschäftigte: +7,1%). Bei der Gegenüberstellung der Umsatzentwicklung des Gastgewerbes mit dem Bundesgebiet im Zeitraum von 1962 bis 1971 zeichnet sich zugunsten des Landes ein Vorsprung von 27 Prozentpunkten ab.

Am 1. April 1971 standen in 286 Berichtsgemeinden mit zusammen 3 437 Beherbergungsbetrieben über 77 200 Fremdenbetten (einschließlich der Privatquartiere 97 300) zur Verfügung, wobei die Beherbergungskapazität seit 1970 um 2,4% stieg. Insgesamt wurden im Laufe des Kalenderjahres 1971 annähernd 3,1 Mill. übernachtende Gäste gezählt, 5,2% mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungen um +6,9% auf fast 11,4 Mill., was einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von etwa 3,7 Tagen

entsprach. Hieraus resultiert ein Ausnutzungsgrad der vorhandenen Bettenkapazität von 32,1% (Sommerhalbjahr 1971: 45,0%; Kalenderjahr 1970: 31,0%). pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 161

Höhere Wochenlöhne im April

Im ersten Viertel des Jahres 1972 zogen die Verdienste in der Industrie wieder kräftig an. Die prozentuale Erhöhung der Bruttostunden- und Bruttowochenlöhne sowie der Angestelltengehälter war wesentlich stärker als im gleichen Viertel des Vorjahres. So stiegen die Bruttostundenlöhne der Arbeiter um über 4%, die Wochenlöhne sogar um nahezu 8%. Die Gehälter der kaufmännischen Angestellten erhöhten sich ebenfalls um über 3%, die der technischen Angestellten um knapp 3%.

Die etwas außergewöhnliche Erhöhung der Wochenlöhne der Arbeiter erklärt sich zwar zum Teil aus der im Frühjahr einsetzenden intensiven Beschäftigung in den Außenberufen, sie muß aber darüber hinaus auch konjunkturell beeinflusst sein, denn die Zunahme erreichte unter den gleichen saisonbedingten Voraussetzungen im Vorjahr nur etwas über 3%. Um mehr als 8% bzw. sogar um über 9% erhöhten sich die Wochenlöhne in den Leistungsgruppen 3 und 2 der männlichen Arbeiter, einer Kategorie von Beschäftigten, die in den Außenberufen ein verhältnismäßig starkes Gewicht hat. Geringer war indessen der Anstieg der Wochenverdienste der weiblichen Arbeiter. Er kam jedoch in der Leistungsgruppe 3 immer noch auf annähernd 5%.

Die Zunahme der Verdienste der Angestellten lag zwar prozentual beträchtlich unter denen der Arbeiter, war jedoch höher als im Vorjahr, wobei die Verbesserung in den einzelnen Leistungsgruppen uneinheitlich verlief. Sie variierte bei den kaufmännischen Angestellten zwischen knapp 2 und 5%, bei den weiblichen Angestellten zwischen 2 und 4%. Die Zunahme der Gehälter der technischen Angestellten war in den einzelnen Leistungsgruppen dagegen ausgeglichener. wa

Über 74 Mill. DM für Jugendhilfemaßnahmen

Die Ausgaben für Jugendhilfemaßnahmen ohne Personal- und Verwaltungskosten und ohne die finanziellen Mittel zur Errichtung und den Betrieb von Einrichtungen stiegen 1971 um 35% auf 74,3 Mill. DM. Allein 22 Mill. DM wurden für Kindertagesstätten ausgegeben, fast 10 Mill. DM mehr als 1970. Der dafür gewährte Zuschuß an die Träger der freien Jugendhilfe erhöhte sich von 6 Mill. DM auf fast 15 Mill. DM.

Durch die Reform des Nichtehelichenrechts ist die Zahl der unter Pflegeaufsicht stehenden Minderjährigen, auch die der Amtsmündel, erheblich zurückgegangen. Die Zahl der Jugendlichen in freiwilliger Erziehungshilfe und in Fürsorgeerziehung hat sich ebenfalls merklich vermindert. Zugewonnen hat dagegen die Zahl der Einrichtungen, allerdings bei einer geringen Abnahme der zur Verfügung stehenden Plätze. Hinsichtlich der Ausgaben und der Zahl der Einrichtungen standen die Kindergärten, die Kinderhorte und die Kinderkrippen im Vordergrund. wa

Mehr über dieses Thema auf Seite 168

Berufs- und Ausbildungspendler am 27. Mai 1970

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Verlust der Einheit von Wohnen und Arbeiten

Der Mensch in der modernen Industriegesellschaft hat den mit der Industrialisierung eingeleiteten Fortschritt im technischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich mit der Aufgabe der räumlichen und sozialen Einheit von Wohnen und Arbeiten bezahlt. Streng genommen ist diese Identität gegenwärtig nur noch im agrarischen und im kleingewerblichen Bereich anzutreffen. Von der Gründerzeit bis heute bieten die Städte die weitaus besseren Standortbedingungen für Industrieansiedlungen als das platte Land. Aber nicht nur als Industriestandorte, auch als Kultur-, Verkehrs-, Handels-, Bildungs- und Verwaltungszentren haben die Städte im Laufe der letzten hundert Jahre trotz aller staatlichen Maßnahmen zur Dezentralisation einen starken Sog ausübt. Im schulischen Bereich geht der Trend verstärkt in Richtung größerer, besser ausgestatteter Schuleinheiten (Mittelpunktschulen, Schulzentren, integrierte oder kooperative Gesamtschulen) mit der Konsequenz eines aus ökonomischen Gründen immer weiter zu spannenden Einzugsbereiches. Andererseits hat sich die in der Agrargesellschaft des Mittelalters angelegte und historisch übernommene Siedlungsstruktur wegen der traditionellen Grundhaltung bestimmter sozialer Gruppen und der starken Bindung an das Grundeigentum als beharrlicher erwiesen, als es vom ökonomischen Standpunkt aus wünschenswert gewesen wäre; denn eine zu disperse Siedlungsstruktur setzt einer leistungsfähigen Verkehrserschließung enge Grenzen. Da auf diese Weise die Konzentration der Arbeits- und Ausbildungsstätten der Konzentration im Wohnen weit voraus ist und diese Diskrepanz durch die wegen unwirtschaftlicher Umweltverhältnisse zum Wohnen unattraktiv gewordenen Städte ein zusätzliches Motiv erhält, müssen immer mehr Menschen zwischen ihrer Wohngemeinde und ihrem Arbeits- oder Ausbildungsort pendeln. Sie lösen damit Verkehrsströme aus, deren Kenntnis primär in verkehrspolitischer Hinsicht, sekundär aber auch in bezug auf Wohnungs- und Schulbaumaßnahmen, für Raumordnung und regionale Strukturpolitik von aktuellster Bedeutung ist. So gehören die Zahlen über die Pendelwanderung zu den gefragtesten Ergebnissen einer jeden Volkszählung.

Wer ist Pendler?

Bei der Volkszählung vom 27. Mai 1970 wurde jede Person in der Gemeinde gezählt, von der aus sie täglich zur Arbeit oder zur Ausbildung geht. Es war anzugeben, in welcher Gemeinde ihre Arbeits- oder Ausbildungsstätte liegt. Fielen Wohn- und Arbeits- bzw. Ausbildungsstandort auseinander, so war der Tatbestand der Pendelwanderung gegeben. Als Pendler gelten somit grundsätzlich solche Personen, die in einer

anderen als ihrer Wohngemeinde arbeiten (Berufspendler) oder ihrer schulischen Ausbildung nachgehen (Ausbildungspendler) und täglich in ihre Wohngemeinde zurückkehren. Von der Wohngemeinde aus betrachtet wird dieser Ortswechsel als Auspendeln, von der Arbeitsgemeinde aus gesehen als Einpendeln bezeichnet. Wird in der Folge vereinfachend von Pendlern gesprochen, so ist, falls nichts anderes ausdrücklich gesagt, von Auspendlern die Rede. Nicht zu den Pendlern zählen Personen mit beruflicher Reisetätigkeit, wie Handels- und Versicherungsvertreter, Reisende, Wandergewerbetreibende, Bedienstete der Bundesbahn, Fernlastfahrer, sowie Personen mit zweitem Wohnsitz am Arbeits- sowie Ausbildungsort, die nur am Wochenende zu ihrer Familie heimkehren.

Mit dieser Definition ist sogleich die Problematik der Pendlerstatistik umrissen. Nicht als Pendler erfaßt werden nach dieser Begriffsbestimmung Personen, die innerhalb ihrer Wohngemeinde pendeln, ungeachtet dessen, daß ihr Weg zur Arbeitsstätte wesentlich weiter sein kann als von einer günstig gelegenen Randgemeinde aus. Wie fragwürdig das Überschreiten einer Gemeindegrenze als Kriterium für den Begriff des Pendelns ist, ergibt sich daraus, daß in den einzelnen Bundesländern die Konzeption der territorialen Neugliederung im kommunalen Bereich zu unterschiedlichen Ergebnissen führte. So blieb in den Verbandsgemeinden, wie Rheinland-Pfalz sie kennt, die rechtliche Integrität der Gemeinden erhalten, während in Nordrhein-Westfalen solche Gemeinden unter Aufgabe ihrer rechtlichen Eigenständigkeit zu Großgemeinden zusammengefaßt wurden. Auf diese Weise wurden nach dem heutigen Gebietsstand in Rheinland-Pfalz Fahrten vom Wohn- zum Arbeitsort als Pendelwanderung erfaßt, die in Nordrhein-Westfalen als innerstädtischer Verkehr unberücksichtigt blieben. Für Rheinland-Pfalz ergeben sich gewisse Einschränkungen im regionalen Vergleich aus der unterschiedlichen Lösung des Problems der Umlandgemeinden der Städte. So wünschenswert es wäre, anstatt der Überschreitung von Gemeindegrenzen das Ausmaß der Entfernung als Kriterium für die Pendelwanderung zu akzeptieren, so wenig geeignet wäre dieses Kriterium für die Feststellung der Pendlerströme; denn hierfür bedarf es der Ausgangs- und der Zielpunkte, die am besten durch die Lage der Gemeinden zu markieren sind.

Jeder dritte Erwerbstätige und in Ausbildung Befindliche pendelt täglich

In Rheinland-Pfalz überschreiten auf dem Weg zu ihrer Arbeits- oder Ausbildungsstätte täglich 675 456 Menschen die Grenze ihrer Wohngemeinde. Das entspricht in der Größenordnung fast einem

Jahr	Wohnbevölkerung			Erwerbstätige ¹⁾			Schüler und Studierende		
	insgesamt	Auspendler		insgesamt	Auspendler		insgesamt	Auspendler	
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl		%
Insgesamt									
1961	3 417 116	543 275	15,9	1 630 289	496 471	30,5	475 953	46 804	9,8
1970	3 645 437	675 456	18,5	1 523 145	540 056	35,5	610 430	135 400	22,2
Veränderung in %	6,7	24,3	.	- 6,6	8,8	.	28,3	189,3	.
Männlich									
1961	1 613 786	406 443	25,2	1 020 939	379 487	37,2	247 573	26 956	10,9
1970	1 738 212	481 173	27,7	999 609	408 690	40,9	321 531	72 483	22,5
Veränderung in %	7,7	18,4	.	- 2,1	7,7	.	29,9	168,9	.
Weiblich									
1961	1 803 330	136 832	7,6	609 350	116 984	19,2	228 380	19 848	8,7
1970	1 907 225	194 283	10,2	523 536	131 366	25,1	288 899	62 917	21,8
Veränderung in %	5,8	42,0	.	- 14,1	12,3	.	26,5	217,0	.

1) 1961 Erwerbspersonen.

Fünftel der Wohnbevölkerung. Von den erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Menschen des Landes pendelt täglich nahezu jeder Dritte. Wenn man davon ausgeht, daß seit 1961, also in knapp zehn Jahren, die Wohnbevölkerung nur um 6,7% stieg, die Erwerbstätigkeit rückläufig war, die Zahl der Auspendler sich aber um nahezu 25% erhöhte, dann ist damit die ständig zunehmende Mobilität der erwerbstätigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerung aufgezeigt. Die zahlenmäßige Steigerung der Auspendler ist mit rund 88 000 bei den Schülern und Studierenden fast genau doppelt so groß wie bei den Berufspendlern. Der Anteil der Ausbildungspendler an den Auspendlern insgesamt hat sich gegenüber 1961 von 8,6 auf 20% erhöht. Das ist vor allem eine Folge der in den letzten Jahren zahlreich eingerichteten Mittelpunktschulen, die eine größere Effizienz der Volksschulbildung zum Ziel haben. Es mögen sich in den Zahlen aber auch die Ergebnisse einer verstärkten Bildungswerbung widerspiegeln, die insbesondere die jungen Jahrgänge in den ländlichen Gebieten ansprach. 1961 kamen auf einen Ausbildungspendler 11 Berufspendler, 1970 hat sich das Verhältnis auf 1 zu 4 reduziert. Die Pendlerquote der Schüler und Studierenden beläuft sich 1970 für Jungen und Mädchen gleichermaßen auf 22% (1961: 9,8%), während sich diejenige der Erwerbstätigen auf 40,9% bei den Männern und 25,1% bei den Frauen stellt, woraus sich insgesamt eine Quote der Berufspendler von 35,5% errechnet (1961: 30,5%).

Zahl der Berufspendler in 20 Jahren verdoppelt

Von den 1 523 145 Erwerbstätigen des Landes überschreiten auf ihrem Weg zur Arbeitsstätte 540 056 täglich die Grenze ihres Wohnortes. Das bedeutet, daß mehr als jeder dritte Berufstätige pendelt (35,5%). In den letzten 20 Jahren, seit der Volkszählung von 1950, ist die Zahl der Erwerbstätigen nur um 3% gestiegen, während sich die Zahl der Berufspendler verdoppelt hat. Dabei vollzog sich die Zunahme des Pendlervolumens zu 90 % in dem Zeitraum von 1950 bis 1961 und nur zu 10% in den neun Jahren danach. In der Zeit von 1950 bis 1961 ging die Erhöhung der Zahl der Pendler (+230 505) weit über diejenige der Zahl der Erwerbstätigen hinaus (+144 660). Das mag damit zusammenhängen, daß die Zeit des Wiederaufbaus und des wirtschaftlichen Aufschwungs weitgehend in das Jahrzehnt von 1950 bis 1960 fiel, während das Jahrzehnt danach mehr konsolidierenden Charakter trug.

Spezielle Situation der Frau

Von 100 Berufspendlern sind 75 männlichen und nur 25 weiblichen Geschlechts, obwohl sich für die Erwerbstätigen eine Geschlechterrelation von 66 zu 34% errechnet. Die Unterrepräsentanz der Frauen unter den Berufspendlern ist nur allzu verständlich; denn anders als für die Männer sind bei der Wahl des Arbeitsplatzes für sie nicht nur Gesichtspunkte der beruflichen Opportunität, sondern auch der Rücksichtnahme auf Haushalt und Familie maßgebend — jedenfalls für die ver-

Berufsauspendler nach Geschlecht, Familienstand und Altersgruppen 1970

Geschlecht	Ins- gesamt	Verheiratet		Im Alter von ... Jahren							
				unter 25		25 - 45		45 - 65		über 65	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Männlich	408 690	299 636	73, 3	85 987	21, 0	217 904	53, 3	102 468	25, 1	2 331	0, 6
Weiblich	131 366	55 335	42, 1	65 990	50, 2	41 863	31, 9	22 965	17, 5	548	0, 4
I n s g e s a m t	540 056	354 971	65, 7	151 977	28, 1	259 767	48, 1	125 433	23, 2	2 879	0, 5

Wirtschaftsabteilung	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	Erwerbstätige	Auspendler		Erwerbstätige	Auspendler		Erwerbstätige	Auspendler	
		zusammen	je 100 Erwerbstätige		zusammen	je 100 Erwerbstätige		zusammen	je 100 Erwerbstätige
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	163 724	5 833	3,6	84 471	4 647	5,5	79 253	1 186	1,5
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	12 176	4 589	37,7	10 507	4 211	40,1	1 669	378	22,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	563 709	260 053	46,1	408 144	203 361	49,8	155 565	56 692	36,4
Baugewerbe	123 963	64 844	52,3	117 884	63 557	53,9	6 079	1 287	21,2
Handel	178 901	54 118	30,3	86 730	29 336	33,8	92 171	24 782	26,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	78 547	35 299	44,9	67 179	32 617	48,6	11 368	2 682	23,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	31 600	12 573	39,8	18 245	7 681	42,1	13 355	4 892	36,6
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	190 602	43 313	22,7	72 774	18 153	24,9	117 828	25 160	21,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	18 716	4 394	23,5	6 243	1 449	23,2	12 473	2 945	23,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	161 207	55 040	34,1	127 432	43 678	34,3	33 775	11 362	33,6
Insgesamt	1 523 145	540 056	35,5	999 609	408 690	40,9	523 536	131 366	25,1

heirateten Frauen —, was allzu weite Wege zur Arbeitsstätte ausschließt. Wie relevant dieser Gesichtspunkt in der Tat ist, resultiert daraus, daß unter den unverheirateten Berufspendlern der Anteil der Frauen mit 41% wesentlich höher ist als der unter den verheirateten, wo er sich nur auf rund 16% stellt. Auch die Altersgliederung der Berufspendler bestätigt diesen Zusammenhang. Von den weiblichen Berufspendlern ist die Hälfte unter 25 Jahre alt, ein knappes Drittel gehört der Altersgruppe von 25 bis 45 Jahren an, und nur rund 18% der Frauen, die außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, sind älter als 45 Jahre. Es ist dies in sozio-ökonomischer Hinsicht eine außerordentlich wichtige Aussage; denn sie erklärt zu einem Teil das Absinken der Erwerbsbeteiligung der Frauen seit 1961. In dem Zeitraum von 1961 bis 1970 schieden rund 133 000 bislang als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige weitgehend in der Landwirtschaft tätig gewesene Frauen im Zuge der Umstrukturierungsmaßnahmen aus dem Erwerbsleben aus und nur etwa 47 000 — unter ihnen auch neu in das Erwerbsleben eintretende Berufsanfänger — nahmen als Abhängige eine Erwerbstätigkeit auf, so daß 1970 die Zahl der erwerbstätigen Frauen um rund 86 000 unter derjenigen von 1961 liegt. Mag ein Teil der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Frauen eine andersartige Tätigkeit als die bisher in der Landwirtschaft ausgeübte auch gar nicht anstreben, so ist doch nicht zu übersehen, daß für viele eine Erwerbstätigkeit in einem anderen Wirtschaftsbereich nicht zu realisieren ist, weil das Arbeitsplatzangebot im ländlichen Raum begrenzt ist und längere Arbeitswege sich für diese Frauen mit ihren häuslichen Pflichten nicht vereinbaren lassen. Natürlich sind in diesem Zusammenhang noch andere Gesichtspunkte von Belang, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

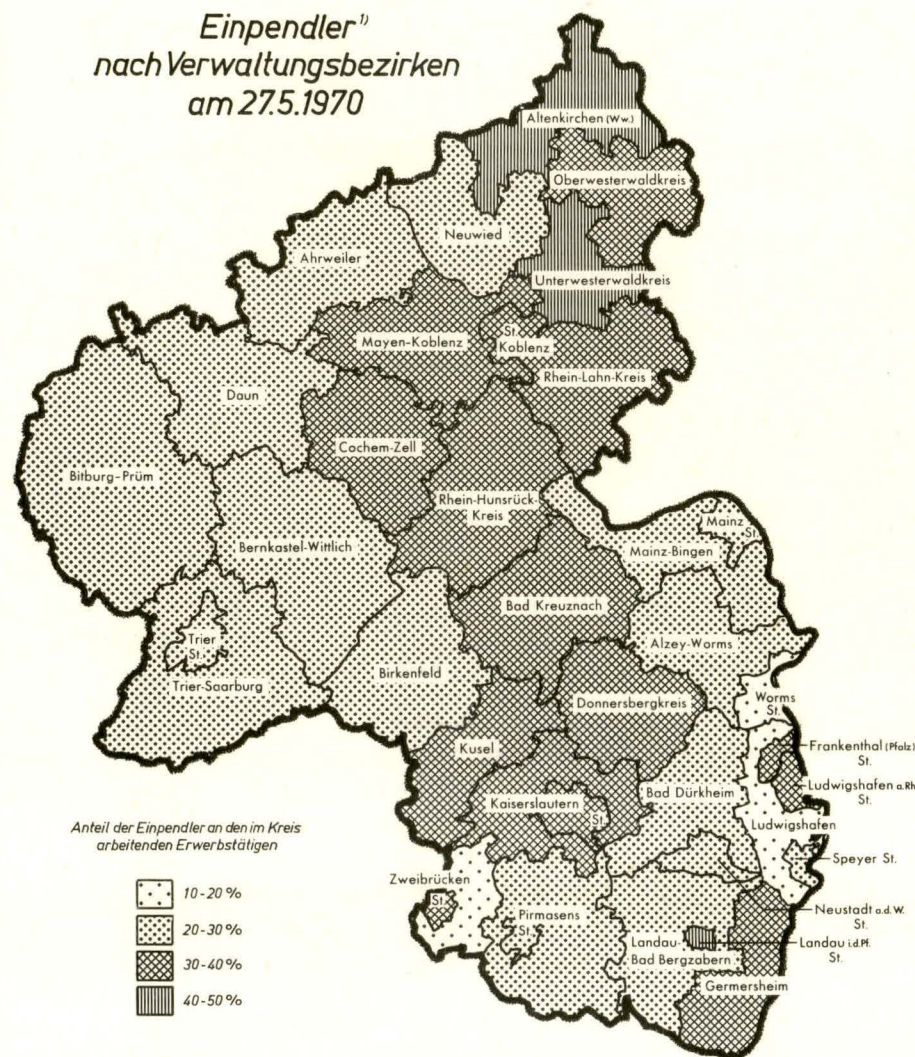
Die Altersgliederung der männlichen Berufspendler weicht von derjenigen der Frauen erheb-

lich ab; denn mehr als die Hälfte der Männer, die außerhalb ihres Wohnortes dem Broterwerb nachgehen, gehört der Altersgruppe von 25 bis 45 Jahren an, ein Viertel ist 45 bis 65 Jahre alt und nur etwa 21% zählen zu der von den weiblichen Berufspendlern am stärksten besetzten Altersgruppe von unter 25 Jahren.

Höchster Pendleranteil im Baugewerbe

Die Gliederung der Berufspendler nach ihrer Zugehörigkeit zu den Wirtschaftsabteilungen zeigt, in wie unterschiedlichem Maße die einzelnen Wirtschaftsabteilungen an den Berufspendlern partizipieren. Am höchsten ist der Anteil der Pendler unter den Erwerbstätigen des Baugewerbes. Obwohl, der Vorrangstellung dieser Wirtschaftsabteilung entsprechend, mit rund 260 000 nahezu die Hälfte aller Pendler dem verarbeitenden Gewerbe zuzurechnen ist, bleibt der Prozentanteil der Pendler an der Zahl der in dieser Wirtschaftsabteilung Beschäftigten mit 46,1% doch hinter der für das Baugewerbe ausgewiesenen Quote (52,3%) zurück. Auch die Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Energie und Bergbau, weisen überdurchschnittliche Pendlerquoten aus. Völlig bedeutungslos ist die Pendelwanderung innerhalb der Land- und Forstwirtschaft, wo die Beschäftigten als Betriebsinhaber, mithelfende Familienangehörige oder Hauspersonal tätig sind. Bei der Gliederung der Pendler nach Wirtschaftsabteilungen weichen die Pendlerquoten der erwerbstätigen Frauen von denjenigen der Männer nicht unerheblich ab. Obwohl im Schnitt fast jede vierte im Erwerbsleben stehende Frau außerhalb ihres Wohnortes ihre Arbeitsstätte hat, ist es von den dem verarbeitenden Gewerbe, dem Kredit- und Versicherungswesen sowie dem Komplex der öffentlichen Verwaltung zuzurechnenden Frauen jede dritte. Auch im Handel sind

Einpendler¹⁾ nach Verwaltungsbezirken am 27.5.1970



¹⁾ Ohne die Einpendler aus anderen Bundesländern

72/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

pendelnden Erwerbstätigen sowie über die aus dem eigenen Kreis oder aus anderen Kreisen einpendelnden Personen zur Zeit noch nicht vorliegen.

Schon eine flüchtige Betrachtung der Ergebnisse läßt erkennen, daß die kreisfreien Städte Arbeitszentren ersten Ranges sind, die die Pendlerströme aus den Landkreisen weitgehend aufnehmen. Daß auch unter kreisangehörigen Gemeinden Pendlerbeziehungen größeren Ausmaßes bestehen, ist unbestritten, aus der Zusammenfassung auf Kreisebene aber nicht ersichtlich. Alle kreisfreien Städte weisen eine aktive Pendlerbilanz aus, und für alle Landkreise errechneten sich Auspendlerüberschüsse. Dementsprechend markieren die Auspendlerquoten der kreisfreien Städte die unteren Grenzwerte. Das gilt in besonderem Maße für die Städte Trier, Koblenz, Pirmasens und Kaiserslautern, aus denen nur 4 bis 7% der Erwerbstätigen auspendeln. Diese Städte stellen Zentren dar, die in ihrem Einzugsbereich nicht von anderen Zentren überlagert werden, wie das beispielsweise bei Mainz durch Wiesbaden, bei

Ludwigshafen durch Mannheim, bei Neustadt, Landau und Frankenthal durch den vorderpfälzischen Ballungsraum der Fall ist. Hier streuen die Auspendlerquoten zwischen 12,8 und 27,5%.

Die höchsten Auspendlerquoten haben die ländlichen Einzugsgebiete im Umkreis städtischer Zentren und besonders bevorzugter Industriean-siedlungen aufzuweisen. Der Landkreis Ludwigshafen steht mit einer Pendlerquote von 67,4% an der Spitze aller 38 Kreise des Landes. Es darf allerdings nicht darüber hinweggesehen werden, daß in Ludwigshafen bei der territorialen Verwaltungsreform im Gegensatz zu anderen Großstädten die Umlandgemeinden nicht eingemeindet wurden, und auf diese Weise hier Ströme des Berufsverkehrs als Pendelwanderung erfaßt werden, die anderswo jetzt zum innerstädtischen Berufsverkehr zählen. Ähnlich hohe Pendlerquoten wie im Landkreis Ludwigshafen, wo mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen auf dem Weg zur Arbeit ihre Wohn-gemeinde verlassen, errechnen sich für die

die weiblichen Berufspendler überdurchschnittlich stark vertreten. Bei den Männern sind es demgegenüber das Baugewerbe, das verarbeitende Gewerbe, die Wirtschaftsabteilungen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, sowie Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, die mit Quoten von 42 bis 54% eine überdurchschnittliche Pendlerhäufigkeit aufzuweisen haben.

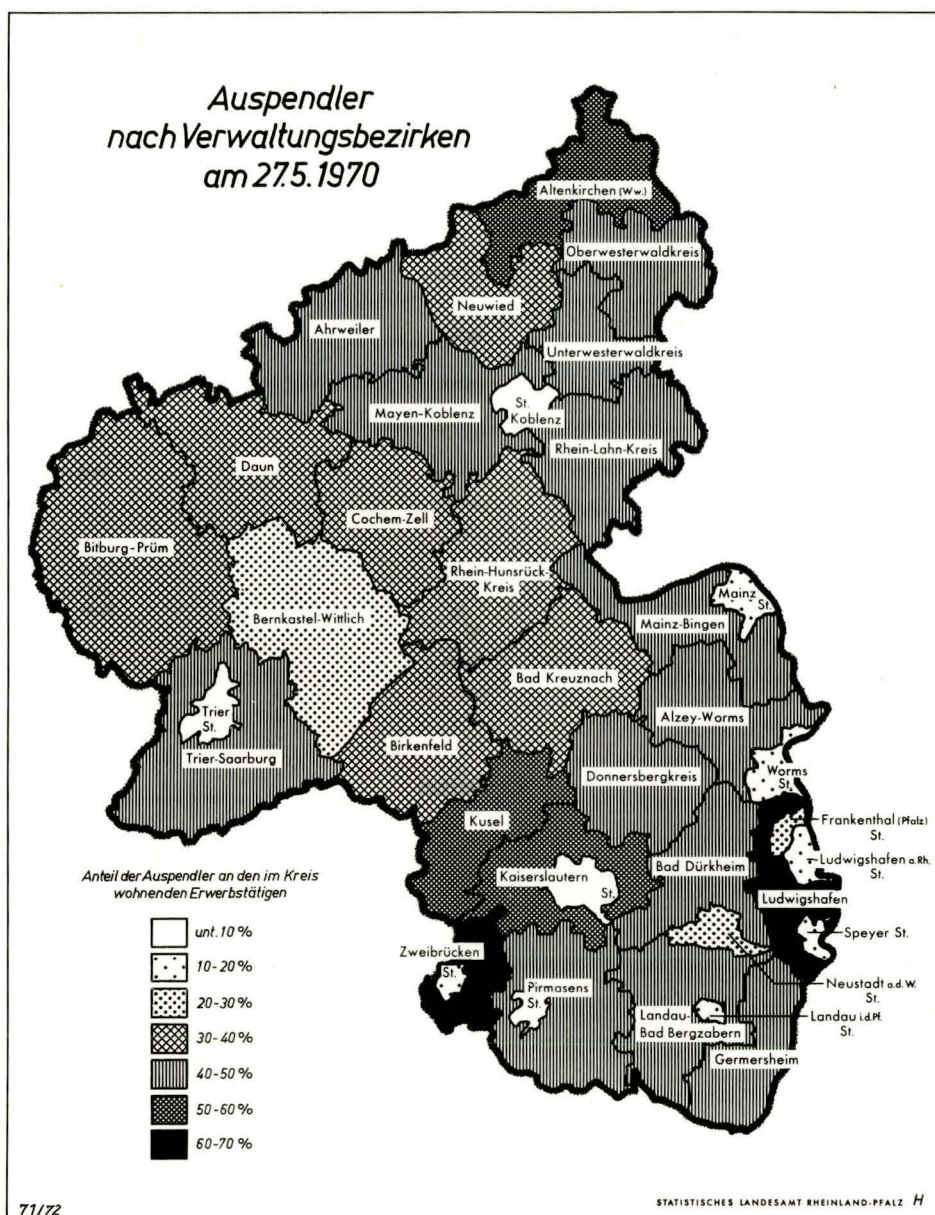
Stark abgestufte Pendlerhäufigkeit in den Kreisen

Für die Betrachtung der regionalen Stufung der Pendlerintensität ist der methodische Hinweis wichtig, daß in den für die Landkreise ausgewiesenen Pendlerzahlen sowohl die innerhalb des Kreisgebietes als auch die über die Kreisgrenzen hinaus pendelnden Erwerbstätigen erfaßt sind; denn das Kriterium für die Pendlereigenschaft ist der Ortswechsel zwischen Wohn- und Arbeits-gemeinde. Der regionale Vergleich muß sich auf die Darstellung der Abweichungen in der Pendlerhäufigkeit beschränken. Auf die Darstellung der Pendlerverflechtung der Kreise untereinander muß verzichtet werden, weil Angaben über die im Kreis verbleibenden und die über die Kreisgrenzen hinaus

Landkreise Zweibrücken (60,6%), Kaiserslautern (59,0%) und Kusel (58,4%). Hier im südwestlichen Grenzraum geht auch von dem nahegelegenen saarländischen Industrierevier ein gewisser Sog auf das Arbeitskräftepotential aus. Im nördlichen Landesteil weisen der Kreis Altenkirchen (52,3%) sowie Ober- und Unterwesterwaldkreis (49,2%) bzw. 49,5%) die höchsten Pendlerquoten aus. Insgesamt zählen in 5 Landkreisen mehr als 50%, in 13 Landkreisen mehr als 40% der Erwerbstätigen zu den Pendlern und nur in 6 Landkreisen — alle im nördlichen Landesteil gelegen — bleibt der Anteil der Pendler an der Zahl der Erwerbstätigen unter dem Landesdurchschnitt von 35,5%.

Neben den Kreisen, die ausgeprägten städtischen oder industriellen Zentren zugeordnet sind, zeichnen sich auch jene Kreise durch eine überdurchschnittliche Pendlerintensität aus, in denen eine Vielzahl von Gemeinden auf engem Raum existiert und schon eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte die gegenseitigen Beziehungen fördert (zum Beispiel Landkreis Altenkirchen 52,3%). Demzufolge gibt es auch eine negative Entsprechung von geringer Bevölkerungsdichte und geringer Pendlerintensität. Dieser Zusammenhang läßt sich an den niedrigen Pendlerquoten der Kreise Birkenfeld (30,3%), Cochem-Zell (35,4%), Bernkastel-Wittlich (29,7%), Bitburg-Prüm (31,7%) und Daun (33,0 %) ablesen. Insgesamt kommt der Pendelwanderung im südlichen Landesteil größere Bedeutung zu als im städteärmeren, dünnbesiedelten Norden, was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, daß von den 261 Gemeinden ohne Einpendler 242 in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier und nur 19 im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz liegen.

In Rheinland-Pfalz pendeln mehr Menschen in Arbeitsorte der angrenzenden Bundesländer aus, als von dort in Gemeinden des Landes einpendeln. Rheinland-Pfalz hat also einen negativen Pendler-saldo. Allerdings ist in bezug auf die Berufspendler das Defizit nicht so hoch wie es der Saldo auf den ersten Blick ausweist (93 243); denn hierbei feh-



len die Zahlen der aus anderen Bundesländern einpendelnden Erwerbstätigen, die noch nicht vorliegen. 1961 bezifferte sich der Auspendlerüberschuß der Erwerbstätigen des Landes unter Einbeziehung der Einpendler aus anderen Bundesländern auf rund 63 700. Unterstellt man für die Einpendler aus anderen Bundesländern 1970 die gleiche Steigerungsrate seit 1961 wie sie sich für die Berufsauspendler ergibt (+ 9%), dann würde die Schätzung für 1970 einen bereinigten Auspendlerüberschuß von etwa 69 500 Personen ergeben.

Sozio-ökonomische Konsequenzen für Wohn- und Zielgemeinden

Welch starke sozio-ökonomischen Konsequenzen sich aus der täglichen Fahrt der Erwerbstätigen vom Wohn- zum Arbeitsort ergeben, wird deutlich, wenn man den Zahlen der Wohnbevölkerung diejenigen der Bevölkerung am Arbeitsort (= Wohnbevölkerung — Auspendler + Einpendler) gegenüberstellt und beide Größen prozentual aufeinander bezieht.

Erwerbstätige, Berufsaus- und -einpender nach Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk	Im Kreis wohnende			Im Kreis arbeitende			Anteil der im Kreis arbeitenden an den im Kreis wohnenden Erwerbs-tätigen	Pendler-saldo (Aus-pendler-überschuß)
	Erwerbs-tätige	Auspender	Erwerbs-tätige	Einpender ¹⁾				
				Anzahl	%	Anzahl		
Kreisfreie Stadt Koblenz	50 535	2 850	5,6	74 943	27 258	36,4	148,3	24 408
Landkreise								
Ahrweiler	41 931	16 917	40,3	35 430	10 416	29,4	84,5	- 6 501
Altenkirchen (Ww.)	45 809	23 980	52,3	37 949	16 120	42,5	82,8	- 7 860
Bad Kreuznach	62 266	23 491	37,7	61 550	22 775	37,0	98,9	- 716
Birkenfeld	39 767	12 036	30,3	39 303	11 572	29,4	98,8	- 464
Cochem-Zell	27 357	9 685	35,4	25 420	7 748	30,5	92,9	- 1 937
Mayen-Koblenz	73 539	32 944	44,8	60 238	19 643	32,6	81,9	- 13 301
Neuwied	58 420	20 303	34,8	52 807	14 690	27,8	90,4	- 5 613
Oberwesterwaldkreis	29 678	14 601	49,2	24 201	9 124	37,7	81,5	- 5 477
Rhein-Hunsrück-Kreis	37 212	14 182	38,1	34 362	11 332	33,0	92,3	- 2 850
Rhein-Lahn-Kreis	48 797	21 346	43,7	40 561	13 110	32,3	83,1	- 8 236
Unterwesterwaldkreis	33 950	16 798	49,5	30 820	13 668	44,3	90,8	- 3 130
Reg. Bez. Koblenz	549 261	209 133	38,1	517 584	177 456	34,3	94,2	- 31 677
Kreisfreie Stadt Trier	40 418	1 824	4,5	54 170	15 576	28,8	134,0	13 752
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	46 778	13 902	29,7	43 025	10 149	23,6	92,0	- 3 753
Bitburg-Prüm	39 018	12 378	31,7	36 124	9 484	26,3	92,6	- 2 894
Daun	22 975	7 581	33,0	21 586	6 192	28,7	94,0	- 1 389
Trier-Saarburg	48 504	23 431	48,3	35 195	10 122	28,8	72,6	- 13 309
Reg. Bez. Trier	197 693	59 116	29,9	190 100	51 523	27,1	96,2	- 7 593
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	18 086	4 979	27,5	20 731	7 624	36,8	114,6	2 645
Kaiserslautern	41 386	2 888	7,0	57 009	18 511	32,5	137,7	15 623
Landau i. d. Pfalz	12 922	2 308	17,9	19 780	9 166	46,3	153,1	6 858
Ludwigshafen a. Rhein	78 159	10 660	13,6	108 332	40 833	37,7	138,6	30 173
Mainz	75 301	9 676	12,8	87 924	22 299	25,4	116,8	12 623
Neustadt a. d. Weinstr.	21 057	5 116	24,3	21 655	5 714	26,4	102,8	598
Pirmasens	25 435	1 702	6,7	31 265	7 532	24,1	122,9	5 830
Speyer	18 108	2 881	15,9	21 284	6 057	28,5	117,5	3 176
Worms	31 157	4 585	14,7	32 575	6 003	18,4	104,6	1 418
Zweibrücken	13 210	1 545	11,7	16 962	5 297	31,2	128,4	3 752
Landkreise								
Alzey-Worms	41 891	20 161	48,1	28 205	6 475	23,0	67,3	- 13 686
Bad Dürkheim	49 324	23 319	47,3	36 504	10 499	28,8	74,0	- 12 820
Donnersbergkreis	27 708	12 959	46,8	21 851	7 102	32,5	78,9	- 5 857
Germersheim	40 301	19 867	49,3	31 877	11 443	35,9	79,1	- 8 424
Kaiserslautern	36 222	21 356	59,0	22 709	7 843	34,5	62,7	- 13 513
Kusel	33 434	19 519	58,4	22 394	8 479	37,9	67,0	- 11 040
Landau-Bad Bergzabern	46 538	21 522	46,2	34 005	8 989	26,4	73,1	- 12 533
Ludwigshafen	49 551	33 408	67,4	19 998	3 855	19,3	40,4	- 29 553
Mainz-Bingen	65 291	29 605	45,3	49 572	13 886	28,0	75,9	- 15 719
Pirmasens	37 411	15 456	41,3	30 978	9 023	29,1	82,8	- 6 433
Zweibrücken	13 699	8 295	60,6	6 608	1 204	18,2	48,2	- 7 091
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	776 191	271 807	35,0	722 218	217 834	30,2	93,0	- 53 973
Rheinland-Pfalz	1 523 145	540 056	35,5	1 429 902	446 813	31,2	93,9	- 93 243

1) Ohne die Einpendler aus anderen Bundesländern.

Auspendler nach Zeitaufwand und überwiegend benutztem Verkehrsmittel 1970

Zeitaufwand Verkehrsmittel	Insgesamt		Berufspendler						Schüler und Studierende	
			zusammen		männlich		weiblich			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<u>Zeitaufwand</u>										
unter 15 Minuten	136 104	20,1	99 691	18,5	75 137	18,4	24 554	18,7	36 413	26,9
15 - 30 "	295 143	43,7	233 630	43,3	172 277	42,2	61 353	46,7	61 513	45,4
30 - 60 "	187 659	27,8	156 171	28,9	117 688	28,8	38 483	29,3	31 488	23,3
über 60 "	56 550	8,4	50 564	9,4	43 588	10,7	6 976	5,3	5 986	4,4
<u>Verkehrsmittel</u>										
Eisenbahn	107 443	15,9	78 796	14,6	51 229	12,5	27 567	21,0	28 647	21,2
Straßenbahn	5 718	0,8	4 457	0,8	2 417	0,6	2 040	1,6	1 261	0,9
Werk-, Schulbus	103 609	15,3	46 063	8,5	33 667	8,2	12 396	9,4	57 546	42,5
Linienbus	113 306	16,8	81 029	15,0	39 235	9,6	41 794	31,8	32 277	23,8
Motorrad	16 596	2,5	16 251	3,0	15 876	3,9	375	0,3	345	0,3
Fahrrad	12 921	1,9	9 333	1,7	7 305	1,8	2 028	1,5	3 588	2,6
Auto	305 641	45,2	298 342	55,2	255 421	62,5	42 921	32,7	7 299	5,4
keines (zu Fuß)	10 222	1,5	5 785	1,1	3 540	0,9	2 245	1,7	4 437	3,3
Insgesamt	675 456	100,0	540 056	100,0	408 690	100,0	131 366	100,0	135 400	100,0

In den Städten Landau und Koblenz ist die Bevölkerung am Arbeitsort um rund 50%, in Kaiserslautern, Ludwigshafen und Trier um mehr als ein Drittel und in Zweibrücken und Pirmasens um mehr als 20% höher als die Zahl der dort wohnenden Erwerbstätigen, während andererseits in den Landkreisen Ludwigshafen und Zweibrücken nur 40 bzw. 48% der Erwerbstätigen tagsüber in ihren Wohnorten verbleiben. Die Gegenüberstellung dieser Extremwerte läßt ahnen, welche menschlichen Probleme dieser Tatbestand für die Wohngemeinden, aber auch, welche materiellen Probleme er für die Zielgemeinden aufwirft. So strömen allein nach Ludwigshafen täglich 30 000, nach Koblenz 24 000 Menschen, die sich tagsüber dort aufhalten, und für die Versorgungseinrichtungen mannigfaltigster Art, so Straßen, Wasser, Strom, Kanalisation und vor allem Parkplätze bereitzustellen sind; denn schließlich repräsentieren diese Einpendlerzahlen Größenordnungen, wie sie den Einwohnerzahlen von Mittelstädten entsprechen.

40% der Berufspendler sind täglich 1 Stunde oder länger unterwegs

Jede im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1970 erfaßte Person, die auf dem Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte die Grenze der Wohngemeinde überschreitet, hatte die aufgewendete Wegezeit und das überwiegend benutzte Verkehrsmittel anzugeben. Diese Angaben sind nicht nur für den Soziologen, sondern auch für den Verkehrsplaner, den Städtebauer und den Raumordner von eminenter Bedeutung.

19% der Berufspendler hatten mit Zeiten von unter 15 Minuten für den Weg von ihrer Wohnung zu der in einer anderen Gemeinde gelegenen Arbeitsstätte nicht mehr aufzuwenden als auch die meisten Erwerbstätigen, bei denen Wohn- und Arbeitsgemeinde identisch sind. 43% benötigten Wegezeiten von 15 bis 30 Minuten, 29% solche von 30 bis 60 Minuten und 9,4% gaben an, über 1 Stunde für den Weg zur Arbeitsstätte zu opfern.

Für die Beurteilung der Angaben ist die Überlegung wichtig, daß die angegebenen Zeiten täglich zweimal, nämlich auf dem Hin- und dem Rückweg anfallen, so daß sie für eine exakte Wertung der durch die Wegezeiten bewirkten Verlängerung des Arbeitstages zu verdoppeln sind. Unter Berücksichtigung der Heimfahrt sind somit rund 40% der Berufspendler täglich eine Stunde oder länger unter oft wenig erfreulichen Begleitumständen unterwegs. Die von den männlichen Berufspendlern einerseits und von den weiblichen andererseits angegebenen Wegezeiten divergieren nicht sehr.

Die zu den Pendlern zählenden Schüler und Studierenden haben offensichtlich etwas kürzere Wege zurückzulegen als die Berufspendler. 27% geben Wegezeiten von unter 15 Minuten an. Die meisten von ihnen (45%) brauchen für einen Weg 15 bis 30 Minuten, insgesamt also eine halbe bis eine Stunde. Immerhin sind rund 28% von ihnen eine Stunde oder länger unterwegs, wenn man den Heimweg einkalkuliert.

Nur 16% der Pendler benutzen die Bahn

Die auffallendste Aussage über die von den Pendlern benutzten Verkehrsmittel ist die, daß sich die Pendelwanderung nur noch zu 16% über die Schiene und zu 84% über die Straße abwickelt. Es scheint so, als gehe die Bedeutung der Eisenbahn für den Berufsnahverkehr immer mehr zurück, denn noch 1961 benutzten 25% der Berufspendler und 41% der Ausbildungspendler die Bundesbahn. 1970 beliefen sich die Anteile dieser Personengruppen, die mit der Bahn zur Arbeit oder zur Schule fuhren, nur noch auf 14,6 bzw. 21,2%.

Dem Personenkraftwagen, der 1961 unter den von den Berufspendlern benutzten Verkehrsmitteln mit einem Anteil von 22% noch an dritter Stelle rangierte, kam 1970 mit einem Anteil von 55% die dominierende Stellung zu. Aber der Privatwagen ist weitgehend eine Domäne der Männer. Während von drei männlichen Berufspendlern nahezu zwei (62,5%) sich dieses bequemsten Verkehrsmittels bedienen, ist es von

drei Frauen nur eine (32,7%). Mehr als die Hälfte der Frauen (54,4%) benutzt für den täglichen Weg zur Arbeitsstätte und zurück nach wie vor ein öffentliches Verkehrsmittel, unter denen der Linienbus mit 31,8% an erster Stelle und die Eisenbahn mit einem Anteil von 21% an zweiter Stelle stehen. 1961 hatten allerdings noch nahezu drei Viertel aller weiblichen Berufspendler ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt.

Von den Männern dagegen nahmen 1970 nur noch 22,7% ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch. Der Werkbus konzentriert 8,5% des beruf-

lichen Pendlerverkehrs auf sich und der Anteil der Pendler, die mit dem Motorrad, dem Fahrrad zur Arbeitsstätte fahren oder zu Fuß gehen, tritt mit 5,8% an Bedeutung völlig zurück.

Für die Ausbildungspendler ist das meist benutzte Verkehrsmittel der Schulbus (42,5%). Nahezu gleichrangig folgen an zweiter und dritter Stelle der Linienbus (23,8%) und die Eisenbahn (21,2%). 6,2% der Schüler gehen zu Fuß oder benutzen ein Fahrrad oder Motorrad. Nur 5,4% geben als benutztes Verkehrsmittel das Auto an.

Dr. G. Nellesen - Schumacher

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 1971/72

Das berufliche Bildungssystem ist — analog der Entwicklung im allgemeinbildenden Schulwesen — gekennzeichnet von dem Bestreben nach einer breiteren Grundbildung, auf der ein in Stufen gegliedertes System wiederholte Möglichkeiten bietet, die zunächst erworbene Grundbildung zu ergänzen und zu vertiefen. Erfolgt die Berufsausbildung beispielsweise über das duale System der Zusammenarbeit von Berufsschule und praktischer Ausbildung im Betrieb, ist der Zugang zu den praxisorientierten Fachhochschulen bzw. den wissenschaftlichen Hochschulen über Berufsaufbau- und Fachoberschulen geöffnet. Entscheidet sich der Schüler für den Besuch einer den Beruf vorbereitenden Schule, öffnen dreijährige Höhere Berufsfachschulen (berufliche Gymnasien) den Zugang zum Hochschulbereich. Im Anschluß an eine Berufsausbildung ermöglicht der Besuch von Fachschulen die Vertiefung der Kenntnisse in einem speziellen Fachgebiet.

Mit der Zusammenfassung verschiedener Schultypen in großen Berufsschulzentren sind die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um verschiedene Schultypen beruflicher Prägung stärker aufeinander abzustimmen und durchlässiger zu machen. Infolge dieser Veränderungen mußten auch die bisherigen Erhebungsverfahren zum Teil neu konzipiert werden. Beispielsweise ist es mit zunehmender Verbundenheit innerhalb des berufsbildenden Schulwesens nicht mehr möglich, Lehrer für jede Schulform getrennt nachzuweisen. Deshalb wurden bei der Erhebung im Herbst 1971 diese bisher im Schulbogen enthaltenen Fragen erstmalig in einen gesonderten Personalbogen für alle berufsbildenden Schulen aufgenommen, in den die Zahl der erteilten Wochenstunden je Schulgattung einzutragen war.

19 von 100 Schülern und Studenten in berufsbildenden Schulen

144 450 Jungen und Mädchen, das sind 19,3% aller Schüler und Studenten von Rheinland-Pfalz (1967: 21,5%) besuchen im Schuljahr 1971/72 die berufsbildenden Schulen des Landes. Daß sich die Schülerzahl in fünf Jahren nicht wesentlich verändert hat, könnte über die Tatsache hinwegtäuschen, daß erhebliche strukturelle Veränderungen stattgefunden haben. Erweitert wurde das berufsbildende Schulwesen innerhalb der beruflichen Oberstufe durch die Gründung von Fachoberschulen im Jahre 1969, die einen zweijährigen Ausbildungsgang anbieten, während die bisherigen Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen ausgegliedert und in Fachhochschulabteilungen der mit Wirkung vom 1. August 1971 gegründeten Fachhochschule Rheinland-Pfalz umgewandelt wurden. Infolge dieser Erweiterung des Hochschulbereichs erhöhte sich die Zahl der Studenten in Rheinland-Pfalz zu Beginn des Wintersemesters 1971/72 um 5 156 auf etwa 24 000, während der prozentuale Anteil der Schüler an berufsbildenden Schulen — gemessen an der Zahl aller Schüler und Studenten — von 20,3 (1970) auf 19,3% zurückging.

Bei den einzelnen Schularten innerhalb des berufsbildenden Schulwesens verlief die Entwicklung unterschiedlich. Sie ist gekennzeichnet durch

Schüler und Studenten 1967 - 1971

Schulgattung	1967 (WS 1967/68)		1968 (WS 1968/69)		1969 (WS 1969/70)		1970 (WS 1970/71)		1971 (WS 1971/72)	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Allgemeinbildende Schulen	524 846	76,6	540 332	77,1	554 564	77,8	567 153	77,5	579 043	77,5
Berufsbildende Schulen	147 383	21,5	145 953	20,8	143 334	20,1	148 190	20,3	144 450 ²⁾	19,3
Berufsschulen	121 856	17,8	118 924	17,0	114 429	16,1	116 459 ¹⁾	15,9	114 401	15,3
Berufsfachschulen	11 845	1,7	12 535	1,8	13 208	1,9	13 540	1,9	14 107	1,9
Berufsaufbauschulen	3 248	0,5	3 655	0,5	3 802	0,5	3 521	0,5	3 514	0,5
Fachschulen	7 831	1,1	8 275	1,2	8 746	1,2	9 617	1,3	9 310	1,2
Fachoberschulen	-	-	-	-	615	0,1	1 856	0,3	3 118	0,4
Ingenieurschulen	2 603	0,4	2 564	0,4	2 534	0,4	3 197	0,4	-	-
Hochschulen	12 838	1,9	14 467	2,1	14 804	2,1	16 373	2,2	24 054	3,2
Universitäten	9 258	1,4	10 263	1,5	11 013	1,6	12 161	1,7	14 252	1,9
Erziehungswissensch. Hochschulen	3 580	0,5	4 204	0,6	3 791	0,5	4 212	0,6	4 646	0,6
Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-	-	-	5 156 ^P	0,7
Insgesamt	685 067	100,0	700 752	100,0	712 702	100,0	731 716	100,0	747 547	100,0

1) Außerdem 462 Schüler im Berufsgrundschuljahr. - 2) Außerdem 1 346 Schüler im Berufsgrundschuljahr.

die Verringerung der Schülerzahlen an den Berufsschulen (— 6,1% seit 1967) und eine Zunahme an den Berufsfach- und Fachschulen im gleichen Zeitraum um 19%. Dabei ist eine deutlich stärkere Frequentierung der Berufsfachschulen durch Jungen (+ 36%), der Fachschulen durch Mädchen (+ 43%) zu beobachten. Außer den in den Berufsschulen gezählten 114 400 Schülern, von denen 3 276 an dem erstmals in diesem Schuljahr eingeführten Blockunterricht teilnehmen, befinden sich weitere 1 346 im Berufsgrundschuljahr, das im Rahmen der rheinland-pfälzischen Schulversuche im Herbst 1968/69 eingerichtet wurde. Die seit 1969/70 bestehenden Fachoberschulen — damals mit 615 Schülern — werden inzwischen von 3 118 Schülern besucht. Bei den Berufsaufbauschulen hat die Schülerzahl seit Jahren nur geringfügige Änderungen erfahren.

2 058 „Teilzeitberufsschüler“ weniger

Über das duale System — Betrieb und Berufsschule — beginnt für die meisten jungen Menschen die Berufsausbildung. Berufsaufbauschulen in Voll- oder Teilzeitform ermöglichen demjenigen, der sich umorientieren möchte, den Weg über die Fachoberschule zur Fach- bzw. wissenschaftlichen Hochschule. Die notwendige Ausdehnung der beruflichen Grundbildung wird gegenwärtig in Schulversuchen erprobt. Ein Schritt zur Reform ist das Berufsgrundschuljahr und die Zusammenfassung des Berufsschulunterrichts zu geschlossenen Zeitblöcken (Blockunterricht), die mit der Ausbildung im Betrieb abwechseln.

Am 15. November 1971 bestanden in Rheinland-Pfalz 78 Berufsschulen (Teilzeitberufsschulen), deren Zahl gegenüber 1970 konstant, im Vergleich zu 1967 um 3 kleiner ist. Um 2 058 verringert hat sich die Zahl der Berufsschüler, die neben der betrieblichen eine schulische Ausbildung, meist an ein oder zwei Wochentagen, erhalten. Am Berufsschulunterricht, der zu geschlossenen Zeitblöcken zusammengefaßt ist, nahmen 2 411 Jungen und 865 Mädchen in 146 Klassen teil.

Die insgesamt erfaßten 5 058 Berufsschulklassen, das sind 36 weniger als 1970, gliedern sich in 2 749 gewerbliche, 1 441 kaufmännische, 105 landwirtschaftliche und 763 hauswirtschaftliche Klassen. 1970 war die Zahl der kaufmännischen Klassen um 32, die der hauswirtschaftlichen um 41 niedriger, während es 5 gewerbliche und 104 landwirtschaftliche Klassen mehr gab als 1971. Dementsprechend veränderten sich die Schülerzahlen. 77,9% der Jungen erhielten in gewerblichen, 19,2% in kaufmännischen und 2,8% in landwirtschaftlichen Klassen Unterricht. Von den Mädchen sind 50,9% in kaufmännischen und 29,8% in hauswirtschaftlichen Klassen unterrichtet worden. In gewerblichen Klassen gab es zum Erhebungszeitpunkt 558 und in den landwirtschaftlichen Klassen 1 327 Mädchen weniger als 1970.

Zu Beginn des Schuljahres 1971/72 waren in Rheinland-Pfalz an den Versuchen zum Berufsgrundschuljahr 58 Klassen mit 1 346 Schülern beteiligt. Im vorangegangenen Schuljahr 1970/71 gab

Berufsbildende Schulen 1967 - 1971

Jahr	Schulen	Klassen	Schüler		
			insgesamt	weiblich	je Klasse
Berufsschulen					
1967	81	5 319	121 856	56 196	22,9
1968	82	5 226	118 924	54 427	22,8
1969	80	5 061	114 429 ¹⁾	51 605	22,6
1970	78	5 094	116 459 ²⁾	49 541	22,9
1971	78	5 058	114 401 ²⁾	48 634	22,6
Berufsfachschulen					
1967	156	415	11 845	7 237	28,5
1968	168	436	12 535	7 576	28,8
1969	186	461	13 208	7 768	28,7
1970	187	491	13 540	7 747	27,6
1971	171	517	14 107	7 865	27,3
Berufsaufbauschulen					
1967	40	132	3 248	161	24,6
1968	43	156	3 655	196	23,4
1969	48	164	3 802	211	23,2
1970	52	158	3 521	277	22,3
1971	56	158	3 514	385	22,2
Fachschulen					
1967	179	508	7 831	3 758	15,4
1968	185	505	8 275	4 022	16,4
1969	177	526	8 746	4 644	16,6
1970	189	560	9 617	5 049	17,2
1971	186	511	9 310	5 376	18,2
Fachoberschulen					
1969	24	31	615	85	19,8
1970	33	82	1 856	334	22,6
1971	47	131	3 118	657	23,8

1) Außerdem 462 Schüler im Berufsgrundschuljahr. - 2) Außerdem 1 346 Schüler im Berufsgrundschuljahr.

es erst 21 Berufsgrundschulklassen mit 462 Schülern. Fachlich wird nicht nach Ausbildungsberufen, sondern nach Berufsfeldern unterteilt. Die meisten Schüler, nämlich 947 von den insgesamt 999 Mädchen, wurden in den 41 Klassen des hauswirtschaftlich/sozialpflegerischen Berufsfeldes gezählt. Es folgen die Berufsfelder Metall/Elektro (9), kaufmännisch/verwaltend (4) und das Berufsfeld Metall mit einer Klasse, eine Klasse besteht für das Berufsfeld Metall/Holz, zwei Klassen für Ungelernte. In 40 Klassen beträgt die Zahl der Wochenstunden 30 bis 36, weniger als 30 Wochenstunden Unterricht haben nur zwei Klassen.

7 von 10 Berufsfachschülern besuchen kaufmännische Schulen

Ein zweiter Weg zum Beruf führt über Berufsfachschulen. Sie werden von Jugendlichen besucht, die sich nach dem Besuch allgemeinbildender Schulen und vor Eintritt in einen Betrieb Kenntnisse über ein breiteres Berufsfeld erwerben wollen. Das Landesgesetz über öffentliche berufsbildende Schulen von 1962 bezeichnet in § 2 die Berufsfachschulen als berufsbildende Wahlschulen mit täglichem Unterricht, die, ohne eine praktische Berufsvorbereitung vorauszusetzen, der Vorbereitung auf einen Beruf dienen und die Allgemeinbildung fördern. Für Hauptschulabsolventen bieten zweijährige Berufsfachschulen einen günstigen Weg, die Mittlere Reife zu erwerben. Über Fachoberschulen bzw. dreijährige Höhere Berufsfachschulen ist der Zugang zu den praxisorientierten

Klassentyp	Klassen				Schüler				Schüler je Klasse			
	1967	1969	1970	1971	1967	1969	1970	1971	1967	1969	1970	1971
Gewerbliche Klassen	2 632	2 630	2 754	2 749	58 965	57 633	61 624	60 536	22,4	21,9	22,4	22,0
Kaufmännische Klassen	1 489	1 433	1 409	1 441	38 534	36 552	36 629	37 417	25,9	25,5	26,0	26,0
Landwirtschaftliche Klassen	404	283	209	105	8 074	5 593	3 836	1 952	20,0	19,8	18,4	18,6
Hauswirtschaftliche Klassen	794	715	722	763	16 283	14 651	14 370	14 496	20,5	20,5	19,9	19,0
Insgesamt	5 319	5 061	5 094	5 058	121 856	114 429	116 459	114 401	22,9	22,6	22,7	22,6

Fachhochschulen bzw. den wissenschaftlichen Hochschulen geöffnet.

14 107 Schüler, das sind 567 mehr als im vergangenen Jahr, besuchen im laufenden Schuljahr 1971/72 die 171 rheinland-pfälzischen Berufsfachschulen. 6 242 von ihnen sind Jungen, 7 865 Mädchen. Obwohl nur die 25 gewerblichen Berufsfachschulen — mit einer Schülerzahl von 1 437 — überwiegend von Jungen (1 355) besucht werden, hat sich deren Anteil an der Gesamtzahl der Berufsfachschüler seit 1967 kontinuierlich von 38,9 auf 44,2% erhöht.

Bei den einzelnen Schultypen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Zahlenmäßig bedeutendster Schultyp sind die 84 kaufmännischen Berufsfachschulen mit einer Schülerzahl von 9 997. Um 383 auf 5 138 erhöhte sich seit dem Vorjahr die Zahl der Mädchen, um 191 die der Jungen. Mehr als vier Fünftel der kaufmännischen Berufsfachschüler erhalten Unterricht an den 64 zweijährigen Handelsschulen. 925 Schüler, darunter 262 oder 28% Mädchen, streben die Hochschulreife in den 8 Wirtschaftsgymnasien an. In der Oberstufe der rheinland-pfälzischen Gymnasien sind die Mädchen mit einem Anteil von 41,5% erheblich stärker vertreten. Etwa 9% aller Berufsfachschüler kaufmännischer Richtung werden an den 6 einjährigen Handelsschulen und den 5 zweijährigen höheren Berufsfachschulen unterrichtet. Ihrer zahlenmäßigen Bedeutung nach folgen den kaufmännischen die 58 hauswirtschaftlichen Berufsfach- und Kinderpflegeschulen, die von 2 442 Mädchen besucht werden.

Steigendes Interesse am Vollzeitunterricht der Berufsaufbauschulen

Zu den berufsbildenden Schulen, die eine breite Grundlage für einen späteren beruflichen Aufstieg geben, gehören die Berufsaufbauschulen. Sie setzen praktische Berufserfahrung bzw. eine Berufsausbildung voraus. Ausbildungsziel ist die Fachschulreife, die dem Realschulabschluß gleichgestellt ist und die Möglichkeit des Eintritts in das zweite Jahr der Fachoberschule eröffnet. Dreijährige Berufsaufbauschulen gewerblich/technischer, kaufmännischer, hauswirtschaftlich/sozialpflegerischer und landwirtschaftlicher Fachrichtung gibt es in Teilzeit-, einjährige in Vollzeitform. An einer gewerblichen Mischformschule wird nebeneinander Teil- und Vollzeitunterricht erteilt.

3 514 Schüler besuchten zum Zeitpunkt der Erhebung die 56 rheinland-pfälzischen Berufsauf-

bauschulen, deren Zahl sich seit 1967 um 16 erhöht hat. Wenig veränderte sich gegenüber 1967 die Zahl der Schüler, die bis 1969 um 554 zunahm, von 1969 bis 1971 sich jedoch um 288 verringerte. Kontinuierlich zugenommen hat die Zahl der Mädchen, obwohl deren Anteil in diesen Schulen noch relativ gering ist (11%). Mehr Schüler als 1970, nämlich 920, gab es in den 14 Vollzeitschulen (+ 171), während das Interesse am Teilzeitunterricht, der 2 506 Schülern in 41 Schulen neben der praktischen Berufsausbildung erteilt wird, etwas geringer geworden ist (— 266). An der einen gewerblichen Mischformschule erhalten außerdem 33 Schüler Vollzeit- und 55 Schüler Teilzeitunterricht.

112 von 186 Fachschulen sind Schulen für Gesundheitswesen

Die Fachschule vermittelt eine spezielle Weiterbildung im Anschluß an die praktische Berufsausbildung oder nach längerer Berufserfahrung. Die in Rheinland-Pfalz bestehenden Höheren Wirtschaftsfachschulen, Werkkunstschulen und das Pädagogische Fachinstitut Rengsdorf wurden Abteilungen oder Fachrichtungen der nach § 38 des Landesgesetzes über Fachhochschulen vom 1. Juni 1970 (GVBl. S. 187) mit Wirkung vom 1. August 1971 errichteten Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz.

Mit 186 Ausbildungsstätten hat sich die Zahl der Fachschulen im Herbst 1971 um 3 verringert, nachdem sie im November 1970 ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Aufschlußreich ist eine Untersuchung getrennt nach Fachschultypen. Von 1967 bis 1971 verringerte sich die Zahl der Fachschulen für landwirtschaftliche Berufe um 12 auf 30, während im gleichen Zeitraum 12 neue Fachschulen für Gesundheitswesen errichtet wurden (1971: 112). An dritter Stelle stehen die Fachschulen für technische Berufe (20). Es folgen die Fachschulen für Sozialberufe (13), kaufmännische Berufe (5), Erziehungsberufe (4), industrielle und handwerkliche sowie künstlerische Berufe (je 1).

Von den 9 310 Fachschülern des Jahres 1971 (1967: 7 831) waren 5 376 Mädchen. Damit hat sich der Anteil weiblicher Fachschüler von knapp 50% im Jahr 1967 auf 58% erhöht. Das stärkste Interesse der Mädchen (3 680) gilt den Fachschulen für Gesundheitswesen, die von insgesamt 4 233 Schülern besucht werden. Auch in den 13 Fachschulen für Sozialberufe (876 Schüler) werden — bis auf wenige Ausnahmen — nur Mädchen unterrichtet,

während landwirtschaftliche (1 670) und technische Fachschulen (1 666) fast ausnahmslos männliche Absolventen haben. Der Anteil der Mädchen in Schulen für kaufmännische Berufe beträgt 50%.

3 118 Schüler wollen die Fachhochschulreife erwerben

Fachoberschulen — seit 1969 den Berufsschulzentren angeschlossen — führen Schüler, welche die Mittlere Reife haben, in zwei (Klasse 11 und 12), und solche, die eine Berufsaufbauschule besucht haben, in einem Jahr (Klasse 12) zur Fachhochschulreife. Es gibt Fachoberschulen für die Fachrichtungen Wirtschaft, Ingenieurwesen, Landwirtschaft, Sozialpflege/Sozialpädagogik. In Klasse 11 überwiegt die fachpraktische Ausbildung, während im zweiten Jahr nur Unterricht erteilt wird.

Im Schuljahr 1971/72 gab es mit 47 Fachoberschulen 14 Schulen und 49 Klassen mehr als 1970. Die Zahl der Schüler erhöhte sich insgesamt von 1 856 auf 3 118. Das Interesse der Mädchen an dieser neuen Einrichtung hat noch stärker zugenommen als das der Jungen. Ihre Zahl erhöhte sich innerhalb eines Jahres von 334 auf 657.

165 Lehrer mehr

Am 15. November 1971 unterrichteten 2 725 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer an den berufsbildenden Schulen von Rheinland-Pfalz. Gegenüber 1967 hat sich ihre Zahl um 387, seit dem abgelaufenen Schuljahr 1970/71 allein um 165 erhöht. Der

Anteil weiblicher Lehrkräfte, die hauptberuflich an den berufsbildenden Schulen tätig sind, beträgt etwa 33%, während an allgemeinbildenden Schulen jede zweite Lehrkraft eine Frau ist. 4 318 Lehrkräfte erteilen nebenamtlich, nebenberuflich und als Teilbeschäftigte Unterricht. An dieser Form der Tätigkeit sind nur 783 weibliche Lehrpersonen interessiert, obwohl sich ihre Zahl gegenüber 1970 etwas erhöht hat. Die gegenüber dem Vorjahr auffallend niedrigere Zahl an neben- und teilbeschäftigten Lehrpersonen dürfte primär in dem verbesserten Erhebungsverfahren begründet sein, das bisher mögliche Doppelerfassungen ausschließt.

Infolge zunehmender Verbundenheit der Schulgattungen und der daraus resultierenden Problematik einer exakten Zuordnung der Lehrer wurde nach der Wochenstundenzahl gefragt, die auf die einzelnen Schulgattungen eines Schulzentrums entfällt. Insgesamt wurden — mit Ausnahme des Unterrichts an den Fachschulen des Gesundheitswesens — von 2 682 hauptamtlich tätigen Lehrkräften 60 578 Wochenstunden erteilt. Davon entfielen über die Hälfte (34 390) auf Berufsschulen und 1 756 auf das Berufsgrundschuljahr, etwa ein Viertel auf Berufsfachschulen (14 968), auf Fachschulen 5 343, auf Fachoberschulen 2 434, Berufsaufbauschulen 1 687. Von nebenamtlich tätigen Lehrkräften wurden zusätzlich 6 453, von teilbeschäftigten und nebenberuflichen Lehrpersonen zusammen 1 159 und 5 674 Wochenstunden erteilt.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Straßenverkehrsunfälle 1971

Rückgang der leichten Straßenverkehrsunfälle

Im Jahre 1971 ereigneten sich auf den rheinlandpfälzischen Straßen 86 820 Unfälle. Das sind 1 973 oder 2,2% weniger als im Vorjahr. Von dem Rück-

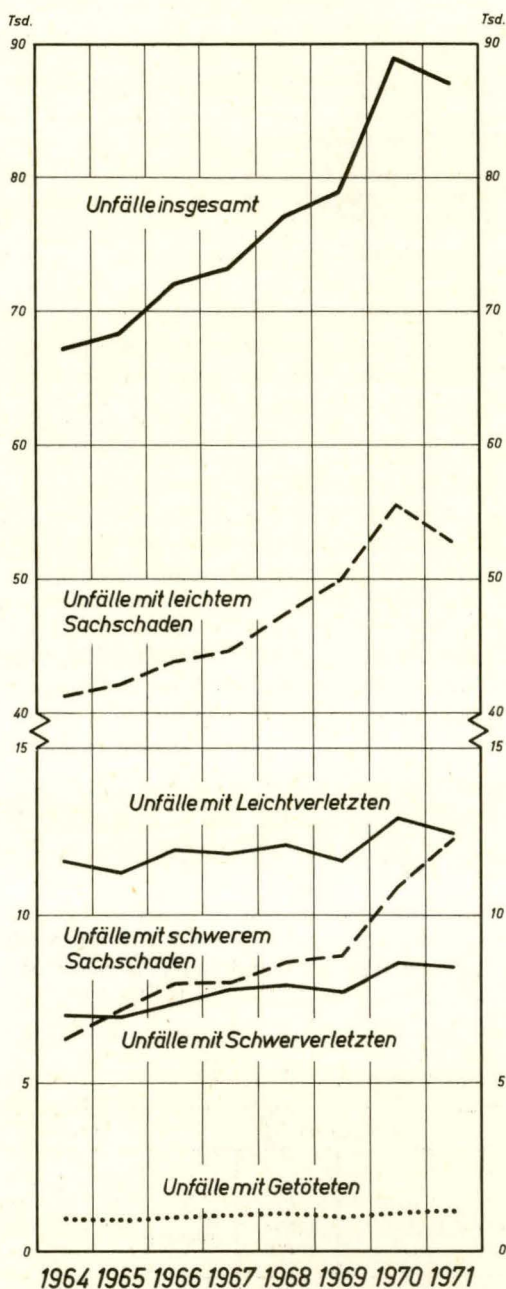
gang waren in erster Linie jedoch nur die leichten Unfälle betroffen, während bei den schweren Unfällen sogar eine Zunahme zu beobachten war. So erhöhte sich die Zahl der schweren Sachschadens-

Straßenverkehrsunfälle, beteiligte Verkehrsteilnehmer und Verunglückte 1960 - 1971

Jahr	Unfälle						Unfallbeteiligte ¹⁾				Verunglückte	
	ins- gesamt	mit Personenschaden			mit nur Sachschaden		ins- gesamt	Kraft- räder	Per- sonen- kraft- wagen	Last- kraft- wagen	Ge- tötete	Ver- letzte
		zu- sammen	inner- halb	außer- halb	zu- sammen	von 1 000 DM und mehr 2)						
			von Ortschaften									
1960	56 450	20 861	13 061	7 800	35 589	.	38 579	5 550	16 272	.	1 021	28 080
1961	58 462	20 333	12 572	7 761	38 129	.	37 592	4 569	17 426	.	1 043	27 980
1962	62 076	19 297	11 533	7 764	42 779	.	34 870	3 128	18 437	.	964	26 568
1963	67 447	19 120	11 455	7 665	48 327	.	36 450	2 430	20 138	.	1 028	26 421
1964	67 154	19 612	11 552	8 060	47 542	6 281	35 940	1 969	20 900	2 897	1 090	27 788
1965	68 356	19 099	11 049	8 050	49 257	7 152	35 105	1 467	21 262	2 648	998	26 594
1966	71 991	20 261	11 864	8 397	51 730	7 934	37 518	1 379	23 540	2 708	1 075	28 592
1967	73 172	20 587	11 821	8 766	52 585	7 969	38 026	1 516	24 155	2 648	1 150	29 345
1968	77 020	21 027	12 079	8 948	55 993	8 563	38 913	1 465	25 300	2 622	1 164	29 875
1969	78 849	20 207	11 760	8 447	58 642	8 767	37 423	1 565	24 596	2 562	1 080	29 110
1970	88 793	22 461	13 285	9 176	66 332	10 803	42 045	1 521	28 218	2 769	1 209	32 642
1971	86 820	21 905	12 604	9 301	64 915	12 199	40 736	1 819	27 471	2 560	1 241	31 673

1) Bei Unfällen mit Personenschaden. - 2) Bei mindestens einem der Beteiligten.

Straßenverkehrsunfälle 1964-1971



73/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Unfälle — das sind alle Unfälle mit einem Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei einem der Beteiligten, bei denen niemand verletzt oder getötet wurde — um 12,9% auf 12 199 sowie die der Unfälle mit Getöteten um 2,7% auf 1 117. Während sich die Unfälle, bei denen Menschen schwer verletzt wurden, um 1,4% nur relativ geringfügig auf 8 397 verringerten, wiesen die Unfälle mit Leichtverletzten (— 3,6%) und die leichten Sachschadens-Unfälle (— 5,1%) wesentlich höhere Veränderungsraten auf.

Seit 1964 verzeichneten die Straßenverkehrs-unfälle eine Zunahme um 19 666 oder 29,3%. Diese Veränderung ist weit überwiegend auf die enorme Erhöhung der Sachschadens-Unfälle in dieser Zeit um 17 373 oder 36,5% zurückzuführen. Während sich die leichten Unfälle dieser Art um 11 455 oder 27,8% schon beträchtlich erhöhten, verdoppelten sich nahezu die schweren Sachschadens-Unfälle (+ 94,2%). Die starke Zunahme der Unfälle mit nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr ist zum Teil allerdings auf laufende Preiserhöhungen für Reparaturen und Ersatzteile zurückzuführen, die in diesen Jahren eine ständige Verschiebung der Grenze zwischen leichten und schweren Sachschadens-Unfällen mit sich brachten. Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtzahl der Unfälle in den Jahren dieses Zeitraums, so fällt ein relativ gleichmäßiger Anstieg bis 1969 zwischen + 1,8 und + 5,3% ins Auge. Dieser Trend wurde 1970 durch eine überdurchschnittliche Zunahme (+ 12,6%) unterbrochen, die 1971 nur zum Teil wieder kompensiert werden konnte (— 2,2%).

Von den 34 104 schweren Straßenverkehrs-unfällen (Personenschadens und schwere Sachschadens-Unfälle), die im folgenden näher untersucht werden sollen, waren 21 905 oder 64,2% Unfälle, bei denen Personen schwer verletzt oder getötet wurden. An den Personenschadens-Unfällen waren wiederum die Unfälle mit Getöteten mit 5,1% (1970: 4,8%) beteiligt. Der Anteil der Unfälle mit Leichtverletzten verringerte sich dagegen auf 56,6%. Das sind 0,7 Punkte weniger als im Jahre 1970.

Beteiligung an Personenschadens-Unfällen um 3,1% zurückgegangen

An den 34 104 schweren Straßenverkehrs-unfällen waren 1971 insgesamt 64 096 Verkehrsteilnehmer beteiligt, 1 284 oder 2,0% mehr als im Jahr zuvor. Zu diesem Zuwachs trugen die Personenkraftwagen mit 1 854 oder 4,1% zwar wesentlich geringer als im Vorjahr (+ 7 163 bzw. 18,6%) aber immer noch im stärksten Maße bei. Eine sehr hohe Zunahme in ihrer Unfallbeteiligung wiesen weiterhin die Krafträder auf (+ 324 bzw. 21,0%), die im Vorjahr noch einen Rückgang verzeichnet hatten. Mit Ausnahme der Mopeds und Mofas (+ 65 oder 4,6%) sowie der Omnibusse (+ 29 oder 4,7%) waren alle übrigen Verkehrsteilnehmer 1971 in geringerem Maße an Unfällen beteiligt als 1970. Darunter sind vor allem die Fußgänger zu nennen, deren erhebliche Zunahme im Vorjahr (+ 529 bzw. 12,3%) durch einen Rückgang um 577 oder 11,9% im vergangenen Jahr kompensiert wurde.

Eine andere Entwicklung zeigte die Beteiligung der Verkehrsteilnehmer an den Personenschadens-Unfällen, die gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1 309 oder 3,1% zurückgegangen ist. Während 298 oder 19,6% mehr Krafträder in Unfälle, in deren Verlauf Menschen verletzt oder getötet wurden, verwickelt wurden, waren in derselben Zeit 747 oder 2,6% Personenkraftwagen weniger an Unfällen dieser Art beteiligt. Im langfristigen Jahresvergleich wies die Beteiligung an Personen-

schadens-Unfällen erhebliche Schwankungen auf. Während sich in dem beobachteten Zeitraum seit 1964 in den Jahren 1966, 1967, 1968 und 1970 Zuwachsraten zwischen + 1,4 und + 12,4% (1970) ergaben, ging die Unfallbeteiligung in den übrigen Jahren zwischen - 1,4 und - 3,8% (1969) zurück. Im Gegensatz dazu wiesen die Personenkraftwagen bis 1968 eine relativ gleichmäßig steigende Tendenz auf, die allerdings 1969 durch einen Rückgang um 2,8% unterbrochen wurde. Im Jahre 1970 folgte zwar wieder eine Zunahme um 14,7%, die die Kurve der Pkw-Beteiligung an Personenschadens-Unfällen jedoch nicht mehr über die extrapolierte Trendgerade der Jahre 1964 bis 1968 anzuheben vermochte. Die Beteiligung der Personenwagen an Unfällen, die zu Körperverletzungen führten, zeigt damit trotz der Zunahme im Jahre 1970 eine leicht degressive Entwicklung.

Zahl der verunglückten Kraftradfahrer erheblich gestiegen

Im vergangenen Jahr verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 32 914 Menschen, 937

Straßenverkehrsunfälle, beteiligte Verkehrsteilnehmer und Verunglückte 1970 und 1971

Berichtsmerkmal	1970	1971	Veränderung
	Anzahl		%
Unfälle	88 793	86 820	- 2, 2
mit Personenschaden	22 461	21 905	- 2, 5
mit Getöteten	1 088	1 117	2, 7
mit Schwerverletzten	8 514	8 397	- 1, 4
mit Leichtverletzten	12 859	12 391	- 3, 6
mit nur Sachschaden	66 332	64 915	- 2, 1
von 1 000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten	10 803	12 199	12, 9
unter 1 000 DM bei jedem der Beteiligten	55 529	52 716	- 5, 1
Unfallbeteiligte ¹⁾	62 812	64 096	2, 0
Krafträder	1 545	1 869	21, 0
Personenkraftwagen	45 603	47 457	4, 1
Omnibusse	615	644	4, 7
Lastkraftwagen	5 076	4 915	- 3, 2
Sattelschlepper	500	447	- 10, 6
Zugmaschinen	546	481	- 11, 9
Mopeds und Mofas	1 405	1 470	4, 6
Fahrräder	1 973	1 962	- 0, 6
Fußgänger	4 837	4 260	- 11, 9
Verunglückte	33 851	32 914	- 2, 8
Getötete	1 209	1 241	2, 6
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	50	73	46, 0
Personenkraftwagen	649	654	0, 8
Lastkraftwagen	45	48	6, 7
Mopeds und Mofas	52	51	- 1, 9
Fahrrädern	86	81	- 5, 8
Fußgänger	321	331	3, 1
Schwerverletzte	11 092	10 954	- 1, 2
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	687	792	15, 3
Personenkraftwagen	6 633	6 619	- 0, 2
Lastkraftwagen	305	306	0, 3
Mopeds und Mofas	550	565	2, 7
Fahrrädern	676	661	- 2, 2
Fußgänger	2 181	1 948	- 10, 7
Leichtverletzte	21 550	20 719	- 3, 9
Fahrer und Mitfahrer von			
Krafträdern	940	1 153	22, 7
Personenkraftwagen	15 428	14 607	- 5, 3
Lastkraftwagen	815	783	- 3, 9
Mopeds und Mofas	793	849	7, 1
Fahrrädern	1 088	1 107	1, 7
Fußgänger	2 260	1 883	- 16, 7

1) Bei Unfällen mit Personenschaden oder nur Sachschaden von 1 000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten.

Straßenverkehrsunfälle ¹⁾ und Verunglückte nach Unfallarten und Ortslage 1971

Unfallart	Unfälle	Verunglückte		
		insgesamt	Getötete	auf 100 Unfälle mit Personenschaden
Insgesamt				
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	14 364	13 924	411	170
Auffahren eines Fahrzeuges auf ein voranfahrendes oder im fließenden Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug	4 741	4 376	93	154
ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr	1 840	862	14	130
ein Hindernis auf der Fahrbahn	300	249	5	140
einen Gegenstand neben der Fahrbahn	6 315	6 184	255	151
Unfall zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	3 839	4 285	333	112
Unfall zwischen sonstigem Fahrzeug und Fußgänger	109	128	3	117
Unfall anderer Art	2 596	2 906	127	147
Insgesamt	34 104	32 914	1 241	150
Innerhalb von Ortschaften				
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	9 503	7 659	100	148
Auffahren eines Fahrzeuges auf ein voranfahrendes oder im fließenden Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug	2 262	1 852	21	135
ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr	1 657	719	9	127
ein Hindernis auf der Fahrbahn	74	66	-	132
einen Gegenstand neben der Fahrbahn	2 518	2 178	63	144
Unfall zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	3 306	3 610	194	110
Unfall zwischen sonstigem Fahrzeug und Fußgänger	94	111	2	118
Unfall anderer Art	677	654	31	122
Zusammen	20 091	16 849	420	134
Außerhalb von Ortschaften				
Zusammenstoß zwischen fahrenden Fahrzeugen	4 861	6 265	311	207
Auffahren eines Fahrzeuges auf ein voranfahrendes oder im fließenden Verkehr vorübergehend haltendes Fahrzeug	2 479	2 524	72	172
ein Fahrzeug im ruhenden Verkehr	183	143	5	152
ein Hindernis auf der Fahrbahn	226	183	5	143
einen Gegenstand neben der Fahrbahn	3 797	4 006	192	154
Unfall zwischen Kraftfahrzeug und Fußgänger	533	675	139	128
Unfall zwischen sonstigem Fahrzeug und Fußgänger	15	17	1	113
Unfall anderer Art	1 919	2 252	96	156
Zusammen	14 013	16 065	821	173

1) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten.

oder 2,8% weniger als im Jahr zuvor. An dem Rückgang waren die Leichtverletzten am stärksten beteiligt (- 831 bzw. 3,9%). Bei ihnen handelte es sich überwiegend um Insassen von Personenkraftwagen (- 821 bzw. 5,3%) und um Fußgänger (- 377 oder 16,7%). Die Zahl der leichtverletzten Fahrer und Mitfahrer von Zweirädern erhöhte sich dagegen zum Teil beträchtlich. Während sich die Zahl der Schwerverletzten nur geringfügig um 1,2% reduzierte, nahmen die Verkehrstoten nochmals um 2,6% zu. Auch hier fällt die hohe Zunahme der getöteten Fahrer und Mitfahrer

Art der Verkehrsbeteiligung	Unfallbeteiligte	Ursachen bei Fahrzeugführern und Fußgängern											
		insgesamt		Zu schnelles Fahren		Überholen/ Vorbeifahren/ Begegnen		Vorfahrt/ Verkehrsregelung		Alkoholeinfluß		Falsches Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn	
		Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte	Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte	Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte	Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte	Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte	Anzahl	auf 100 Unfallbeteiligte
Unfälle insgesamt													
Krafträder	1 869	1 322	71	409	22	209	11	104	6	119	6	.	.
Personenkraftwagen	47 457	34 325	72	9 090	19	7 109	15	5 617	12	3 909	8	.	.
Omnibusse	644	284	44	39	6	65	10	43	7	10	2	.	.
Lastkraftwagen	4 915	3 465	70	625	13	679	14	387	8	131	3	.	.
Sattelschlepper	447	346	77	76	17	89	20	24	5	4	1	.	.
Zugmaschinen	481	345	72	43	9	99	21	61	13	16	3	.	.
Mopeds und Mofas	1 470	1 156	79	197	13	170	12	159	11	209	14	.	.
Fahrräder	1 962	1 384	71	84	4	197	10	290	15	80	4	.	.
Fußgänger	4 260	3 072	72	168	4	2 631	62
Sonstige Fahrzeuge	591	347	59	46	8	94	16	40	7	10	2	.	.
Insgesamt	64 096	46 046	72	10 609	17	8 711	14	6 725	10	4 656	7	.	.
Unfälle mit Personenschaden													
Krafträder	1 819	1 287	71	399	22	198	11	95	5	119	7	.	.
Personenkraftwagen	27 471	20 714	75	6 054	22	3 581	13	2 785	10	2 367	9	.	.
Omnibusse	399	161	40	24	6	25	6	21	5	7	2	.	.
Lastkraftwagen	2 560	1 692	66	314	12	195	8	214	8	61	2	.	.
Sattelschlepper	241	166	69	40	17	36	15	12	5	2	1	.	.
Zugmaschinen	291	205	70	30	10	69	24	32	11	7	2	.	.
Mopeds und Mofas	1 447	1 133	78	197	14	168	12	150	10	207	14	.	.
Fahrräder	1 938	1 365	70	83	4	196	10	284	15	79	4	.	.
Fußgänger	4 229	3 049	72	166	4	2 614	62
Sonstige Fahrzeuge	340	173	51	18	5	31	9	25	7	6	2	.	.
Zusammen	40 735	29 945	73	7 159	18	4 499	11	3 618	9	3 021	7	.	.

1) Ohne Ursachen bei Unfällen mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten.

von Krafträdern um 23 auf 73 auf. Aber auch die Zahl der Verkehrstoten bei Fußgängern nahm um 10 oder 3,1% weiter zu. Demgegenüber stagnierte die Zahl der tödlich verunglückten Pkw-Insassen (+ 0,8%).

Langfristig zeigte die Zahl der Verunglückten eine ähnliche Entwicklung wie die der an Personenschadens-Unfällen beteiligten Verkehrsteilnehmer. Bei einer Zunahme seit 1964 um 4 036 oder 14,0% unterlag sie in der Zwischenzeit bei einem steigenden Trend erheblichen Schwankungen, die in dem Rückgang des Jahres 1969 um 3,1% und in dem im nächsten Jahr folgenden Anstieg um 12,5% ihren Höhepunkt fanden. Die Zahl der Getöteten erhöhte sich in dem beobachteten Zeitraum um 151 oder 13,9%.

Kollisionen zwischen fahrenden Fahrzeugen forderten die meisten Opfer

Die meisten Opfer (13 924) forderten wieder die Unfälle, die sich durch Kollisionen zwischen fahrenden Fahrzeugen ereigneten. Die auf diese Weise Verunglückten waren an der Gesamtzahl der Verunglückten mit 42,3% beteiligt. In größerem Abstand folgten die Auffahrunfälle auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn (18,8%), auf ein voranfahrendes Fahrzeug (13,3%) sowie die Unfälle, in die Kraftfahrzeuge und Fußgänger verwickelt waren (13,0%). Die Kollisionen erwiesen sich wieder als die gefährlichsten Unfälle. Bei 100 Unfällen mit Personenschaden wurden auf diese Weise 170 Personen verletzt oder getötet.

An zweiter und dritter Stelle rangierten die Auffahrunfälle auf voranfahrende Fahrzeuge und auf Gegenstände neben der Fahrbahn mit 154 und 151 Verunglückten pro 100 Unfälle mit Personenschaden.

Während die Kollisionen zwischen fahrenden Fahrzeugen innerhalb und außerhalb von Ortschaften die häufigsten und gefährlichsten Unfallarten darstellten, überwog auf freier Strecke daneben die Zahl der bei Auffahrunfällen auf Gegenstände neben der Fahrbahn verunglückten Personen. Als gefährlicher erwiesen sich hier dagegen die Auffahrunfälle auf voranfahrende Fahrzeuge, die unter anderem die in der Regel folgenschweren Autobahnunfälle enthalten. Innerhalb von Ortschaften kamen häufiger die Unfälle zwischen Kraftfahrzeugen und Fußgängern, die bei den Fußgängern fast immer zu Verletzungen führen. Bei diesen Unfällen wurden auch 46,2% der Toten innerhalb des Ortsbereichs gezählt. Die meisten Verunglückten je Unfall mit Personenschaden (1,4) hatten hier jedoch die Auffahrunfälle auf einen Gegenstand neben der Fahrbahn.

Mopedfahrer sind meist schuld am Unfall

Von den Polizeibeamten wurden im Jahre 1971 insgesamt 46 046 Ursachen von schweren Straßenverkehrsunfällen, die in einem Fehlverhalten der Fahrzeugführer und Fußgänger begründet waren, festgestellt. Diesen standen 64 096 Unfallbeteiligte gegenüber. Auf 100 Unfallbeteiligte entfielen damit im Durchschnitt 72 Ursachen dieser Art. In

Land	Unfälle		Verunglückte					
	ins- gesamt 2)	mit Personen- schaden	ins- gesamt	auf 100 Unfälle mit Personen- schaden	auf 10 000 Einwohner 3)	auf 10 qkm 4)	Getötete	
							zu- sammen	auf 10 000 Einwohner ³⁾
	Anzahl	%	Anzahl					
Schleswig-Holstein	26 372	65,3	24 580	143	96	16	914	3,6
Hamburg	25 535	49,7	17 187	135	95	228	326	1,8
Niedersachsen	58 757	74,2	64 376	148	90	14	2 974	4,2
Bremen	7 066	63,2	5 451	122	72	135	116	1,5
Nordrhein-Westfalen	144 037	70,3	141 688	140	82	42	4 377	2,5
Hessen	54 960	63,4	51 619	148	95	24	1 582	2,9
Rheinland-Pfalz	34 104	64,2	32 914	150	89	17	1 241	3,4
Baden-Württemberg	74 887	65,8	75 092	152	83	21	2 750	3,1
Bayern	91 008	69,3	95 253	151	89	14	3 688	3,5
Saarland	8 001	80,2	9 499	148	84	37	304	2,7
Berlin (West)	24 012	58,1	18 224	131	86	380	413	1,9
Bundesgebiet	548 739	67,2	535 883	145	87	22	18 685	3,0

1) Vorläufige Zahlen. - 2) Ohne Unfälle mit nur Sachschaden von weniger als 1 000 DM bei jedem der Beteiligten. - 3) Stand: 26.5.1970. 4) Stand: 31.12.1969.

überdurchschnittlichem Maße trugen 1971 die Fahrer von Mopeds und Mofas (79) sowie von Sattelschleppern (77) nach den vorläufigen Ermittlungen an der Unfallstelle durch ihr Verhalten zu Straßenverkehrsunfällen bei, während sich für die Fahrer von Personenkraftwagen und Zugmaschinen sowie für die Fußgänger durchschnittliche Quoten errechneten. Weitaus am besten schnitten wieder die Omnibusfahrer ab, von denen weniger als jeder zweite den Unfall verursachte, in den er verwickelt war.

Von den vorstehend untersuchten Ursachen von schweren Straßenverkehrsunfällen führten 29 945 oder 65,0% zu Unfällen mit Personenschaden. An diesen Unfällen waren 40 735 Verkehrsteilnehmer beteiligt, wodurch sich eine Quote von 73 Ursachen pro 100 Unfallbeteiligte ergibt. Neben den Mopedfahrern (78) gaben die Pkw-Fahrer (75) am häufigsten Anlaß zu schweren Unfällen, in deren Verlauf Menschen verletzt oder sogar getötet wurden. Am wenigsten zu Unfällen dieser Art trugen die Fahrer von Omnibussen (40) und Lastkraftwagen (66) bei, die mit meist längerer Fahrpraxis eher in der Lage sind, schwierige Verkehrssituationen zu meistern oder während des Unfallgeschehens durch geschicktes Reagieren schwerere Folgen zu vermeiden. Gleiches gilt für die Fahrer von sonstigen Fahrzeugen, wie Sonderkraftfahrzeugen (Feuerwehr-, Müll- und Viehtransportfahrzeuge), Eisen- und Straßenbahnen (51). Demgegenüber kamen Fußgänger (72) sowie

Fahrer von Krafträdern (71), Fahrrädern (70) und von überwiegend landwirtschaftlichen Zugmaschinen (70) dem Durchschnitt ziemlich nahe.

Alkohol häufigste Unfallursache bei den Mopedfahrern

Die Ursachenarten unterscheiden sich erheblich nach der Art der Verkehrsbeteiligung. Aus diesem Grunde soll nun dargestellt werden, wie sich die am häufigsten vorkommenden Ursachen von Unfällen mit Personenschaden auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmerarten verteilen. Während 23,9% der Ursachen in zu schnellem Fahren, 15,0% in Fehlern beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen, 12,1% in Nichtbeachtung der Vorfahrt und Verkehrsregelung sowie 10,1% in vorangegangenen Alkoholgenuß bestanden, waren beispielsweise 29,2% der Pkw-Fahrer, 31,0% der Fahrer von Krafträdern und 18,6% der Lkw-Fahrer zu schnell gefahren. Bei den Fahrern von Zugmaschinen (33,6%), Omnibussen (15,5%) und bei den Fahrern von sonstigen Fahrzeugen (17,9%) überwogen dagegen, schon aufgrund ihrer Schwerfälligkeit, die Fehler beim Überholen, Vorbeifahren und Begegnen. Die Nichtbeachtung der Vorfahrt und der Verkehrsregelung wurde jedoch in erster Linie den Fahrradfahrern 20,8% angelastet, während bei Mopedfahrern am häufigsten Alkoholeinfluß zum Unfall beitrug.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1971

Spürbare Umsatzsteigerung im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe und der Fremdenverkehr, denen infolge günstiger geographischer, klimatischer und verkehrsstruktureller Voraussetzungen im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet eine besondere Geltung zukommt, erfahren schon seit geraumer Zeit gezielte und nachhaltige Unterstützungen seitens privater und öffentlicher Förderungs- und Planungsträger. Die

Ergebnisreihen der Umsatzstatistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe lassen daher schon seit längerer Zeit eine stetige und überdurchschnittliche Aufwärtsentwicklung erkennen, wobei für die letzten Jahre allerdings starke Preissteigerungen mitzuberücksichtigen sind. Während sich der Gesamtumsatz des Berichtsjahres im Vergleich zu 1970 um 7,4% erhöhte (Vorjahr + 11,7%), errechnen sich für die Monate Januar (+ 11,0%),

Gliederungsmerkmal	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	1962 = 100									
	Umsatz									
Gaststättengewerbe	100	113	120	132	138	136	141	151	172	191
Beherbergungsgewerbe	100	106	112	120	123	126	123	136	147	150
Insgesamt	100	110	117	127	132	132	133	145	162	174
	Beschäftigte									
Gaststättengewerbe	100	108	110	112	112	114	115	120	119	124
Beherbergungsgewerbe	100	95	96	99	101	104	105	106	105	96
Insgesamt	100	102	104	106	107	110	111	114	113	113

April (+ 25,6%), Mai (+ 8,6%), Juni (+ 7,9%), Juli (+ 8,8%), September (+ 8,2%) und Oktober (+ 12,4%) gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten Steigerungssätze, welche die mittlere jährliche Wachstumsquote übertrafen (August - 4,5%). Gegliedert nach den beiden Bereichen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes ergaben sich für den Umsatz recht unterschiedliche Entwicklungsraten von + 11,0 bzw. + 2,0%.

Im Jahre 1971 hatten im Vergleich zu 1970 die Übernachtungsumsätze des Beherbergungsgewerbes mit + 16,0% weit überdurchschnittlich zugenommen, wobei sich die höchsten Sätze für Januar (+ 32,5%), April (+ 53,7%) und Oktober (+ 32,2%) errechnen. Hierin spiegelt sich neben dem Wettereinfluß insbesondere auch die immer mehr an Bedeutung gewinnende Reisetätigkeit außerhalb der Hauptsaison wider. Demgegenüber wurde für den Verpflegungsumsatz des gesamten Gastgewerbes nur eine merklich unter dem Mittelwert liegende Steigerung um 5,1% ermittelt. Dabei lagen die Monate Januar, April und Oktober mit Zunahmen von + 10,5 sowie + 21,5 und + 10,8%, bezogen auf die entsprechenden Vergleichsmonate des Vorjahres, an der Spitze (August - 6,7%). Bei der Aufgliederung des Verpflegungsumsatzes nach den Sparten Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe ergaben sich Veränderungsraten von + 9,6 und - 1,5%. Die Steigerungssätze des Übernachtungs- und Verpflegungsumsatzes bewegten sich im Berichtsjahr jeweils beträchtlich unter denjenigen des Vorjahres (+ 21,1 bzw. + 9,1%), wobei allerdings nicht außer acht gelassen werden darf, daß seit 1971 die erstere Summe einschließlich und die letztere ohne Frühstücksumsätze gebildet wird.

Bei einer Gegenüberstellung der Umsatzentwicklung im gesamten rheinland-pfälzischen Gastgewerbe zwischen den Jahren 1962 und 1971 mit derjenigen des Bundesgebietes ergibt sich zugunsten von Rheinland-Pfalz ein Vorsprung von 27 Prozentpunkten, welcher sich, aufgegliedert nach Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, sehr unterschiedlich auswirkte. Während im Vergleich zu 1962 der Umsatz des Gaststättengewerbes von Rheinland-Pfalz um 91% (Bundesgebiet + 42%) zugenommen hatte, war derjenige des Beherbergungsgewerbes lediglich um 50% (Bundesgebiet:

+ 63%) gewachsen. Im neunjährigen Vergleichszeitraum war somit die rheinland-pfälzische Umsatzentwicklung derjenigen des Bundesgebietes im Gaststättengewerbe um 49 Prozentpunkte voraus, wogegen sie im Beherbergungsgewerbe vom Bund um 13 Punkte übertroffen wurde. Bezogen auf 1970 wurde im gesamten Gastgewerbe sowohl für Rheinland-Pfalz als auch das Bundesgebiet jeweils eine Wachstumsrate des Umsatzes von + 7,4% ermittelt. Im einzelnen bewegten sich dabei das heimische Gaststätten- um 4,2 Punkte über und das Beherbergungsgewerbe um 4,3 Punkte unter den entsprechenden Entwicklungsraten des Bundesgebietes.

Hoher Beschäftigtenzuwachs im Gaststättengewerbe

Während für den Beschäftigtenstand im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe von 1968 auf 1969 mit + 3,1% eine vergleichsweise hohe Zuwachsrate und von 1969 auf 1970 ein Rückgang um 0,9% errechnet wurde, ergab sich zwischen 1970 und 1971 keine Veränderung, wobei allerdings starke Differenzierungen zwischen Gaststätten- (+ 4,2%) und Beherbergungsgewerbe (- 8,6%) zu verzeichnen sind. Gegenüber dem Basisjahr 1962 konnte für 1971 bei der Beschäftigtenzahl im gesamten Gastgewerbe eine Zuwachsrate von + 13% registriert werden, wobei die Entwicklung im Gaststättengewerbe durch eine 24%ige Steigerung und im Beherbergungsgewerbe durch eine Minderung um 4% gekennzeichnet war. Im neunjährigen Vergleichszeitraum wird dabei allerdings ein mitunter sehr ungleichmäßiger Entwicklungsverlauf deutlich.

Im Gegensatz zur gleichbleibenden Zahl an Vollbeschäftigten im Vergleich zu 1970 hatte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 7,1% beträchtlich erhöht. Dies erscheint insbesondere deshalb bemerkenswert, als sich die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten bereits von 1968 bis 1969 um 11,1% und von 1969 bis 1970 um 12,6% jeweils außerordentlich stark ausgeweitet hatte. Während der Zugang an Teilzeitbeschäftigten im Jahre 1970 vorwiegend das Beherbergungsgewerbe (+ 19,4%) betroffen hatte (Gaststättengewerbe + 9,9%), wurde im Berichtsjahr ein sehr starker Zuwachs dieser Beschäftigtenkategorie im Gaststättengewerbe (+ 18,0%) ermittelt (Beherber-

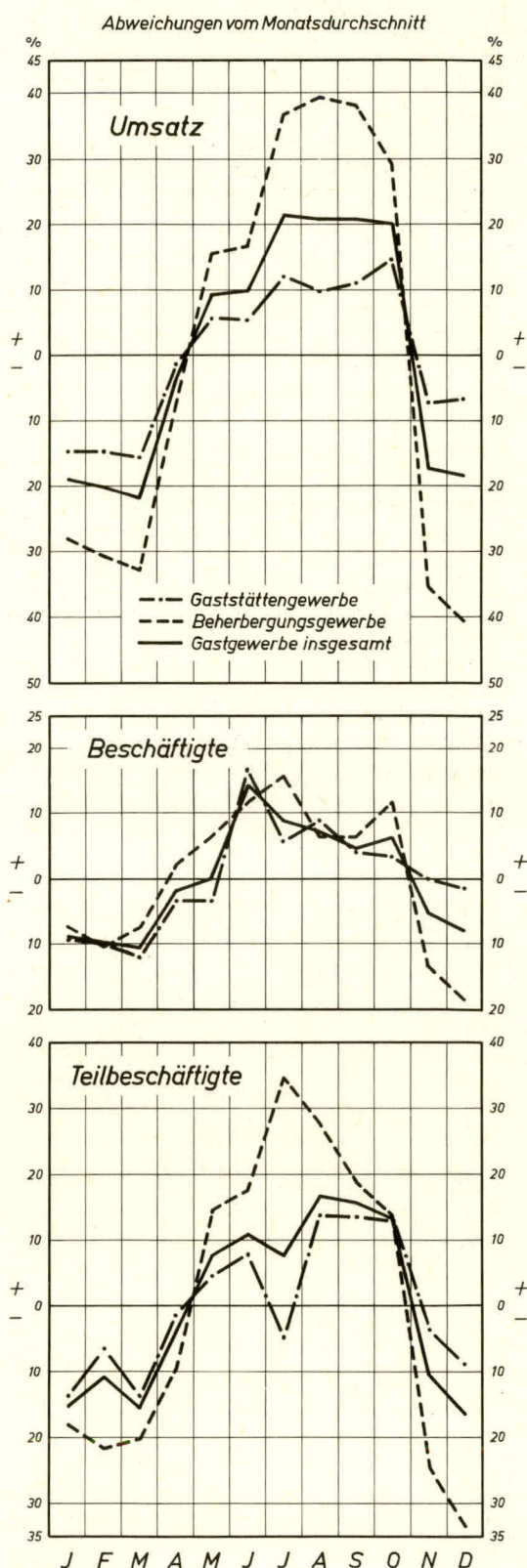
gungsgewerbe — 10,1%). Insgesamt gesehen dürfte der ständig erhöhte Einsatz von Teilzeitbeschäftigten bei konstant gebliebenem Vollbeschäftigtenvolumen im Jahre 1971 kennzeichnend für die angespannte Lage auf dem Personalsektor des Gastgewerbes sein.

Nach wie vor starke Saisonschwankungen

Im Gastgewerbe hängt der Entwicklungsverlauf von Umsatz und Beschäftigung sehr weitgehend von den Witterungsverhältnissen und der Urlaubssaison ab. Infolgedessen wurden 1971 sowohl bei der Umsatzhöhe als auch der Zahl der tätigen Personen für Mai bis einschließlich Oktober Werte ermittelt, welche sich teils beträchtlich über den auf das gesamte Jahr bezogenen entsprechenden Monatsdurchschnitt bewegten. Hinsichtlich des Gesamtumsatzes ergaben sich für die Monate Juli, August, September und Oktober mit jeweils um mehr als 20% über dem Monatsmittel gelegenen Sätzen die höchsten Werte, während die Monate Mai und Juni mit Werten von 9,2 bzw. 9,8% über dem jährlichen Durchschnitt bereits in merklichem Abstand folgten. Demgegenüber unterschritten die Gesamtumsätze der Wintermonate Januar (— 19,0%), Februar (— 20,1%) und März (— 21,8%) den monatlichen Durchschnittsbetrag des Jahres 1971 am meisten. Auch die Monate November und Dezember lagen mit Abweichungen von — 17,2 bzw. — 18,4% jeweils beträchtlich darunter. Der Jahresverlauf des Umsatzes im Beherbergungsgewerbe läßt erfahrungsgemäß stärkere monatliche Schwankungen um den Mittelwert erkennen, da hierbei die Einflüsse des jahreszeitlich wechselnden Reiseverkehrsvolumens noch deutlicher zur Geltung kommen. Der höchste Stand wurde für die Hochsaison-Monate Juli, August und September mit Beträgen ermittelt, die sich um 36,7 sowie 39,3 und 38,0% über dem Jahresdurchschnitt bewegten. Ihre niedrigsten Erlöse tätigten die Unternehmen des Beherbergungsgewerbes hingegen während der Monate November und Dezember mit Abweichungen von — 35,3 bzw. — 40,7% vom Monatsmittel. Daraus ist ersichtlich, daß die Wintermonate trotz teilweise beachtlicher Zunahmetendenzen in den letzten Jahren auch 1971 noch durch einen relativ geringen Reiseverkehr charakterisiert waren. Für den Umsatz im Gaststättengewerbe errechneten sich erwartungsgemäß geringere jahreszeitliche Differenzen zum Monatsdurchschnitt, die sich im einzelnen zwischen den beiden extremen Abweichungen von + 14,7% im Oktober und — 15,7% im März einpendelten. Dabei wurden insbesondere im ersten Vierteljahr 1971 Umsatzbeträge festgestellt, welche das Jahresmittel am stärksten unterschritten.

Ähnlich wie der Umsatzverlauf macht auch die Verteilung des Beschäftigtenstands auf die einzelnen Monate entsprechende Abweichungen deutlich. Im großen und ganzen kann dabei eine Anpassung der Beschäftigtenkurve an die Umsatzentwicklung festgestellt werden, wobei allerdings in Einzelfällen merkliche Differenzierungen ersichtlich sind. Der Beschäftigtenverlauf erreichte Gipfelpunkte in den Monaten Juni, Juli und August mit Werten

Saisonschwankungen von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe 1971



von 14,2 sowie 8,8 und 7,1% über dem Monatsdurchschnitt. Im Februar und März lagen die Tiefstpunkte mit 9,7 bzw. 10,6% unter dem Durchschnitt. Die Beschäftigtenentwicklung des Beherbergungsgewerbes ist ähnlich wie der korrespondierende Umsatzverlauf gegenüber der Gesamtentwicklung durch stärkere Abweichungen über (Juli + 15,6%) und unter (Dezember — 18,8%) dem entsprechenden Mittelwert gekennzeichnet. Demzufolge beschreibt die Beschäftigtenkurve des Gaststättengewerbes mit maximalen Unterschieden von + 16,9% (Juni) und — 12,1% (März) zur monatsdurchschnittlichen Beschäftigung einen ausgeglicheneren Verlauf. Größere saisonale Ausschläge weist indessen die Kurve der Teilzeitbeschäftigten mit Differenzen von + 16,6% im Juni und — 16,6% im Dezember im Vergleich zur entsprechenden Durchschnittsziffer aus. Im großen und ganzen ist auch für 1971 aus den dargestellten jahreszeitlichen Entwicklungsverläufen die stärkere Saisonabhängigkeit des Beherbergungsgewerbes innerhalb des gesamten Gastgewerbes ersichtlich.

286 Fremdenverkehrsgemeinden erfaßt

Während die Erfassungsweise im Gastgewerbe gegenüber den Vorjahren unverändert blieb, wurde die Fremdenverkehrsstatistik mit Beginn des Fremdenverkehrsjahres 1971/72 am 1. April 1971 auf einen neuen Berichtskreis umgestellt, womit sich die Zahl der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden von 241 auf 286 erhöhte. Diese Neuabgrenzungen sind bundeseinheitlich in Zeitabständen von jeweils fünf Jahren durchzuführen, um die einzelnen Erhebungen besser

den ständigen Wandlungen und Umschichtungen auf dem Fremdenverkehrssektor anpassen zu können. Dabei wurden in die Fremdenverkehrsstatistik 1971 alle Gemeinden einbezogen, die während des Zeitraumes vom 1. Oktober 1969 bis 30. September 1970 mindestens 5 000 Fremdenübernachtungen zu verzeichnen hatten.

Die Vergleichbarkeit mit den Daten der Vorjahre ist durch entsprechende Umrechnungsfaktoren sichergestellt, mit deren Hilfe die Hochrechnung der für den bisherigen Berichtskreis veröffentlichten Angaben in ihrer vollen Gliederungstiefe auf den neuen Berichtskreis erfolgte. Abweichend hiervon konnten beim Vergleich zu 1970 die im Rahmen einer Probebefragung für das Fremdenverkehrsjahr 1970/71 exakt ermittelten Werte zugrunde gelegt werden. Weiterhin gelangten seit dem 1. April 1971 erstmalig bundeseinheitliche Richtlinien für die systematische Zuordnung der Beherbergungsbetriebe zur Anwendung, woraus sich ergibt, daß die Darstellung nach Betriebsarten zeitlich betrachtet von verschiedenen Zuordnungskriterien der Betriebe ausgeht, was eine merkliche Verschiebung der Ergebnisse bewirkte und den Vergleich beeinträchtigt. Zu einer weiteren methodisch bedingten Abweichung führte die Anwendung des neuen Gaststättengesetzes vom 5. Mai 1970 (BGBl. I S. 465), nach welchem Beherbergungsstätten mit weniger als 9 Betten nicht mehr erlaubnispflichtig sind. Hauptsächlich bedingt durch diese Neuregelung lag die Zahl der gewerblichen Beherbergungsbetriebe, also ohne die Zahl der Privatquartiere, am 1. April 1971 um fast 400 oder 10% unter der des Vorjahres.

Hotels verfügen über reichlich ein Drittel der Bettenkapazität

Bedingt durch die Landesgesetze über die Verwaltungsvereinfachung, war die Zahl der Berichts-

Beherbergungsbetriebe und deren Bettenkapazität am 1. 4. 1971
(Ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Betriebsart Fremdenverkehrsgebiet Gemeindegruppe	Berichts- ge- meinden	Beherbergungsbetriebe 1)					Fremdenbetten		
		ins- gesamt	mit ... Betten				ohne	mit	
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr	Privatquartieren		
							Anzahl	%	
<u>Betriebsart</u>									
Hotels	.	1 198	4,9	31,3	49,8	14,0	35 830	35 830	36,8
Hotels garnis	.	230	17,4	43,5	35,6	3,5	4 633	4 633	4,8
Gasthäuser	.	1 354	43,0	43,0	13,1	0,9	16 668	16 668	17,1
Pensionen und Fremdenheime	.	474	16,5	63,5	19,4	0,6	6 943	6 943	7,1
Erholungs- und Ferienheime	.	78	-	3,8	51,3	44,9	4 041	4 041	4,2
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	.	81	-	7,4	33,3	59,3	6 945	6 945	7,2
Ferienhäuser u. ä.	.	22	31,8	18,2	9,1	40,9	2 158	2 158	2,2
Privatquartiere	20 047	20,6
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>									
Rheintal	29	665	21,4	37,4	29,9	11,3	15 949	18 773	19,3
Rheinessen	8	150	24,7	38,7	27,3	9,3	3 766	4 101	4,2
Eifel / Ahr	56	601	23,6	40,3	27,9	8,2	13 778	17 323	17,8
Mosel / Saar	55	725	18,9	42,8	32,4	5,9	15 152	21 860	22,5
Hunsrück / Nahe / Glan	28	286	22,4	39,9	30,0	7,7	7 154	8 100	8,3
Westerwald / Lahn / Taunus	54	492	19,3	44,1	28,7	7,9	10 433	12 668	13,0
Pfalz	56	518	28,6	35,1	28,4	7,9	10 986	14 440	14,9
<u>Gemeindegruppe</u>									
Großstädte	5	306	22,2	34,6	29,1	14,1	8 405	8 405	8,6
Heilbäder	20	710	17,6	34,7	33,9	13,8	20 895	25 596	26,3
Luftkurorte	25	303	19,8	45,2	27,1	7,9	7 060	8 929	9,2
Erholungsorte	107	646	24,9	42,7	26,6	5,8	12 930	17 480	18,0
Übrige Berichtsgemeinden	129	1 472	23,9	41,2	29,4	5,5	27 928	36 855	37,9
Insgesamt	286	3 437	22,3	39,9	29,6	8,2	77 218	97 265	100,0

1) Ohne Privatquartiere.

Gäste und Übernachtungen nach Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1971
(Ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeindegruppe Fremdenverkehrsgebiet	Übernachtende Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufenthaltsdauer		Aus- nutzung der Betten- kapazität
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	Aus- länder	ins- gesamt	Verän- derung zu 1970	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder	
	1 000	%		1 000	%		Tage		
<u>Gemeindegruppe</u>									
Großstädte	693	0,7	36,8	1 152	0,6	33,7	1,7	1,5	37,5
Heilbäder	519	4,2	10,3	4 269	6,0	3,8	8,2	3,0	45,7
Luftkurorte	178	6,0	8,7	1 016	9,0	9,0	5,7	5,9	31,2
Erholungsorte	329	14,2	14,7	1 863	8,3	13,7	5,7	5,3	29,2
Übrige Berichtsgemeinden	1 366	19,1	22,2	3 088	9,2	24,0	2,3	2,2	23,0
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>									
Rheintal	678	7,4	31,3	1 948	9,2	20,6	2,9	1,9	28,4
Rheinessen	325	- 1,3	34,8	546	0,5	30,1	1,7	1,5	36,5
Eifel / Ahr	449	11,4	17,9	2 255	7,6	12,2	5,0	3,4	35,7
Mosel / Saar	708	8,0	21,0	2 135	10,8	17,5	3,0	2,5	26,8
Hunsrück / Nahe / Glan	186	5,2	13,4	1 227	8,0	8,8	6,6	4,3	41,5
Westerwald / Lahn / Taunus	235	7,5	7,6	1 567	5,7	2,9	6,7	2,6	33,9
Pfalz	504	- 2,9	15,5	1 710	1,5	12,0	3,4	2,6	32,4
Insgesamt	3 085	5,2	21,9	11 388	6,9	13,8	3,7	2,3	32,1

gemeinden im Jahre 1969 von 258 auf 241 zurückgegangen und 1970 unverändert geblieben. Demgegenüber hat die Neuabgrenzung des Berichtskreises für 1971 ein Anstieg auf insgesamt 286 Berichtsgemeinden bewirkt, welche sich im einzelnen aus 5 Großstädten, 20 Heilbädern, 25 Luftkurorten, 107 Erholungsorten und 129 übrigen Berichtsgemeinden zusammensetzen. Nach Fremdenverkehrsgebieten gegliedert entfielen jeweils annähernd 20% der Berichtsgemeinden auf die vier Räume Eifel/Ahr (56), Mosel/Saar (55), Westerwald/Lahn/Taunus (54) und Pfalz (56), während die drei übrigen Gebiete Rheintal (29), Rheinhausen (8) und Hunsrück/Nahe/Glan (28) zusammen nur ein Fünftel auf sich vereinigen konnten. Am 1. April 1971 standen in den 286 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden mit zusammen 3 437 Beherbergungsbetrieben über 77 200 Fremdenbetten zur Verfügung (einschließlich Privatquartiere knapp 97 300) was eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr von + 2,4% bedeutet.

Die Aufteilung des Bettenbestands nach den einzelnen Betriebsarten ergab sehr unterschiedliche Relationen. Reichlich ein Drittel aller Beherbergungsbetriebe waren Hotels, die mit 36,8% den höchsten Anteil an der gesamten Bettenkapazität besaßen. Weiterhin waren noch für Privatquartiere (20,6%) und Gasthäuser (17,1%) größere Anteilsätze zu verzeichnen, während alle übrigen Betriebsarten zusammen nur rund ein Viertel der Gesamtkapazität bestritten. Relativ geringfügig trugen insbesondere die Hotels garnis mit 4,8%, die Erholungs- und Ferienheime mit 4,2% sowie die Ferienhäuser, welche 1971 erstmals gesondert ausgewiesen waren, mit 2,2% zum allgemeinen Bettenangebot bei. Unter sämtlichen Betriebsarten wurden bei Privatquartieren und Hotels garnis gegenüber 1970 mit + 22,6 bzw. + 18,1% die weitaus höchsten Steigerungsquoten für die Bettenkapazität festgestellt. Während annähernd zwei Drittel aller Hotels zu den größeren Beherbergungsstätten mit 20 und mehr Bet-

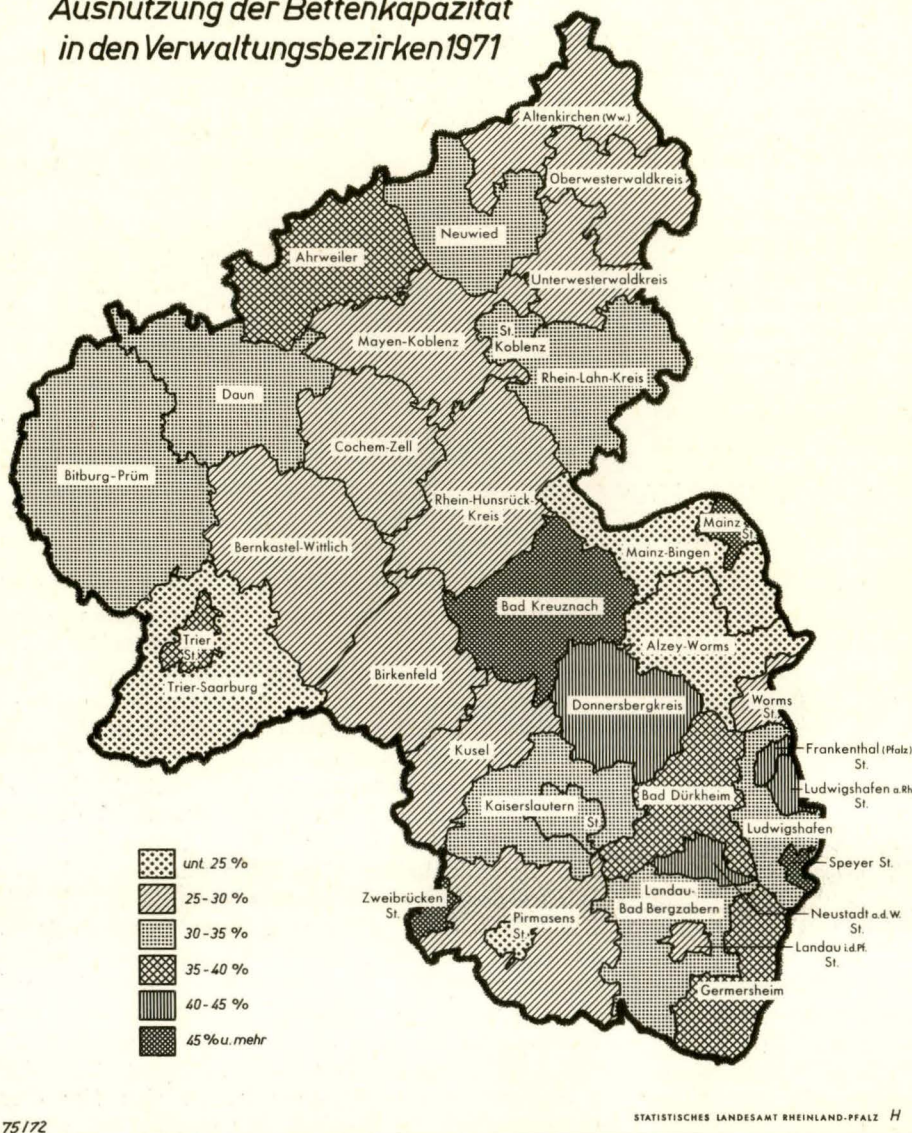
ten zählten, waren die Hotels garnis eher in die Kategorie der mittelgroßen Unternehmen einzuordnen. Nahezu 80% von ihnen hatten 10 bis 49 Betten. Als verhältnismäßig kleine Übernachtungsbetriebe erwiesen sich hingegen Gasthäuser sowie Pensionen und Fremdenheime, die mit 86,0 bzw. 80,0% ihre Schwerpunkte eindeutig in der Größenklasse der Beherbergungsstätten mit weniger als 20 Betten hatten. Hinsichtlich der Zahl der Betriebe verfügten die Gasthäuser sowie Pensionen und Fremdenheime allerdings über reichlich die Hälfte des Gesamtbestands (1828 bzw. 53,2%). Ausgesprochene Großbetriebe des Beherbergungsgewerbes sind die 78 Erholungs- und Ferienheime sowie die 81 Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten des Landes, welche zu 44,9 bzw. 59,3% über 50 und mehr Betten verfügten. Bei einer durchschnittlichen Zahl von etwa 22 Betten pro Beherbergungsstätte ergaben sich für diese Gruppen mit 52 bzw. 86 Betten die bei weitem höchsten Beherbergungskapazitäten je Betrieb, wogegen sie am gesamten Bettenbestand des Beherbergungsgewerbes lediglich mit 11,4% beteiligt waren.

Ein Viertel der Übernachtungskapazität in Heilbädern

Die Einteilung der Beherbergungskapazität nach Fremdenverkehrsgebieten läßt erkennen, daß die Räume Mosel/Saar und Rheintal mit Anteilsätzen von jeweils einem reichlichen bzw. einem knappen Fünftel am Gesamtangebot der Übernachtungsmöglichkeiten die Spitzenpositionen bestritten. In bereits merklichem Abstand folgten die Gebiete Eifel/Ahr mit 17,8%, Pfalz mit 14,9% und Westerwald/Lahn/Taunus mit 13,0%, während Rheinhausen und Hunsrück/Nahe/Glan mit lediglich 4,2 bzw. 8,3% des Gesamtbestands an letzter Stelle lagen.

Die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Rheinhausen-Pfalz stellten 59,2 sowie 20,9 und 19,9% der gesamten Bettenzahl. Unter den Verwaltungs-

Ausnutzung der Bettenkapazität in den Verwaltungsbezirken 1971



bezirken führten die Landkreise Ahrweiler (10 286 bzw. 10,5%), Cochem-Zell (9 709 bzw. 10,0%), Bernkastel-Wittlich (8 665 bzw. 8,9%) und Neuwied (6 918 bzw. 7,1%).

Gegliedert nach Gemeindegruppen verfügten die als Übrige Berichtsgemeinden zusammengefaßten 129 überwiegend kleineren Fremdenverkehrsorte mit 37,9% und die Heilbäder mit 26,3% der Betten über die größten Anteile an der rheinland-pfälzischen Übernachtungskapazität. Auf die Erholungsorte entfielen 18,0% und die Luftkurorte 9,2%, wogegen die fünf Großstädte Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Kaiserslautern zusammen nur 8,6% der Übernachtungsmöglichkeiten bereitstellten. Dabei wurde das Bettenangebot der Großstädte zu 61,6%, der Luftkurorte zu 34,4% und der Heilbäder zu 31,4% durch Hotels bestritten; an der Übernachtungskapazität der Erholungsorte waren Hotels nur mit 22,9% beteiligt (Durchschnitt 36,9%). Pensionen und Fremdenheime traten hinsichtlich der Bettenzahl bei den

Heilbädern (2 557) am stärksten hervor, wo sie mit nahezu 10% der Übernachtungsmöglichkeiten beteiligt waren (Landesdurchschnitt 7,1%). Darüber hinaus wurde in den Heilbädern annähernd ein Viertel der Fremdenbetten durch Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten zur Verfügung gestellt, während diese Betriebsart in allen übrigen Gemeindegruppen nur in Ausnahmen vertreten war. In Erholungsorten konnten fast drei Viertel der gesamten Bettenkapazität in jeweils annähernd gleichen Anteilen durch Hotels (4 006), Gasthäuser (4 266) und Privatquartiere (4 550) bereitgestellt werden. Über 40% aller rheinland-pfälzischen Hotelbetten befanden sich in den übrigen Berichtsgemeinden.

Beträchtliche Zunahme der Fremdenübernachtungen

In den Beherbergungsbetrieben der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden während des Kalenderjahres 1971 annähernd 3,1 Mill. übernachtende Gäste gezählt, wobei sich die Zuwachsrate gegenüber 1970 auf +5,2% belief. Gleichzeitig stiegen die Übernachtungen um 6,9% auf fast 11,4 Mill., was einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Fremden von etwa 3,7 Tagen entspricht (1970: 3,6). Hieraus resultiert ein Ausnutzungsgrad der Bettenkapazität von 32,1%, welcher sich damit im Vergleich zu den Vorjahren (1969: 29,4; 1970: 31,0%) stetig erhöht hat. Im Sommerhalbjahr (1. April bis 30. September) waren die Fremdenbetten des Beherbergungsgewerbes erwartungsgemäß wesentlich höher (45,0%) belegt (Bundesgebiet 51,1%; Nachbarländer Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland zusammen 54,9%), wobei die Auslastungen für die Monate Juli, August und September der Haupturlaubssaison 57,1 sowie 54,4 und 49,8% betrugen.

Gegenüber 1970 ergaben sich unter den Gemeindegruppen für die übrigen Berichtsgemeinden und die Erholungsorte mit +19,1 bzw. +14,2% die größten Zuwachsraten bei den Gästezahlen

(Großstädte + 0,7%). Hinsichtlich der Übernachtungen bewegten sich auch die übrigen Berichtsgemeinden, die Erholungsorte und die Luftkurorte mit Steigerungsquoten von + 9,2 sowie + 8,3 und + 9,0% an der Spitze. Unterdurchschnittliche Wachstumssätze errechneten sich hingegen für die Großstädte (+ 0,6%) und die Heilbäder (+ 6,0%). Die längste mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste wurde bei den Heilbädern mit 8,2 sowie den Luftkur- und Erholungsorten mit jeweils 5,7 Tagen ermittelt. Demgegenüber war die durchschnittliche Dauer des Aufenthalts der Reisenden in den Großstädten und übrigen Berichtsgemeinden mit 1,7 bzw. 2,3 Tagen relativ kurz bemessen. Die günstigsten Ausnutzungsverhältnisse der Bettenkapazität ergeben sich indessen für die Heilbäder (45,7%) und die Großstädte (37,5%), während die Vergleichswerte aller restlichen Gemeindegruppen den Durchschnittssatz unterschritten (Luftkurorte 31,2; Erholungsorte 29,2; übrige Berichtsgemeinden 23,0%).

Nach Fremdenverkehrsgebieten waren gegenüber 1970 für Eifel/Ahr mit + 11,4, Mosel/Saar mit + 8,0, Westerwald/Lahn/Taunus mit + 7,5 und Rheintal mit + 7,4% die höchsten Zuwachsraten der übernachtenden Gäste zu verzeichnen. Während die Steigerungsquote im Raum Hunsrück/Nahe/Glan mit + 5,2% den Durchschnittssatz erreichte, mußten für die Gebiete Pfalz (— 2,9%) und Rheinhessen (— 1,3%) sogar merkliche Rückgänge hingenommen werden. Im einzelnen waren sehr bemerkenswerte Zunahmeraten für die Zahl der Fremdenanmeldungen im Vergleich zum Vorjahr unter anderem in den Gemeinden Balduinstein (+ 69,5%), Braubach (+ 58,9%), Cochem (+ 43,0%), Ediger-Eller (+ 58,2%), Fachbach (+ 40,9%), Gillenfeld (+ 80,5%), Hochspeyer (+ 45,0%), Kaub (+ 54,0%), Klotten (+ 25,7%), Koborn-Gondorf (+ 25,4%), Konz (+ 50,6%), Kusel (+ 34,4%), Lahnstein (+ 34,6%), Leutesdorf (+ 47,6%), Meisenheim (+ 39,0%), Neumagen-Dhron (+ 52,2%), Ramberg (+ 46,3%), Simmern (+ 47,3%), Stadtkyll (+ 108,6%) und Ulmen (+ 265,6%) zu verbuchen.

Hinsichtlich der Übernachtungen lagen die Räume Mosel/Saar und Rheintal mit Wachstumssätzen von + 10,8 bzw. + 9,2% jeweils beträchtlich über dem Mittelwert, wogegen sich für die Gebiete Rheinhessen und Pfalz mit Zunahmen um lediglich 0,5 bzw. 1,5% eine weit unterdurchschnittliche Entwicklung ergeben hat. Die mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste war in den Gebieten Westerwald/Lahn/Taunus und Hunsrück/Nahe/Glan mit 6,7 bzw. 6,6 Tagen am höchsten, während die entsprechenden Vergleichszahlen für Rheinhessen, Rheintal und Mosel/Saar mit 1,7 sowie 2,9 und 3,0 Tagen am niedrigsten waren. Die auffallend geringe mittlere Aufenthaltsdauer der Fremden in Rheinhessen dürfte einmal auf das Fehlen von Heilbädern, Luftkur- und Erholungsorten und andererseits auf den relativ hohen Anteil erfahrungsgemäß nur kurzfristig anwesender Geschäftsreisender zurückzuführen sein. Der höchste Ausnutzungsgrad der Bettenkapazität wurde mit 41,5% im Raume Hunsrück/Nahe/Glan ermittelt.

Ausländerübernachtungen in ausgewählten Fremdenverkehrsgebieten 1971¹⁾
(Ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeinde	Ins- gesamt	Belgien/ Luxem- burg/ Frank- reich	Groß- britan- nien/ Nord- irland	Nieder- lande	USA
Rheintal					
Andernach	20 239	1 306	12 972	3 575	375
Boppard	53 331	6 712	13 286	15 420	9 975
Kamp-Bornhofen	13 337	464	822	11 452	208
Koblenz	134 866	22 484	45 239	16 975	28 841
Lahnstein	21 908	6 474	11 627	2 672	831
Linx	11 779	321	8 748	2 129	144
Remagen	28 204	2 981	11 011	11 481	955
Rhens	9 240	245	2 805	5 724	308
Sankt Goar	23 729	3 950	11 907	5 360	888
Sankt Goarshausen	21 734	6 262	10 940	3 093	589
Zusammen	338 367	51 199	129 357	77 881	43 114
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	84,3	76,9	90,9	80,1	89,1
Rheinhessen					
Mainz	125 311	15 085	6 610	3 477	66 687
Worms	18 456	1 686	1 035	1 662	10 625
Zusammen	143 767	16 771	7 645	5 139	77 312
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	87,4	76,4	79,4	56,9	95,4
Eifel / Ahr					
Altenahr	30 744	9 322	660	18 724	99
Bad Neuenahr- Ahrweiler	24 589	5 177	1 404	10 338	4 475
Bitburg	14 548	1 360	776	1 675	10 384
Bollendorf	22 274	9 847	3	12 284	-
Dau	18 708	4 619	196	13 219	99
Gerolstein	43 041	1 298	117	41 166	32
Mayen	14 561	795	255	12 827	50
Neuerburg	10 072	9 335	-	578	130
Prüm	20 075	1 121	178	8 650	9 845
Zusammen	198 612	42 874	3 589	119 461	25 114
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	72,0	66,3	48,8	72,4	94,5
Mosel / Saar					
Bernkastel-Kues	29 490	7 057	2 811	14 161	2 012
Brodenbach	6 317	337	276	5 179	156
Cochem	80 263	17 792	5 632	41 682	2 532
Kröv	69 276	4 983	831	62 160	130
Löf	7 147	842	85	5 539	104
Treis-Karden	10 433	6 980	176	2 923	14
Trier	72 796	27 011	10 322	10 739	12 275
Winningen	7 485	1 708	151	5 184	142
Zusammen	283 207	66 710	20 290	147 567	17 365
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	75,7	74,0	76,8	75,8	76,8
Hunsrück / Nahe / Glan					
Bad Kreuznach	16 162	7 513	1 202	1 034	3 795
Idar-Oberstein	17 657	2 638	1 042	6 120	2 022
Kell	47 965	295	3	39 394	-
Zusammen	81 784	10 446	2 247	46 548	5 817
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	76,2	72,1	59,7	83,4	54,8
Pfalz					
Kaiserslautern	26 915	3 807	4 318	1 779	9 786
Landstuhl	14 276	1 485	822	522	10 032
Zweibrücken	15 252	1 647	798	578	10 884
Zusammen	56 443	6 939	5 938	2 879	30 702
Anteil am Fremden- verkehrsgebiet (%)	27,6	17,7	28,6	8,1	57,3

1) Soweit diese mindestens 5 000 Übernachtungen einer Nationalität aufwiesen.

Während für die Gebiete Rheinhessen mit 36,5, Eifel/Ahr mit 35,7, Westerwald/Lahn/Taunus mit 33,9 und Pfalz mit 32,4% noch überdurchschnittliche Frequentierungsquoten der vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten zu registrieren waren, ergaben sich in den Regionen Mosel/Saar und Rheintal, wo auch relativ niedrige Werte für die mittlere Aufenthaltsdauer der Gäste ermittelt wurden, die geringsten Auslastungsgrade der Beherbergungskapazität (26,8 bzw. 28,4%).

Jeder 5. Gast ein Ausländer

Während des Jahres 1971 waren in Rheinland-Pfalz die Ausländer an der Gesamtzahl der übernachtenden Gäste mit 21,9% (1970: 23,9%) beteiligt. Bei einem Anteil von 13,8% (1970: 14,8%) an den Übernachtungen hielten sie sich durchschnittlich 2,3 Tage am gleichen Ort auf. Dabei war ihr Anteil in den Großstädten mit 36,8% am höchsten. Auch die von den übrigen Berichtsgemeinden gemeldeten Gäste setzten sich zu 22,2% aus Ausländern zusammen, während ihr Anteil bei den Erholungsorten (14,7%) Heilbädern (10,3%) und Luftkurorten (8,7%) jeweils unter dem Durchschnitt lag. Unter den Fremdenverkehrsgebieten wurden durch ausländische Gäste der rheinhessische Raum und das Rheintal mit 34,8 bzw. 31,3% der dort registrierten Fremden relativ am stärksten frequentiert. Merklich unter dem Mittelwert liegende Ausländeranteile ergaben sich hingegen für die Regionen Pfalz (15,5%), Hunsrück/Nahe/Glan (13,4%) und Westerwald/Lahn/Taunus (7,6%). Hinsichtlich der Zahl der Übernachtungen bewegten sich die Anteile der Ausländer, nach Gemeindegruppen betrachtet, bei den Großstädten (33,7%) und gegliedert nach Fremdenverkehrsgebieten bei Rheinhessen (30,1%) an der Spitze, woraus unschwer die dominierende Rolle der Landeshauptstadt Mainz abzuleiten ist.

Aus der Sonderaufbereitung über diejenigen Gemeinden, welche jeweils mehr als 5 000 Übernachtungen von Ausländern einer Nationalität zu verzeichnen hatten, geht hervor, daß Gäste aus den Vereinigten Staaten in erster Linie Rheinhessen und solche aus Großbritannien das Rheintal bevorzugten. Die Besucher aus den Niederlanden, Belgien und Luxemburg frequentierten neben dem Rheintal auch die Gebiete Eifel/Ahr und Mosel/Saar in größerem Umfang. Reisende aus Frankreich wählten als Aufenthaltsorte vorzugsweise Gemeinden des Raumes Mosel/Saar, des Rheintals und Rheinhessens. Darüber hinaus entfiel mit 24 159 erwartungsgemäß ein großer Anteil der Übernachtungen französischer Gäste im Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1971

(22,5 %) auf die Pfalz, die sich auf eine größere Zahl von Gemeinden verteilten.

Merkliche Steigerung bei Campingplätzen und Jugendherbergen

Auf den Campingplätzen der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden übernachteten im Sommerhalbjahr 1971 knapp 268 000 Gäste, woraus sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eine mehr als 16%ige Zunahme errechnet. Die Gesamtzahl der Übernachtungen war mit + 19,8% noch stärker gewachsen und erreichte annähernd 1 152 000. Daraus resultiert eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von rund 4,3 Tagen (1968: 3,7; 1969: 4,0; 1970: 4,2). Eine hohe Einbuße an Fremdenübernachtungen auf Campingplätzen im Vergleich zu 1970 ergab sich allerdings für Rheinhessen (— 41,3%), während bei den Gebieten Hunsrück/Nahe/Glan, Pfalz und Westerwald/Lahn/Taunus in der gleichen Zeitspanne weit überdurchschnittliche Steigerungssätze von + 117 sowie + 40 und + 33% zu verbuchen waren. Von den gesamten Fremdenübernachtungen auf heimischen Campingplätzen entfielen fast 629 000 bzw. 54,6% auf Ausländer, deren Anteile im Rheintal (69,8%) sowie in den Regionen Mosel/Saar (66,6%) und Eifel/Ahr (58,2%) am höchsten waren. Unter den Ausländern erreichten allein die Niederländer mit über 396 000 Übernachtungen auf rheinland-pfälzischen Campingplätzen einen Anteilsatz von 63,1%, während Gäste aus Großbritannien und Belgien/Luxemburg erst in weitem Abstand mit Quoten von 12,0 bzw. 9,6% an zweiter und dritter Stelle folgten.

Bei den 47 in Berichtsgemeinden gelegenen Jugendherbergen ist im Sommerhalbjahr 1971 die Zahl der Fremdenübernachtungen gegenüber dem Vergleichsabschnitt des Vorjahres um 4,6% auf 651 500 gestiegen. Nach Fremdenverkehrsgebieten betrachtet schwankten hier die Veränderungsraten zwischen + 16,7% in Rheinhessen und — 10,3% im Raume Hunsrück/Nahe/Glan. Die auf das volle Berichtsjahr bezogene Gesamtzahl der Übernachtungen lag mit 796 300 nur um 22,2% über dem Wert des Sommerhalbjahres. Von sämtlichen im Laufe des Sommers in den 47 Jugendherbergen der Berichtsgemeinden registrierten Fremdenübernachtungen entfielen 11,5% auf ausländische Gäste. Für alle 54 im hiesigen Bundesland gelegenen Jugendherbergen ergab sich im Sommerhalbjahr 1971 eine Übernachtungszahl von knapp 707 300, welche sich im Vergleich zum Sommerhalbjahr 1970 um 4,6% erhöht hatte. Die Werte für das gesamte Berichtsjahr beziffern sich hier auf 843 000 bzw. + 3,8%.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Öffentliche Jugendhilfe 1971

Die Jugendwohlfahrtsbehörden sind die Träger der gesetzlich angeordneten Maßnahmen zum Schutze der Jugend und zur Förderung der Jugendwohlfahrt. Sie liefern regelmäßig jährlich Angaben zur Statistik der öffentlichen Jugendhilfe. Die von ihnen vorzulegenden Berichte enthalten Angaben über den finan-

ziellen Aufwand, welcher für die Durchführung solcher Maßnahmen notwendig war und über den Umfang ihrer Aufgaben. Da die Tätigkeit der Jugendwohlfahrtsbehörden sehr vielseitig ist und sich in ihrem vollen Umfange zahlenmäßig nur schwer erfassen läßt, beschränken sich die Angaben auf einige der

bedeutendsten Maßnahmen. Die Berichterstattung gewährt dennoch einen guten Einblick in das Aufgabengebiet dieser Behörden.

Der im folgenden dargestellte finanzielle Aufwand der Jugendhilfe kann nicht identisch mit den Haushaltsausgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden sein. Letztere sind natürlich wesentlich höher, weil darin unter anderem auch noch Verwaltungskosten, Personalausgaben und Zuschüsse für die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen enthalten sind.

Mehrausgaben von 20 Millionen DM

Die Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe erforderten 1971 Ausgaben von mehr als 74,3 Mill. DM. Dieser Betrag ist um etwa 20 Mill. DM höher als im Vorjahr. Das entspricht einer bisher noch nie dagewesenen Mehrausgabe innerhalb eines Jahres von fast 35%. Im Jahre 1970 belief sich dagegen die Zunahme auf etwa + 16% und 1969 auf rund + 13%. Mehr als 45,5 Mill. DM, ein um ein Viertel höherer Betrag als im Vorjahr, machten allein die Kosten der Unterbringung in Einrichtungen der Jugendhilfe aus. Sie waren mit 61% der Gesamtausgaben der größte Ausgabenposten überhaupt. Einen wesentlichen Anteil mit mehr als 21 Mill. DM und einer Zunahme um 61% stellten auch die Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe für ihre Mithilfe bei der Durchführung der Aufgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden dar. Für Maßnahmen außerhalb von Anstalten wurden 7,3 Mill. DM ausgegeben. Dieser Betrag war immerhin um 37% bzw. 2 Mill. DM höher als 1970. Die Kosten für Kindertagesstätten stiegen um knapp 10 Mill. DM auf annähernd 22 Mill. DM an. Der Zuschuß an die Träger der freien Jugendhilfe für diese Maßnahme betrug 1971 fast 18 Mill. DM gegenüber knapp 6 Mill. DM im Jahre 1970. Diese beträchtliche Steigerung ist offenbar vorwiegend durch das am 15. Juli 1970 in Kraft getretene, aber erst im Jahre 1971 voll wirksam gewordene Kindergarten-gesetz verursacht worden.

Mit einer Ausgabe von über 20 Mill. DM sind auch die Kosten der Heimpflege erheblich gestiegen. Die Zunahme innerhalb Jahresfrist belief sich auf nahezu 28%. Allein schon die Pflegesatzerhöhungen haben die Unterbringungskosten weiter wesentlich verteuert. Darauf lassen auch die Mehrausgaben für die Erziehungshilfemaßnahmen schlie-

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Ausgabearten und Trägern 1971

Ausgabeart Träger	Ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohlfahrts- behörden		Zuschüsse an Träger der freien Jugend- hilfe
		außerhalb von Ein- richtungen	in Ein- richtungen	
	1 000 DM			
Hilfe durch Familienpflege	3 699	3 698	-	1
Hilfe durch Heimpflege	20 410	-	20 405	5
Kindertagesstätten	21 989	-	7 344	14 645
Erholungspflege	5 419	441	1 510	3 468
Freiwillige Er- ziehungshilfe	7 793	508	7 285	-
Fürsorgeerziehung	5 284	400	4 884	-
Alle übrigen Maß- nahmen	9 723	2 260	4 137	3 321
In s e s a m t	74 317	7 307	45 565	21 440
Kreisfreie Städte	27 621	3 255	17 357	7 004
Landkreise	29 620	3 052	14 272	12 296
Landesjugendamt	17 076	1 000	13 936	2 140

ßen, denn trotz des weiteren Rückgangs an Zöglingen stiegen die dafür ausgegebenen Mittel von 8,7 Mill. DM um über 50% auf rund 13 Mill. DM an. Es sind darin allerdings auch noch Abschlagszahlungen enthalten, die bereits im Jahre 1970 geleistet, aber erst 1971 abgerechnet wurden. Der dafür angefallene Betrag verteilte sich zu 60% auf die freiwillige Erziehungshilfe und zu 40% auf die Fürsorgeerziehung. Während die Ausgaben für die freiwillige Erziehungshilfe um 61% höher lagen, stiegen sie für die Fürsorgeerziehung um 37%.

Die Hilfe durch Familienpflege verursachte Kosten in Höhe von fast 3,7 Mill. DM mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um etwa 22%. Ein geringerer Betrag als im Vorjahr wurde für die Erholungspflege ausgewiesen. Die dafür ausgegebenen finanziellen Mittel gingen um über 6% auf 5,4 Mill. DM zurück. Diese Maßnahme wird überwiegend mit Hilfe der freien Verbände durchgeführt, denn die Zuschüsse an diese machten rund 64% der verausgabten Mittel aus. Gestiegen, und zwar um 29%, sind die Kosten für die Freizeithilfe. Es handelt sich dabei um einen Betrag von annähernd 3,3 Mill. DM. Die Zuschüsse an die freien Träger der Jugendhilfe betrugen in diesem Fall knapp 30%, ein Anteil, der etwas unter dem des Vorjahres lag.

Minderjährige unter Pflegeaufsicht, Amtsvormundschaft und Erziehungsbeistandschaft 1962 - 1971

Jahr	Pflegeaufsicht				Amtsvormundschaft			Erziehungsbeistandschaft		
	ins- gesamt	Pflege- kinder	nichteheliche Kinder		ins- gesamt	gesetz- liche	bestellte	ins- gesamt	gesetzlich ange- ordnete	frei- willige
			unter Aufsicht	von der Aufsicht befreit						
1962	38 830	3 681	33 124	2 025	36 363	34 622	1 741	1 738	524	1 214
1963	38 324	3 920	32 219	2 185	35 766	33 963	1 803	303	254	49
1964	36 941	4 137	30 663	2 141	35 308	33 367	1 941	340	271	69
1965	33 733	4 242	28 698	793	34 226	32 183	2 043	351	264	87
1966	32 328	3 937	27 657	734	32 846	30 746	2 100	295	192	103
1967	31 234	3 989	26 487	758	31 819	29 600	2 219	289	179	110
1968	30 807	3 953	26 120	734	31 046	28 958	2 088	337	162	175
1969	29 543	3 736	25 135	672	30 232	28 003	2 229	300	141	159
1970	28 201	2 908	24 653	640	5 562	3 384	2 178	317	131	186
1971	2 875*)	2 875	1 612	1	5 852	3 481	2 371	304	114	190

*) Ab 1. 7. 1970 ohne nichteheliche Kinder, die sich bei der Mutter befinden.

Jahr	Ins- gesamt	Jungen	Mädchen	Untergebrachte Minderjährige					
				zu- sammen	darunter: im Lehr-, Anlern- und Arbeits- verhältnis	in Er- ziehungs- heimen	in sonstigen Heimen	in Familien	in sonstigen Stellen
Freiwillige Erziehungshilfe									
1962	961	566	395	941	170	675	24	239	3
1963	1 189	691	498	1 166	326	816	35	294	21
1964	1 335	786	549	1 310	375	861	22	383	44
1965	1 332	797	535	1 298	445	848	25	371	54
1966	1 347	809	538	1 327	421	858	31	380	58
1967	1 329	784	545	1 307	428	852	27	367	61
1968	1 306	771	535	1 286	461	817	37	342	90
1969	1 294	799	495	1 270	294	791	32	375	72
1970	1 245	773	472	1 200	500	732	20	389	59
1971	1 131	692	439	1 084	406	699	17	323	45
Fürsorgeerziehung									
1962	1 709	910	799	1 665	331	987	57	607	14
1963	1 715	918	797	1 638	508	974	26	557	81
1964	1 673	880	793	1 631	596	909	22	619	81
1965	1 504	804	700	1 465	567	788	55	549	73
1966	1 464	791	673	1 430	590	764	40	530	96
1967	1 416	778	638	1 369	540	793	24	470	82
1968	1 393	797	596	1 355	639	750	30	480	95
1969	1 353	785	568	1 318	451	713	29	482	94
1970	1 145	647	498	1 095	559	562	15	434	84
1971	817	455	362	776	365	402	16	298	60

Etwas weniger an Ausgaben als 1970 verlangten auch die Maßnahmen, welche als Sonstige Ausgaben ausgewiesen werden. Der weitaus größte Teil dieser Kosten (zwei Drittel) entfiel auf die Unterbringung Jugendlicher in Einrichtungen. Die Bedeutung der Erziehungsberatung nimmt weiterhin zu, denn es wurden dafür insgesamt über 1,3 Mill. DM, immerhin 30% mehr als im Vorjahr, aufgewendet. Auf diesem Gebiet sind insbesondere die freien Wohlfahrtsverbände stärker tätig. Der Anteil der Zuschüsse, der 1970 noch knapp 63% ausmachte, erreichte nämlich 1971 bereits nahezu 71%.

In einem wesentlich geringeren Umfang als die Ausgaben sind 1971 die Einnahmen gestiegen. Sie erhöhten sich um etwas mehr als 4% und konnten damit die Ausgaben nur zu 12%, im Vorjahr noch zu 16%, ersetzen. Der Hauptteil der Einnahmen, rund 83%, bestand aus den Kostenbeiträgen der Empfänger selbst und der zum Unterhalt Verpflichteten sowie aus Zahlungen anderer Sozialleistungsträger. Die Sonstigen Einnahmen waren mit 1,5 Mill. DM etwas geringer als im Vorjahr.

Auswirkungen der Reform des Nichtehelichenrechts

Die Zahl der unter Pflegeaufsicht stehenden Kinder betrug 1971 nur noch ein Zehntel der des Vorjahres. Die Ursache dieses ungewöhnlichen Rückganges liegt in der Reform des Nichtehelichenrechts, die mit dem 1. Juli 1970 wirksam wurde. Bisher standen sämtliche nichtehelich geborenen Kinder automatisch unter Aufsicht der Jugendämter. Nach der vorgenannten Reform besteht die Aufsicht nur dann, wenn die Mütter der nichtehelichen Kinder nicht volljährig sind bzw. wenn die Voraussetzungen zur Ausübung der elterlichen Gewalt aus anderen Gründen entfallen. Deshalb wurden ab 1971 von den Jugendämtern nur noch die Pflegekinder

ausgewiesen, die sich in Familienpflege befanden. Die Zahl der Personen, welche zu Beginn des Jahres rund 2 900 betrug, verringerte sich zum Ende des Jahres um 33. Davon waren 1 613 nichteheliche und 1 262 eheliche Kinder.

Für den Nachweis von Kindern unter Amtsvormundschaft - sie entstand vor der Reform des Nichtehelichenrechts automatisch bei nichtehelicher Geburt - gilt das gleiche wie für die Pflegeaufsicht. Die Zahl dieser Kinder war daher bereits im Vorjahr erheblich zurückgegangen. Dagegen stieg die Zahl der Amtspflegschaften, unter denen auch die Fälle auszuweisen sind, in welchen die Jugendämter wegen der Alimentenzahlungen tätig werden. Die Zahl der Amtsvormundschaften erhöhte sich um knapp 400 auf 5 852. Davon waren allein 74% nichteheliche Mündel. Verhältnismäßig hoch waren auch die Zu- und Abgänge während des Jahres, wobei die Zugänge um fast 200 die Abgänge übertrafen. Die Fluktuation machte immerhin 61% des Endbestandes aus. Als stärkste Personengruppe unter den Amtsmündeln wurden mit über 73% die nichtehelichen Amtsmündel ausgewiesen. Die gesetzliche Amtsvormundschaft (60%) war wesentlich häufiger als die bestellte (40%). Höher als die Zahl der Amtsvormundschaften war die der Amtspflegschaften. Die Zahl der unter dieser Maßnahme stehenden Minderjährigen ging jedoch um über 2% auf 22 876 am Ende des Jahres 1971 zurück. Die zu Beginn des Jahres noch anstehenden 1 386 unerledigten Fälle von Vaterschaftsfeststellungen nahmen durch Zugänge um weitere 2 690 zu. An diesen Zugängen waren Ausländer etwas stärker als im Vorjahr (+ 10%) mit 15% beteiligt. Fast 2 500 Feststellungen konnten während des Jahres erledigt werden, so daß ein höherer Endbestand unerledigter Fälle verblieb als 1970. Einen wesentlich größe-

Art der Einrichtungen	Einrichtungen				Verfügbare Plätze			
	insgesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger	insgesamt	Öffentliche Hand	Träger der freien Jugendhilfe	Private gewerbliche Träger
Säuglingsheime	9	-	6	3	348	-	213	135
Kinderheime	48	4	35	9	2 743	231	2 309	203
Erziehungsheime	26	2	24	-	2 578	188	2 390	-
Kinderkrippen	15	8	7	-	539	363	176	-
Kindergärten	1 343	248	1 081	14	87 471	12 733	74 240	493
Kinderhorte	58	25	31	2	2 116	877	1 194	45
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheime für Minderjährige	32	6	12	14	2 099	418	949	732
Tageserholungsstätten für Minderjährige	18	2	16	-	-	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	48	10	35	3	-	-	-	-
Jugendherbergen	53	4	44	5	7 053	372	6 150	531
Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u. ä.	52	10	41	1	-	-	-	-
Jugendverbandsheime, Jugendgruppenheime	1 390	125	1 249	16	-	-	-	-
Jugendbüchereien	1 170	410	760	-	-	-	-	-
Jugendwohnheime	36	2	30	4	2 377	66	2 164	147
Schülerwohnheime	48	2	42	4	3 485	230	2 949	306
Übrige Einrichtungen	118	20	94	4	3 493	335	3 003	155
Insgesamt	4 464	878	3 507	79	114 302	15 813	95 737	2 752

ren Anteil als bisher (57% der Abgänge) machten die freiwilligen Anerkennungen aus. In 15% der Fälle konnten Klagen erfolgreich abgeschlossen werden, und in rund 13% der Fälle war der Vater nicht festzustellen oder konnte nicht für Unterhaltsleistungen herangezogen werden. Darüber hinaus wurden etwa 260 Vaterschaftsfeststellungen für andere Jugendämter abgeschlossen.

Rückgang der Erziehungshilfemaßnahmen

Die Zahl der Minderjährigen in Erziehungsmaßnahmen ging in den letzten Jahren ständig zurück. So wurde für die freiwillige Erziehungshilfe 1971 ein weiterer Rückgang von über 100 Personen ausgewiesen. Die am Ende des Berichtsjahres von dieser Maßnahme ausgewiesenen 1 131 Minderjährigen bestanden zu 61% aus Jungen und zu 39% aus Mädchen. Verhältnismäßig stark war wiederum die Fluktuation. So kamen auf 370 Zugänge von Zöglingen 488 Abgänge. Der Zugang von anderen Ämtern blieb mit nur 11 Personen verhältnismäßig gering. Die in freiwillige Erziehungshilfe Übernommenen standen zu mehr als 60% im Alter zwischen 15 und 18 Jahren, ein Drittel gehörte der Altersgruppe 10 bis 15 Jahre an, und der verhältnismäßig geringe Rest war zu gleichen Teilen jünger als 10 bzw. älter als 18 Jahre. Mit über 48% ist der Anteil der Mädchen 1971 an den Überwiesenen besonders hoch; er betrug 1970 nur 41 und 1969 etwa 39%. Nach den Familienverhältnissen unterschieden kamen von den Zugewiesenen mehr als 43% aus vollständigen Familien, ein Viertel aus geschiedenen Ehen, und 30% waren Voll-, Halbweise und nichteheliche Kinder.

Bei etwa der Hälfte der Entlassenen wurde der Erziehungszweck erreicht und für ein weiteres Viertel die Aufhebung beantragt. Das restliche Viertel der Entlassenen verteilt sich auf das Ausschneiden wegen Volljährigkeit und eine anderweitige Sicherstellung des Erziehungszwecks. Mit nur 10 Personen blieben in diesem Jahr die Überweisungen an andere Erziehungsbehörden gering.

Die Erziehung wurde überwiegend in Heimen vorgenommen, denn ein Drittel der 1971 in freiwilliger Erziehungshilfe Untergebrachten befand sich in solchen Einrichtungen. Mit 270 Fällen - etwa einem Viertel der Gesamtzahl - blieb auch die Erziehung in der eigenen Familie nicht unbedeutend. In fremden Familien befanden sich dagegen nur 53 Zöglinge. Ein Arbeitsverhältnis hatten 406 Zöglinge (rund 37%), davon etwa die Hälfte Lehr- oder Anlernstellen. Nahezu 42% der Entlassenen befanden sich bis zu zwei Jahren in freiwilliger Erziehungshilfe, und fast 47% wurden zwischen 2 bis zu 5 Jahren betreut. Die Fälle, die 10 Jahre Erziehungshilfe überschritten (6), blieben äußerst gering.

Nur noch 734 Fürsorgezöglinge

Die Fürsorgeerziehung und die freiwillige Erziehungshilfe unterscheiden sich dadurch, daß die Fürsorgeerziehung gesetzlich angeordnet wird. Sie ist daher eine strengere Maßnahme als die freiwillige Erziehungshilfe und wird nur dann vollzogen, wenn alle anderen angewandten Erziehungsmittel versagt haben. Der Überweisung in die endgültige Fürsorgeerziehung geht gleichsam als letzte Chance die Einweisung in die vorläufige voraus. Diese vorbeugende Maßnahme ist indessen erfahrungsgemäß in den meisten Fällen bisher erfolglos geblieben.

Im Jahre 1971 wurden weitere 147 Minderjährige in vorläufige Fürsorgeerziehung eingewiesen, fast ebenso viele Mädchen wie Jungen. Als Abgänge wurden ebenfalls 147 Jugendliche nachgewiesen, von denen 87 in endgültige Fürsorgeerziehung überführt werden mußten. Der Anteil der Abgänge durch Aufhebung der Fürsorgeerziehung belief sich auf rund 30%. Ebenso wie im Vorjahr ging die Zahl der Zöglinge in endgültiger Fürsorgeerziehung erheblich zurück. Einem Zugang von 136 Personen stand ein Abgang von 464 gegenüber. Am Ende der Berichtszeit standen demnach nur noch

734 Minderjährige in Fürsorgeerziehung, während es zu Beginn des Jahres noch nahezu 1 100 Personen waren. Etwas verschoben hat sich auch der Anteil der Mädchen an dem zahlenmäßigen Bestand der Zöglinge, denn der Zugang war dort höher und der Abgang geringer gewesen. Der überwiegende Teil, nämlich mehr als 61% der in die Fürsorgeerziehung Überwiesenen, gehörte der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahre an, und das Alter der übrigen lag zwischen 10 und 15 Jahren. Die Mädchen waren meist älter als die eingewiesenen Jungen. Bei etwa 58% der 464 Entlassenen wurde der Erziehungszweck erreicht, 16% überschritten die gesetzlich festgelegte Altersgrenze, und für 17% wurde der Erziehungszweck anderweitig sichergestellt. Mehr als die Hälfte, etwa 54% der Zöglinge, waren in Heimen untergebracht, fast ausnahmslos in solchen von Trägern der freien Jugendhilfe. Nur 43 Personen befanden sich in Heimen der öffentlichen Hand. In 30% der Fälle verblieben die Zöglinge in der eigenen und nur in etwas mehr als 8% in fremden Familien. In einem Arbeitsverhältnis war ein geringerer Teil als 1970, nämlich nur 47% der Jugendlichen, davon rund ein Drittel in Lehr- und Anlernstellen.

Wesentlich höher als bei der freiwilligen Erziehungshilfe war die Dauer der Fürsorgeerziehung. Von den entlassenen Zöglingen standen annähernd 9% über 10 Jahre in Fürsorgeerziehung, und zwischen 3 und 10 Jahren waren es immerhin noch rund 41%. Mehr als die Hälfte unterstand bis zu 3 Jahren diesen Zwangsmaßnahmen.

126 neue Einrichtungen

Die Zahl der Einrichtungen hat auch im Berichtsjahr nochmals beträchtlich zugenommen, denn es

wurden 126 Einheiten mehr ausgewiesen als 1970. Die größere Anzahl der beanspruchten Heime entfiel auf die Träger der freien Jugendhilfe (79%), und etwa 20% der Einrichtungen unterhielt die öffentliche Hand. Die Zahl der Heime von privaten und gewerblichen Trägern ist annähernd gleich geblieben. Nicht ganz 32% der Einrichtungen sind Kindergärten, darunter 73 Kinderkrippen und Kinderhorte. Rund 69% von diesen wurden durch die freie Jugendhilfe betrieben und 20% von der öffentlichen Hand. Zugenommen hat die Zahl der Kindergärten der freien Jugendhilfe um 20, die der öffentlichen Hand stieg um 15 auf 248. Die größte Zunahme haben mit fast 100 Einrichtungen mehr als im Vorjahr die Jugendverbands- und Jugendgruppenheime zu verzeichnen. Auch die Zahl der Jugendbüchereien erhöhte sich um weitere 35 auf 1 170. Diese Einrichtungen wurden vorwiegend von den Trägern der freien Jugendhilfe eingerichtet und betreut. Die 1 390 Jugendverbandsheime wurden zu 90% von solchen Verbänden unterhalten ebenso wie die Jugendbüchereien zu fast zwei Dritteln.

In den vorgenannten Einrichtungen standen 114 302 Plätze zur Verfügung. Trotz des Zugangs an Einrichtungen hat sich die Zahl der Plätze gegenüber dem Vorjahr verringert. Fast 79% der ausgewiesenen Plätze befinden sich in Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorten. Im Durchschnitt waren in einem Kindergarten 65 Plätze vorhanden, gegenüber 66 im Vorjahr. In Jugendwohnheimen gab es im Schnitt 66 und in Schülerwohnheimen 72 Unterbringungsmöglichkeiten. Die Jugendherbergen hatten eine Kapazität von jeweils knapp 100 Personen, und in einem Erziehungsheim konnten im Schnitt 133 Zöglinge untergebracht werden.

Dr. Th. Walter

Schulden von Land und Gemeinden (Gv.) am 31. Dezember 1971

Öffentlicher Kredit als Finanzierungsinstrument

Die Schuldenaufnahme ist eines der Instrumente der öffentlichen Hand, Einnahmen zu erzielen. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen gibt einen Hinweis auf ihre Bedeutung als Finanzierungsquelle. In Rheinland-Pfalz betrug 1971 der Anteil der Schuldenaufnahmen an den Gesamteinnahmen für das Land etwa ein Zehntel, bei den Gemeinden (Gv.) kann er auf fast ein Fünftel ihrer Gesamteinnahmen geschätzt werden. Ein Vergleich mit Stellenwert und Charakter der übrigen Einnahmequellen zeigt, daß Schwankungen in der Höhe der Steuereinnahmen in erster Linie mit der Aufnahme von Schulden kompensiert werden können, wenn man ein gegebenes Aufgabenprogramm in vollem Umfang finanzieren will und Veränderungen bei Rücklagen und Kapitalvermögen nicht sinnvoll oder unzureichend erscheinen.

Öffentliche Schuldenpolitik gilt aber auch als bedeutendes Instrument der Konjunkturpolitik und ist in engem Zusammenhang mit der Geldpolitik zu sehen. In Zeiten konjunktureller Abschwächung bedeutet eine Kompensation steuerlicher Mindereinnahmen durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln bei-

spielsweise, sofern eine entsprechende Geldpolitik eine hieraus resultierende Verteuerung der privaten Kreditnahme verhindert, im allgemeinen bei sektoral richtiger Verwendung der Mittel eine konjunkturelle Belebung. Ebenso ist im Aufschwung aufgrund der steigenden Einnahmen eine Reduzierung der Schuldenaufnahme und damit eine konjunkturgerechte Aufgabenerfüllung möglich. Unbeschadet der konjunkturellen Situation würde somit die zunehmende Notwendigkeit berücksichtigt werden können, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben in ihrem Umfang zu verstetigen. In einer Situation aber, in der besonders für den kommunalen Bereich die öffentliche Aufgabenerfüllung selbst in Phasen konjunkturellen Aufschwungs aufgrund der enormen zu erwartenden Anforderungen an den öffentlichen Sektor mit den laufenden Steuer-, Verwaltungs- und Betriebseinnahmen nicht gesichert erscheint, birgt eine zu starke Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits inflationäre Tendenzen in sich und wird ab diesem Punkt als fiskalpolitischer Regulator manövrierunfähig. Daraus wird sich für die Zukunft die Notwendigkeit ergeben, das steuerpolitische Instrumentarium flexibler einzusetzen, somit auch die Steuerverteilungsströme zwischen Bund, Land und Gemeinden stärker zu variieren, wodurch

die Schuldenpolitik und damit die Einnahmen aus Vermögensbewegung, entscheidend mitbestimmt würden.

Stärkerer Anstieg der Gesamtverschuldung

Am 31. Dezember hatte der Schuldenstand von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Höhe von rund 7,4 Mrd. DM. Damit erhöhten sich die Schulden insgesamt um rund 13,5%, also etwas stärker als im Vorjahr (+ 12,5%). Die Gesamtschuld verteilt sich mit 4,3 Mrd. DM (+ 12,8%) auf die Gemeinden, mit den restlichen 3,1 Mrd. DM auf das Land (+ 14,4%). Die Pro-Kopf-Verschuldung von Land und Gemeinden zeigt mit 2 004 DM je Kopf der Bevölkerung gegenüber 1970 eine Steigerung von 13,3%. Im Vergleich mit den übrigen Bundesländern plazierte sich Rheinland-Pfalz damit hinter Hessen, Hamburg und Berlin (West) an vierter Stelle. Die kommunalen Gebietskörperschaften von Rheinland-Pfalz wiesen 1970 noch die höchsten Verbindlichkeiten je Einwohner im Bundesvergleich auf, 1971 liegen sie hinter Hessen.

So wenig auch eine Pro-Kopf-Verschuldung an sich aussagt, drückt sich in ihr doch eine grobe Gewichtung aus, die eine, wenn auch behelfsmäßige, Vergleichsebene herstellt. Die Pro-Kopf-Verschuldung, wie die Verschuldung allgemein, kann im Vergleich der Länder allerdings nur unter Einbeziehung eines die Konjunktur- und die gesamtwirtschaftliche Lage berücksichtigenden Beurteilungsparameters sinnvolle Aussagen machen; unter diesem Gesichtspunkt kann sich die Bewertung der oben aufgeführten Rangfolge in entsprechenden Situationen verkehren.

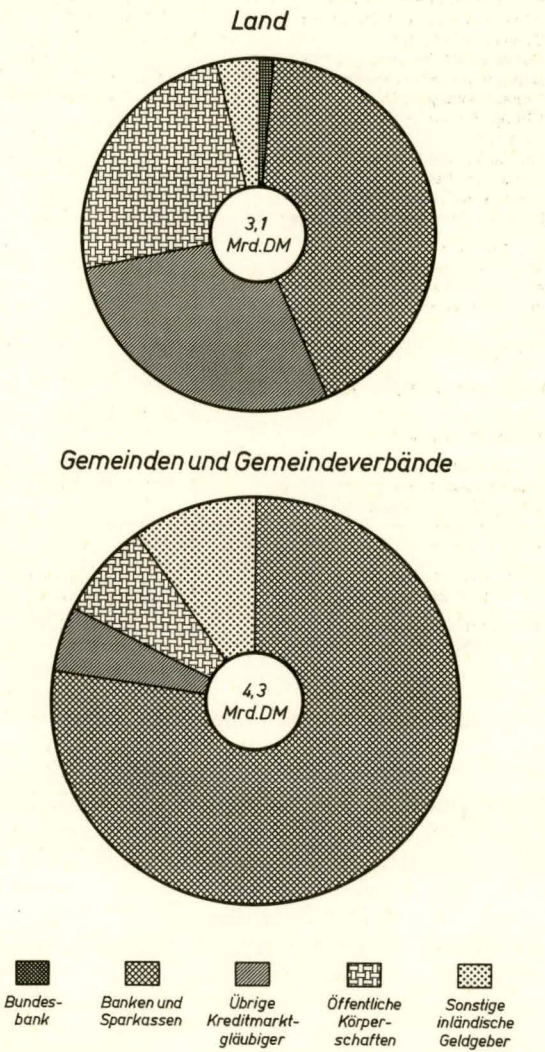
Diese Kriterien, die für eine allgemeine Vergleichbarkeit von Bedeutung sind, scheinen zunächst bei der Beurteilung der aus dem unterschiedlichen Grad der Verschuldung entspringenden Probleme keine Rolle zu spielen. Hier wird unter Vernachlässigung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen nach der Tragbarkeit der haushaltsmäßigen Belastung durch den Schuldendienst gefragt. Die

Schuldenaufnahmen und -tilgungen¹⁾ des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1971

Art der Schulden	Neu- auf- nahmen	Til- gungen	Netto- zugang/ -abgang
	Mill. DM		
<u>Land</u>	757,7	367,4	390,3
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	678,0	324,4	353,6
aus öffentlichen Sondermitteln	65,0	0,6	64,4
bei Gebietskörperschaften	14,7	35,6	- 20,9
Ausgleichsforderungen	-	6,8	- 6,8
<u>Gemeinden und Gemeindeverbände</u>	875,3	390,4	484,9
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	846,7	362,6	484,1
aus öffentlichen Sondermitteln	2,5	4,3	- 1,8
bei Gebietskörperschaften	26,1	23,4	2,7
Altschulden	-	0,1	- 0,1
Insgesamt	1 633,0	757,8	875,2

1) Einschl. Schuldenzu- und -abgänge durch außerhaushaltsmäßige Vorgänge (z.B. Erlasse bei Ablösungen); ohne Kassenkredite.

Schulden des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach der Herkunft der Mittel am 31.12.1971



76/72

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Tragbarkeit wird vielfach ausgedrückt durch den Anteil an den Gesamteinnahmen, der für den Schuldendienst aufgewendet wird, oder man relativiert die Schuldendienstzunahmen an einer jeweils festzustellenden freien Spitze des Wachstums der allgemeinen Deckungsmittel. Würden jedoch die Gemeinden beispielsweise gerade in Zeiten erhöhter Einnahmeerwartungen entsprechend einer nach oben verschobenen Schuldengrenze ihre Schuldenaufnahme erhöhen, so träte ein, was auch mit Hilfe der Schuldenpolitik vermieden werden soll, nämlich prozyklische Ausgabenwirkungen, die zudem, wegen der in dieser Situation mutmaßlich eingreifenden beschränkenden Geldpolitik, mit teuren Krediten erkaufte würden; ebendiese Situation ergab sich 1970.

Für 1971, ein Jahr, in dem die Kreditkonditionen sich weiter spürbar verschärften, die Einnahmesit-

Art der Schulden	1970	1971	Veränderung
	Mill. DM		%
Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften	2 032,3	2 443,5	20,2
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	1 668,8	2 022,4	21,2
Inhaberschuldverschreibungen	688,7	805,4	16,9
Kassenobligationen	70,0	70,0	0,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-
Banken und Sparkassen	860,9	1 050,3	22,0
Versicherungen, Bausparkassen	48,4	96,0	98,3
Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln	0,8	0,8	-
Neuschulden aus öffentl. Sondermitteln	19,2	83,6	335,4
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	3,6	3,4	- 5,6
Sonstige Sozialversicherungen	15,6	80,2	414,1
Ausgleichsforderungen	344,3	337,4	- 2,0
der Banken und Sparkassen	267,6	262,4	- 1,9
der Versicherungen und Bausparkassen	32,0	31,4	- 1,9
der Postscheck- (Postsparkassen-) ämter	4,3	4,3	-
des Ankaufsfonds der Bundesbank	40,4	39,5	- 2,2
Schulden bei Gebietskörperschaften	685,7	664,7	- 3,1
Vom Bund	567,2	559,1	- 1,4
Wohnbauschulden	548,1	543,1	- 0,9
Vom Lastenausgleichsfonds	117,3	104,6	- 10,8
Wohnbauschulden	101,6	90,1	- 11,3
ERP- (ECA-) Kredite	1,2	1,0	- 16,7
Insgesamt	2 718,0	3 108,2	14,4
davon: Neuschulden	2 373,7	2 770,8	16,7
Altschulden	344,3	337,4	- 2,0
außerdem: Kassenkredite	2,2	123,3	409,5

tuation sich zwar normal, aber doch ungünstiger als im Vorjahr darstellte, konnte für den kommunalen Bereich in Rheinland-Pfalz festgestellt werden, daß die fiskalische Sorge der Gemeinden und Gemeindeverbände die Schuldenausweitung in vertretbare Bahnen lenkte. Die Schuldenaufnahme des Landes blieb trotz eines gegenüber dem Haushaltsansatz für 1971 um 16 Mill. DM niedrigeren Steuerzuflusses rund 79 Mill. DM unter der für 1971 in Ansatz gebrachten Schuldenaufnahme.

Schwerpunkt bei Kreditinstituten

Scheint auch unter fiskalischem Aspekt die Herkunft der Mittel zunächst nicht zu interessieren, weil dem Staat als Fiskus primär an einer möglichst ergiebigen Schuldenaufnahme hinsichtlich der Kreditbedingungen gelegen sein mag, so ist ihre Kenntnis bei Berücksichtigung vielfältiger nichtfiskalischer Ziele für die Beschreibung und Beurteilung der öffentlichen Verschuldung von grundlegendem Interesse. Die Gläubigerstruktur bei Land und Gemeinden (Gv.) macht eine starke Verschuldung bei Kreditinstituten deutlich, was beim Land durch einen Anteil von 42,2% und bei den Gemeinden von 77,2% der Gesamtverschuldung (Neuschulden, Altschulden) zum Ausdruck kommt. Die starke Inanspruchnahme der Kreditinstitute gewährleistet für die öffentliche Hand eine rasche Befriedigung ihrer Kreditwünsche zu marktmäßigen Bedingungen, schafft somit gleiche Bedingungen für die öffentliche und private Kreditnahme und macht beide gleichermaßen dem Zugriff geldpolitischer Maßnahmen zugänglich.

14,4% mehr Schulden beim Land

Mit einer Höhe von 3,1 Mrd. DM haben sich die fundierten Schulden des Landes 1971 gegenüber dem Vorjahr um 390,2 Mill. DM (+ 14,4%) erhöht; der Nettoanstieg (Neuaufnahmen abzüglich Tilgung) des Vorjahres betrug etwa die Hälfte.

Die Veränderung der Anteile der einzelnen Schuldenarten an der Gesamtverschuldung entspricht dem Trend der letzten Jahre, sich zunehmend am Kreditmarkt durch Anleihen und Banken-(Sparkassen-)kredite zu verschulden. Der Rückgang der Schulden bei Gebietskörperschaften (— 3,1%), hauptsächlich bewirkt durch Tilgung von Wohnungsbauschulden bei Bund und Lastenausgleichsfonds (31,2 Mill. DM), das allmähliche Schrumpfen der Altschulden, die sich beim Land auf Ausgleichsforderungen des Kreditmarktes beschränken und sich 1971 um 6,9 Mill. DM (— 2,0%) auf 337,4 Mill. DM verringerten, und schließlich die starke Inanspruchnahme von Kreditmarktmitteln (fast neun Zehntel) bei der Schuldenaufnahme hat dazu geführt, daß neben der dem Betrag nach unbedeutenden Anteilerhöhung der Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln von 0,7 auf 2,7% der Anteil der Kreditmarktmittel von 61,4% auf nunmehr 65,1% ansteigen konnte. 1964 lag der Anteil dieser Schuldenart an der Gesamtverschuldung noch unter 20%, 1967 erhöhte er sich schon auf die Hälfte. Über die Hälfte der fundierten Kreditmarktschulden (1 050,3 Mill. DM) wurden bei Banken und Sparkassen aufgenommen, deren Kreditvergabe an das Land sich 1971 um 22,0% erhöhte und im relativen Zuwachs nur von der 98,3%igen Steigerungsrate der Kreditmarktschulden bei Versicherungen und Bausparkassen übertroffen wurde, deren absoluter Zuwachs von 47,6 Mill. DM auf 96,0 Mill. DM jedoch nicht so stark ins Gewicht fällt. Gewichtiger dagegen sind die unter den Kreditmarktmitteln mit 805,4 Mill. DM an zweiter Stelle rangierenden Anleihen in Form von Inhaberschuldverschreibungen; ihr Anteil an der gesamten Kreditmarktverschuldung ist 1971 etwas zurückgegangen, beträgt aber noch immer fast 40%.

Inhaberschuldverschreibungen und Kredite von Banken und Sparkassen als bevorzugte Verschuldungsformen weisen auf eine beabsichtigte Dualität unterschiedlicher Wirkungsweisen hin. Geht man davon aus, daß die Kreditinanspruchnahme des Landes bei den Kreditbanken zwar geldschöpfende, aber auch kreditverknappende Wirkungen hat und nicht notwendigerweise mit einer zusätzlichen Ersparnisbildung bei den Nicht-Banken einhergeht, wird deutlich, daß eine staatliche Verschuldung in Form der Anleihebegebung beim privaten Publikum mit größerer Wahrscheinlichkeit eine gewisse Absorptionswirkung hinsichtlich der privaten Ersparnisbildung auslöst. Auf breiter Ebene angesetzt, wird die Berücksichtigung solcher Schuldenstruktureffekte eine Schuldenpolitik stabilisierenden Charakters fördern; will man die Schuldenpolitik nicht als konjunkturpolitisches Instrument unter Berücksichtigung der dualen Wirkungsweise beider Verschuldungsformen einsetzen, würde sie doch zumindest konjunkturneutralen Charakter erlangen.

Schulden der Gemeinden (Gv.) nach Arten Ende 1970 und 1971

Art der Schulden	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden					Landkreise		
						zusammen	Gem. mit ... Einw.						
	10 000 und mehr	3 000 - 10 000	unter 3 000										
	1970	1971	Veränderung	1970	1971	1970	1971	1971			1970	1971	
	Mill. DM		%	Mill. DM									
<u>Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften</u>	3 485,0	3 967,3	13,8	1 748,6	1 828,1	1 446,8	1 742,9	528,4	506,5	636,4	279,6	381,6	
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	3 446,5	3 930,5	14,0	1 726,2	1 806,6	1 432,2	1 728,9	522,9	500,0	635,0	278,2	380,3	
bei Sparkassen	1 125,8	1 351,9	20,1	263,8	289,5	723,9	868,0	185,3	254,5	388,7	137,3	193,7	
bei Girozentralen	639,6	817,9	27,9	328,6	422,7	251,0	306,9	111,7	79,7	104,8	59,7	87,9	
bei sonstigen Kreditinstituten	1 024,7	1 122,0	9,5	746,8	735,0	251,3	338,9	135,8	94,5	100,6	26,5	43,5	
bei Privatversicherungen und Bau-sparkassen	631,2	616,2	- 2,4	375,7	351,2	193,2	201,9	84,6	66,9	38,0	53,4	54,3	
Neuschulden aus öffentl. Sondermitteln	37,9	36,1	- 4,7	21,9	21,0	14,5	13,9	5,4	6,6	1,5	1,4	1,3	
von Sozialversicherungsträgern	36,1	34,5	- 4,4	20,2	19,4	14,5	13,8	5,4	6,6	1,5	1,4	1,3	
Altschulden aus Kreditmarktmitteln	0,6	0,5	- 16,7	0,5	0,5	0,1	0,0	0,0	-	-	-	-	
<u>Schulden bei Gebietskörperschaften</u>	292,0	294,6	0,9	88,4	87,0	150,4	155,9	34,7	47,7	64,7	52,6	51,1	
Neuschulden	291,1	293,8	0,9	87,6	86,2	150,3	155,8	34,6	47,7	64,7	52,6	51,1	
Wohnbaukredite von Bund und Land ¹⁾	90,6	91,3	0,8	41,4	41,0	23,4	23,7	9,8	6,9	6,5	25,6	26,4	
Sonstige Kredite von Bund und Land ¹⁾	120,8	121,0	0,2	25,9	25,0	81,5	80,3	12,0	21,8	41,2	16,2	15,5	
ERP- (ECA-) Kredite	64,8	64,3	- 0,8	20,3	19,7	36,0	37,5	11,4	14,4	10,6	8,3	6,9	
Altschulden	0,9	0,9	0,0	0,8	0,8	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-	
Insgesamt	3 777,0	4 261,9	12,8	1 837,0	1 915,1	1 597,2	1 898,8	463,1	554,2	701,1	332,2	432,7	
davon: Neuschulden	3 775,5	4 260,5	12,8	1 835,7	1 913,8	1 597,0	1 898,7	563,0	554,2	701,1	332,2	432,7	
Altschulden	1,5	1,4	- 6,7	1,3	1,3	0,2	0,1	0,1	-	-	-	-	
außerdem: Kassenkredite	14,5	54,3	274,5	3,6	23,7	9,7	20,9	7,5	6,7	0,4	1,2	6,2	

1) Einschl. Lastenausgleichsfonds.

Die schwebenden Schulden des Landes, das sind Buchkredite der Deutschen Bundesbank in Höhe von 123,3 Mill. DM, sind 1971 beträchtlich gestiegen (+ 409,5%). Ihr kurzfristiger Charakter macht die Aufnahme dieser Kassenkredite in einem Jahr mit kurzfristiger Wachstumsverlangsamung wie 1971 besonders geeignet. Um eine übermäßige Inanspruchnahme des Kassenkredits zu vermeiden, hat der Gesetzgeber (§ 20 BbkG) den sogenannten Plafond für die kurzfristige Bundesbankverschuldung des Bundes, seiner Sondervermögen und der Länder festgelegt. Die obere Grenze für die Länder liegt bei 40 DM je Einwohner; Rheinland-Pfalz hat diesen oberen Grenzbetrag von rund 147 Mill. DM nicht voll beansprucht.

Kommunale Schulden um 12,8% gestiegen

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände haben sich 1971 um 12,8% auf 4,26 Mrd. DM erhöht und sind damit langsamer gestiegen als im Vorjahr (16,1%), was bei der überdurchschnittlich hohen Neuverschuldung 1970 dem insgesamt hohen Verschuldungsgrad der kommunalen Gebietskörperschaften allgemein, den ungewöhnlich hohen Kreditkonditionen 1971 und der im selben Jahr trotz konjunktureller Abschwächung gegen Ende des Jahres verhältnismäßig normal verlaufenen Entwicklung der Gesamteinnahmen zu erwarten war.

Die Schuldenstruktur offenbart einen eindeutigen Schwerpunkt des Kommunalkredits bei Sparkassen (1,4 Mrd. DM), Girozentralen (0,8 Mrd. DM) und sonstigen Kreditinstituten (1,1 Mrd. DM) im Rahmen einer Kreditmarktverschuldung von ins-

gesamt 3,9 Mrd. DM, deren Anteil an der kommunalen Gesamtverschuldung (ohne Kassenkredite) bei 92% liegt. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gebietskörperschaften (294,6 Mill. DM) nehmen sich im Vergleich hierzu mit einem Anteil von nur 6,9% an der fundierten Gesamtverschuldung recht bescheiden aus. Der hohe Anteil der indirekten Kreditmarktverschuldung, einer Verschuldungsform, die nur über Kreditanstalten den Darlehensgeber erreicht, verdeutlicht seine besondere Eignung für den kommunalen Bereich, dem der direkte Zugang zum Kreditmarkt nicht in dem Maße offensteht wie den staatlichen und über-regionalen Organen.

Die Veränderungen in der Höhe der einzelnen Schuldenarten gegenüber ihrem Stand zu Ende des vergangenen Jahres unterstützt auch hier den sich im Zeitablauf der letzten Jahre abzeichnenden Konzentrationstrend zur Verschuldung bei Kreditanstalten, denn der stärkste Nettozuwachs kommunaler Schuld ist 1971 mit 226 Mill. DM (+ 20%) bei den örtlichen Sparkassen zu verzeichnen, gefolgt im überörtlichen Bereich von den Girozentralen mit einer Zunahme um 178 Mill. DM (+ 27,9%). Die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln insgesamt stiegen um 14%, während diejenigen aus öffentlichen Sondermitteln um - 4,7% auf 36,1 Mill. DM und die Altschulden aus Kreditmarktmitteln um - 16,7% auf 0,5 Mill. DM zurückgingen. Der geringfügige Anstieg der Schulden bei Gebietskörperschaften (+ 0,9% auf 294,6 Mill. DM) führte auch hier zu einem Anteilsverlust an den Gesamtschulden.

Neuschulden¹⁾ der Gemeinden (Gv.) nach der Verwendung Ende 1970 und 1971

Verwendung	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden						Landkreise	
						zusammen		Gem. mit ... Einw.					
	10 000 und mehr	3 000 - 10 000	unter 3 000										
	1970	1971	Veränderung	1970	1971	1970	1971	1971			1970	1971	
	Mill. DM		%	Mill. DM									
0 Allgemeine Verwaltung	23,7	43,5	83,5	7,4	20,0	9,5	12,4	1,7	1,6	2,4	6,8	11,2	
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,2	1,5	25,0	0,9	0,9	0,3	0,6	0,2	0,3	0,0	-	-	
2 Schulen	551,4	684,3	94,7	201,0	246,0	247,9	292,6	70,8	77,3	86,1	100,8	143,8	
3 Kultur	13,4	16,6	23,9	11,7	13,5	1,6	3,1	0,4	1,9	0,7	-	-	
4 Soziale Angelegenheiten	32,3	43,4	34,4	19,8	22,8	7,9	13,0	2,4	5,0	6,5	4,6	7,5	
5 Gesundheitspflege	298,8	359,4	20,3	84,4	96,6	96,9	120,3	85,7	15,1	18,3	110,1	134,8	
6 Bau- und Wohnungswesen	722,8	844,2	16,8	350,4	397,8	291,1	349,6	113,4	88,0	145,6	80,9	96,4	
Wohnungsbau ²⁾	166,2	168,4	1,3	104,5	106,0	34,2	34,0	15,6	11,0	6,1	27,6	28,4	
Straßen, Wege, Brücken	527,1	628,5	19,2	229,9	271,0	244,8	290,9	89,3	70,7	129,8	52,4	66,6	
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	1 038,4	1 201,7	15,7	438,3	487,0	589,0	696,1	146,4	227,3	313,8	10,1	17,5	
Stadtentwässerung ²⁾	636,2	747,6	17,5	248,7	293,8	387,6	453,8	108,3	147,2	194,3	-	-	
Müllbeseitigung ²⁾	19,8	21,6	9,1	19,1	20,7	0,7	0,9	0,3	0,2	0,3	-	-	
Schlacht- und Viehhöfe, Märkte ²⁾	21,9	20,9	- 4,6	16,8	16,1	5,0	4,7	3,7	0,9	0,1	0,1	0,1	
Übrige öffentliche Einrichtungen	149,2	183,9	23,3	71,4	73,7	74,7	99,4	21,4	38,2	37,1	3,1	10,8	
Wirtschaftsförderung	211,3	227,5	7,7	82,3	82,6	121,0	137,3	12,8	40,9	82,0	6,9	6,6	
9 Finanzen und Steuern	342,4	379,4	10,8	223,6	245,0	116,1	131,2	53,4	46,3	30,3	2,7	3,2	
Wohngrundstücke ²⁾	145,9	154,5	5,9	72,6	79,2	71,2	73,3	24,3	25,6	23,0	2,0	1,9	
Übriges allgem. Grundvermögen ²⁾	175,9	203,3	15,6	134,8	152,0	40,6	50,9	25,0	19,2	6,4	0,5	0,4	
8 Wirtschaftsunternehmen	751,1	686,6	- 8,6	498,2	384,2	236,7	279,7	88,5	91,4	98,5	16,2	18,3	
Strom- und Gasversorgung	295,9	246,3	- 16,8	248,6	182,2	46,1	58,5	30,1	22,9	5,5	1,2	1,4	
Wasserversorgung	334,0	329,7	- 1,3	145,6	113,0	174,3	200,9	48,2	60,3	91,1	14,1	15,8	
Insgesamt	3 775,5	4 260,5	12,8	1 835,7	1 913,8	1 597,0	1 898,6	562,9	554,2	701,2	332,2	432,7	
dar.: Schulden ohne Wirtschaftsunternehmen	3 024,4	3 573,9	18,2	1 337,5	1 529,6	1 360,3	1 618,9	474,4	462,8	602,7	316,0	414,4	
für unrentierliche Zwecke	1 858,5	2 257,6	21,5	741,1	861,8	821,0	1 001,3	297,4	258,8	372,6	285,8	383,5	
für rentierliche Zwecke ²⁾	1 165,9	1 316,3	12,9	596,4	667,8	539,3	617,6	177,0	204,0	230,1	30,2	30,9	

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Schulden, für die im Prinzip der Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten aufgebracht wird.

Wie in den letzten Jahren konzentrierte sich die Verwendung der Schuldenzunahme mit fast einem Drittel (163,3 Mill. DM) auf Wirtschaftsförderung und Förderung öffentlicher Einrichtungen; das sichert diesem Bereich einen Anteil von 28,2% an dem insgesamt zur Verteilung stehenden fundierten Schuldvolume und wahrt damit seine dominierende Stellung in der Verteilungsstruktur der Schuldmittel; dieser Anteil wird sich unter Berücksichtigung der für die kommenden Jahre anstehenden Aufgabenprogramme gerade im Entsorgungsbereich, auf den schon jetzt vier Fünftel der Schuldenverwendung für öffentliche Einrichtungen entfallen, auch in Zukunft noch erhöhen. Eine Steigerung von 16,8% erfuhren die Schuldmittel für Bau- und Wohnungswesen, die insgesamt mit 844,2 Mill. DM im Umfang an zweiter Stelle stehen; fast drei Viertel wurden hiervon für Straßen, Wege und Brückenbau verwendet. Die stärkste Steigerung zeigte die Schuldaufnahme für den Schulbereich (94,7%); der ihm zurechenbare Schuldenstand betrug 684,3 Mill. DM. In gleicher Höhe (686,6 Mill. DM) stehen die Kreditmittel für Wirtschaftsunternehmen, die 1971 aller-

dings ohne die Umwandlung der Stadtwerke Mainz in eine AG um 186 Mill. DM höher gewesen wären.

Anteilmäßige Verwendungsschwerpunkte der gesamten Schulden liegen also bei öffentlichen Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (28,2%), Bau- und Wohnungswesen (19,8%), Schulen und Wirtschaftsunternehmen (je 16,1%). Die Präferenzen für beabsichtigte Anteilsverschiebungen lassen sich am besten an den prozentualen Veränderungen der Verwendungsarten ablesen. Die stärksten Zuwächse lagen bei Schulen (+ 94,7%), Allgemeiner Verwaltung (+ 83,5%), Sozialen Angelegenheiten (+ 34,4%) und bei Öffentlicher Sicherheit und Ordnung (+ 25,0%).

Die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, deren Wohnbevölkerung über ein Drittel der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz ausmacht, waren am 31. Dezember 1971 mit Schulden in Höhe von etwa 2,2 Mrd. DM belastet; das ist mehr als die Hälfte der gesamten kommunalen Verschuldung.

Diplom-Volkswirt H. H. von Herff

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 645	3 671	3 664	3 666	3 668	3 679
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 305	2 256	2 109	2 481	2 913	1 543	2 596 ^D	2 238 ^D	2 793 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,1	6,7	8,2	9,3	5,3	8,3 ^D	7,4 ^D	8,9 ^D
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	4 159	3 837	4 397	3 902	3 802	3 614	3 859 ^D	3 680 ^D	3 951 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,5	14,0	12,8	12,1	12,4	12,3 ^D	12,2 ^D	12,6 ^D
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 641	3 667	4 302	3 735	3 408	3 761	3 728 ^D	3 343 ^D	3 654 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	10,0	13,7	12,3	10,8	12,9	11,9 ^D	11,1 ^D	11,7 ^D
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	103	88	105	96	74	87	85	85	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	25,4	22,9	23,9	24,6	19,5	24,1	23,2	24,3	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	418	170	95	167	394	- 147	131 ^D	337 ^D	297 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	1,1	0,5	0,3	0,5	1,3	- 0,5	0,4 ^D	1,1 ^D	1,0 ^D
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 822	10 580	11 168	10 951	9 193	8 414
* Fortgezogene	Anzahl	9 084	9 119	9 233	9 005	7 867	7 123
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 738	1 461	1 935	1 946	1 326	1 291
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 245	10 351	10 080	9 522	8 829	8 296
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	9,5	10,9	11,2	8,0	7,2	23,6	13,2	11,2	10,1
* Männer	1 000	6,5	6,6	7,0	3,9	3,4	17,0	7,7	5,7	4,9
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	905	621	574	92	83	3 360	582	121	90
Bauberufe	Anzahl	933	859	804	436	298	2 637	1 052	578	390
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	4 705	5 254	6 310	3 850	3 572	9 691	6 148	5 344	4 932
Offene Stellen	Anzahl	33 113	27 650	29 317	30 738	31 391	24 173	26 359	27 637	29 226
Männer	Anzahl	20 838	17 617	18 559	19 436	19 713	14 953	16 189	16 913	17 565
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	461	366	525	535	374	372	399	330	272
Bauberufe	Anzahl	3 110	2 663	3 043	3 559	3 324	2 359	2 449	2 598	2 817
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	16 790	12 159	13 469	12 650	13 291	9 374	10 462	11 118	12 181
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	726	687
* Milchkühe	1 000	266	252
* Schweine	1 000	827	741	825	.	.	706	.	.	.
* Zuchtsauen	1 000	77	69	73	.	.	69	.	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	46	42	42	.	.	43	.	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	20	20	22	18	17	17	19	16	17
* Kälber	1 000	2	2	2	2	2	1	2	1	2
* Schweine	1 000	100	103	118	99	97	95	102	94	106
* Hausschlachtungen	1 000	20	21	29	19	15	22	22	17	14
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,9	12,0	13,1	11,6	11,6	10,6	11,6	10,6	12,5
* Rinder	1 000 t	5,2	5,1	5,8	4,9	4,8	4,4	4,9	4,2	4,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,5	6,7	7,1	6,5	6,7	6,0	6,6	6,3	7,7
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	320	197	403	381	216	280	309	268	214
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000 kg	50	44	31	51	28	67	36	66	89
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	83	79	86	88	96	73	84	85	94
* an Molkereien geliefert	%	79,5	80,8	79,1	80,0	82,0	79,3	80,2	82,5	84,6
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,7	10,0	10,5	11,0	11,7	9,9	10,7	11,2	12,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 005	3 059	3 045	3 053	3 067	3 083	3 074	3 072	3 063
* Beschäftigte	1 000	407	408	409	407	405	403	404	401	400
* Arbeiter 2)	1 000	306	304	306	303	302	298	298	296	295
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	48 379	46 972	50 849	47 598	45 351	44 532	48 591	44 435	42 269
Löhne und Gehälter	Mill. DM	491	541	514	513	510	519	557	545	582
* Löhne	Mill. DM	328	357	346	341	340	334	369	351	390
* Gehälter	Mill. DM	163	184	168	172	170	185	188	194	192
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	103	87	110	78	76	79	78	76	
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	136	128	112	128	137	162	181	174
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	31	19	24	22	20	11	11	10	8
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	56	117	104	90	108	126	151	171	166
* Heizölverbrauch	1 000 t	195	201	235	200	184	225	225	206	191
* leichtes Heizöl	1 000 t	36	40	50	39	31	47	44	40	35
* schweres Heizöl	1 000 t	159	161	185	161	153	178	181	166	156
* Stromverbrauch	Mill. kWh	788	804	836	800	808	814	880	816	856
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	313	297	346	286	273	332	318	279	278
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 331	2 565	2 678	2 491	2 447	2 522	2 931	2 584	2 787
* Auslandsumsatz	Mill. DM	504	535	581	519	513	596	662	492	639
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	200	212	203	223	224	211	235	246	245 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	210	222	219	230	230	228	247	258	255 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	211	223	219	232	232	228	248	259	257 ^p
* Energiewirtschaft	1962 = 100	175	204	206	193	195	228	233	236	227 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	219	234	239	247	242	245	268	278	272
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	154	165	134	180	192	110	173	202	203
Chemische Industrie	1962 = 100	256	276	293	290	277	314	325	329	320
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	280	288	262	293	312	286	322	345	358
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	237	242	182	215	255	263	315	320	364
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	162	170	172	179	172	176	182	187	176
Schuhindustrie	1962 = 100	111	108	128	122	98	118	123	119	74
* Nahrungs- und Genußmittel- industrien	1962 = 100	162	178	155	170	172	158	170	172	187
* Bauhauptgewerbe	1962 = 100	148	157	120	185	193	118	167	183	192
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	103	103	100	.	.	.	102	.	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962=100	181	207	167	.	.	.	182	.	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	177	208	162	.	.	.	179	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	233	176	219	150	132	269	220	243	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 039	1 181	1 198	1 119	1 165	1 203	1 304	1 213	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	332	330	334	297	316	363	357	364	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	928	1 015	1 070	962	972	1 092	1 151	1 077	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,7	0,6	1,0	0,5	0,4	1,0	1,0	0,5	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	118	192	186	125	118	212	233	244	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	118	193	187	125	119	213	234	244	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 398	89 276	89 390	90 685	90 186	84 780	88 157	88 166	89 087
Facharbeiter	Anzahl	48 493	48 428	48 467	48 949	48 590	46 013	47 486	47 414	47 734
Helfer und Hilfsarbeiter	Anzahl	26 582	26 438	26 480	27 329	27 267	24 376	26 240	26 354	26 894
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 871	13 257	11 241	14 936	14 769	9 882	14 428	13 487	14 922
Privater Bau	1 000	7 113	7 511	6 273	8 265	8 251	6 110	8 845	8 048	8 907
Wohnungsbau	1 000	4 623	4 906	3 851	5 379	5 447	3 940	5 853	5 410	6 112
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	164	143	125	130	175	121	168	172	165
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 326	2 462	2 297	2 756	2 629	2 049	2 824	2 466	2 630
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 758	5 746	4 968	6 671	6 518	3 772	5 583	5 439	6 015
Hochbau	1 000	1 311	1 427	1 280	1 590	1 532	1 058	1 403	1 316	1 411
Tiefbau	1 000	4 447	4 319	3 688	5 081	4 986	2 714	4 180	4 123	4 604
Straßenbau	1 000	2 180	2 007	1 668	2 344	2 346	1 146	1 821	1 819	2 068
Löhne und Gehälter	Mill. DM	100	115	90	118	125	91	125	119	140
* Löhne	Mill. DM	90	103	80	108	114	79	113	107	128
* Gehälter	Mill. DM	10	12	10	10	11	12	12	12	12
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	256	325	246	284	262	202	268	291	301

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1972 vorläufige Ergebnisse.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 143	1 314	1 433	1 344	1 532	1 333	1 509	1 610	1 658
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 034	1 178	1 316	1 197	1 385	1 204	1 320	1 396	1 500
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 224	1 489	1 434	1 652	1 764	1 402	1 731	2 051	1 914
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	151	203	190	220	240	207	251	306	285
* Wohnfläche	1 000 qm	213	255	239	285	305	237	304	365	338
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
	Anzahl	273	251	257	241	270	226	234	271	269
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 279	1 186	1 304	1 006	1 921	1 113	797	1 013	757
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	99	126	152	112	215	121	56	94	83
* Nutzfläche	1 000 qm	207	200	226	166	290	179	138	170	128
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 479	2 997	2 682	3 478	3 556	2 625	3 554	4 132	3 640
Bauleistungspreise (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)										
	1962 = 100	116	122	.	.	124	122	.	.	124
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)										
	1962 = 100	155	175	.	.	176	182	.	.	189
Hohlblockmauerwerk										
	1962 = 100	158	176	.	.	177	186	.	.	193
Leichttrennwand										
	1962 = 100	158	179	.	.	181	189	.	.	199
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)										
	1962 = 100	149	164	.	.	167	170	.	.	176
Beton für Wände										
	1962 = 100	154	170	.	.	173	175	.	.	182
Bauholz (Normalklasse)										
	1962 = 100	124	132	.	.	132	135	.	.	138
Innenwandputz										
	1962 = 100	164	180	.	.	183	190	.	.	199
Deckenputz										
	1962 = 100	162	174	.	.	177	183	.	.	192
Außenwandputz										
	1962 = 100	171	185	.	.	188	196	.	.	206
Wandbelag (Fliesen)										
	1962 = 100	139	153	.	.	155	162	.	.	171
Zimmertür, einflügelig										
	1962 = 100	151	170	.	.	168	179	.	.	179
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	566,3	633,4	698,2	612,4	598,0	711,9	774,7	680,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	18,8	20,1	19,7	24,1	20,7	17,1	24,0	21,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	547,4	613,3	678,5	588,4	577,3	694,8	750,7	658,7	...
* Rohstoffe	Mill. DM	9,7	10,1	10,6	10,4	11,4	10,0	10,1	11,0	...
* Halbwaren	Mill. DM	29,6	36,2	42,2	39,9	39,9	35,2	36,5	33,5	...
* Fertigwaren	Mill. DM	508,2	567,1	625,7	538,1	526,0	649,7	704,1	614,1	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	195,9	211,8	245,0	212,5	197,4	217,2	234,2	214,5	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	312,3	355,3	380,7	325,5	328,6	432,5	470,0	399,6	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG - Länder	Mill. DM	217,6	253,3	281,3	250,9	237,6	299,3	323,7	289,0	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	38,9	43,6	46,9	43,7	40,4	51,7	61,1	48,1	...
Frankreich	Mill. DM	83,0	101,9	108,1	97,5	98,6	131,3	138,6	122,3	...
Italien	Mill. DM	47,6	54,7	64,5	53,8	51,5	63,8	63,0	63,7	...
Niederlande	Mill. DM	48,2	53,2	61,9	55,8	47,1	52,5	61,0	54,8	...
* EFTA - Länder	Mill. DM	120,4	136,0	140,7	121,4	132,0	149,3	178,5	143,1	...
Dänemark	Mill. DM	12,3	13,1	12,6	12,0	12,3	16,6	17,7	12,0	...
Großbritannien	Mill. DM	22,7	29,4	29,9	23,2	24,2	29,5	41,1	29,3	...
Österreich	Mill. DM	23,3	26,1	26,9	25,3	27,1	30,5	36,5	30,9	...
Schweden	Mill. DM	17,0	16,9	20,2	16,7	16,5	18,7	24,4	20,1	...
Schweiz	Mill. DM	33,4	38,1	39,3	34,3	40,6	39,4	40,5	38,2	...
USA und Kanada	Mill. DM	36,7	45,5	49,8	47,7	44,7	40,4	42,3	37,8	...
Ostblockländer	Mill. DM	23,0	22,2	31,5	25,2	22,5	30,6	28,8	31,5	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	390,8	455,8	485,3	462,1	418,0	477,5	537,2	496,1	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	62,1	74,1	89,4	76,8	67,8	80,1	99,9	90,1	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	328,7	381,7	395,9	385,3	350,1	392,5	437,4	405,9	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	97	96	93	94	94	98	98	95	...
* Umsatz	1962 = 100	158	170	163	175	163	154	191	173	...
Waren verschiedener Art	1962 = 100	229	241	214	232	220	198	241	211	...
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	138	134	145	135	145	168	163	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	146	161	149	180	159	126	192	158	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	170	189	172	165	177	159	200	175	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	152	153	116	136	125	147	147	146	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	154	181	206	203	187	152	212	180	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	113	113	101	111	113	111	110	121	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	197	211	178	203	227	209	214	219	...
* Umsatz	1962 = 100	162	174	136	167	190	163	167	210	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	212	246	144	229	281	133	162	286	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	156	164	131	158	179	159	159	201	...
Fremdenverkehr										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	244	257	139	244	323	118	167
* Auslands Gäste	1 000	58	56	17	45	72	13	22
* Fremdenübernachtungen	1 000	888	949	517	848	1 090	477	629
* Auslands Gäste	1 000	131	131	38	123	135	35	53
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 311	3 150	3 226	3 839	3 510	2 298	2 886	3 812	3 734
* Gütereingang	1 000 t	1 582	1 547	1 494	1 863	1 670	1 169	1 303	1 902	1 861
* Güterversand	1 000 t	1 729	1 603	1 732	1 976	1 840	1 129	1 503	1 910	1 873
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 594	4 358	4 675	4 441	4 706	4 171	5 458	4 302	4 366
Ladung	1 000 t	2 836	2 764	2 959	3 164	3 402	1 891	2 148	3 232	3 238
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	87	67	68	77	76	49	43	76	75
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 894	4 709	5 037	4 755	5 044	4 373	5 885	4 950	4 570
Ladung	1 000 t	1 464	1 182	1 216	1 387	1 431	983	971	1 485	1 293
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	85	62	61	71	70	46	39	76	70
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr- zeuge	Anzahl	11 108	11 440	16 603	14 533	13 298	10 808	17 458	12 669	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	47	93	118	152	127	113	307	238	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	9 856	10 198	14 794	13 096	12 067	9 674	15 391	11 406	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	696	687	910	718	707	526	881	605	...
Zugmaschinen	Anzahl	450	398	698	498	333	427	762	342	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	366	416	482	631	588	275	746	514	...
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen										
Beförderte Personen	1 000	24 891	26 272	26 845	24 309	25 503	28 445	27 898	26 989	27 596
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 307	22 828	23 280	21 791	21 926	24 675	23 549	23 287	23 299
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 182	2 997	3 229	2 191	3 008	3 512	4 040	3 307	3 628
Berufsverkehr	1 000	747	844	840	831	724	717	1 160	871	878
Gelegenheitsverkehr	1 000	402	447	336	327	569	258	309	395	669
Ausflugsfahrten	1 000	93	97	62	66	136	46	61	81	137
Ferienziel - Reisen	1 000	1	2	0	1	2	1	1	2	3
Mietwagenverkehr	1 000	308	348	274	260	431	211	247	312	529
Wagenkilometer	1 000	11 020	11 705	11 174	10 337	12 735	10 942	11 346	11 197	13 443
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 399	7 235	6 421	6 559	7 794	6 196	7 407	7 480	8 358
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 871	1 825	1 447	1 639	2 178	1 523	1 862	1 865	2 101
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 528	5 410	4 974	4 920	5 616	4 673	5 545	5 615	6 257
bis 1 000 DM bei jedem Betei- ligten	Anzahl	4 627	4 393	4 074	4 029	4 491	3 726	4 415	4 476	4 945
über 1 000 DM bei einem Betei- ligten	Anzahl	900	1 017	900	891	1 125	947	1 130	1 139	1 312
* Getötete Personen	Anzahl	100	103	77	80	111	33	92	77	90
Pkw - Insassen	Anzahl	54	55	34	41	57	52	51	41	46
Fußgänger	Anzahl	27	28	26	18	28	29	25	19	25
* Verletzte Personen	Anzahl	2 720	2 639	2 013	2 444	3 207	2 190	2 657	2 693	3 080
Pkw - Insassen	Anzahl	1 813	1 769	1 402	1 607	2 081	1 591	1 746	1 794	2 075
Fußgänger	Anzahl	370	319	259	296	358	282	365	335	367
Schwerverletzte	Anzahl	924	913	651	862	1 154	780	973	936	1 081
Pkw - Insassen	Anzahl	528	552	394	504	679	523	558	561	657
Fußgänger	Anzahl	182	162	122	156	167	152	200	169	180
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	37 629	42 452	44 842	40 363	37 326	44 672	51 294	45 640	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 129	1 137	1 368	1 159	895	1 098	1 288	1 010	...
Telegramme	1 000	60	51	52	58	57	49	43	42	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1068 962	1101 076	1180 242	1076 208	1094 602	956 868	1056 638	1078 870	...
Lastschriften	1 000 DM	1065 972	1101 741	1205 817	1083 854	1068 978	945 618	1079 127	1069 927	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	15 671	18 444	19 093	16 309	14 766	22 616	21 245	19 967	...
Auszahlungen	1 000 DM	15 635	20 753	19 451	20 602	18 374	19 520	26 169	20 953	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 096	1 073	1 066	1 067	1 067	1 079	1 082	1 085	...
Fernsehrundfunk	1 000	938	956	941	942	943	965	970	971	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlungspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	19 655	22 898	20 187	20 392	20 548	23 159	23 413	23 620	23 842
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	19 346	22 590	19 871	20 074	20 249	22 857	23 111	23 348	23 540
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 061	5 658	5 144	5 142	5 140	5 752	5 767	5 786	5 693
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	4 936	5 479	4 993	5 001	4 974	5 502	5 558	5 601	5 550
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	125	179	151	141	166	250	209	185	143
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 088	2 906	2 225	2 322	2 374	2 844	2 909	2 963	2 991
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	1 959	2 670	2 090	2 140	2 184	2 618	2 669	2 710	2 725
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	129	236	135	183	190	226	240	253	266
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	12 197	14 026	12 502	12 610	12 735	14 261	14 435	14 599	14 856
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	9 707	10 862	9 896	9 938	10 028	11 018	11 175	11 285	11 431
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 490	3 164	2 606	2 672	2 707	3 243	3 260	3 314	3 425
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	17 801	20 581	18 649	19 054	19 329	20 851	20 698	21 152	21 581
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	5 898	7 125	6 434	6 773	6 977	7 105	6 902	7 236	7 547
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 824	5 963	5 341	5 669	5 614	5 921	5 737	5 950	6 123
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 074	1 162	1 093	1 104	1 363	1 184	1 165	1 286	1 424
* Spareinlagen	Mill. DM	10 493	12 013	10 789	10 858	10 930	12 295	12 339	12 462	12 578
* bei Sparkassen	Mill. DM	6 650	7 502	6 812	6 845	6 881	7 663	7 675	7 740	7 805
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	587	678	593	567	523	661	686	645	641
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	498	557	532	498	454	535	644	521	536
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	17	16	15	13	10	23	19	12	19
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 668	6 041	2 724	2 481	7 097	7 467	3 084	2 326	2 974
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	4	1	2	1	2	2	2
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 652	1 578	1 723	1 622	1 623	1 447	1 625	1 510	1 739
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	4 041	3 659	4 049	4 109	4 871	5 174	4 488	5 039
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	394 473	454 593	464 144	289 624	385 322	385 549	568 161	353 900	418 964
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	254 214	290 364	340 707	145 786	236 917	189 081	411 840	193 176	260 153
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	143 909	179 517	123 679	129 836	202 352	167 004	143 102	163 809	221 592
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	15 749	26 593	-	-	78 125	10 274	-	-	94 349
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	62 924	70 011	168 433	17 569	2 292	12 105	200 140	23 658	4 718
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 478	9 032	4 474	1 212	- 102	3 286	890	406	1 816
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	38 904	31 805	44 121	- 2 831	32 375	6 686	67 708	5 303	32 027
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 879	8 341	-	-	29 631	-	-	-	29 452
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	140 259	164 228	123 437	143 838	148 405	196 468	156 321	160 724	158 811
* Umsatzsteuer	1 000 DM	104 655	124 447	98 080	108 128	113 399	160 265	101 090	122 731	121 918
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	35 604	39 781	25 357	35 710	35 006	36 203	55 231	37 993	36 893
* Bundessteuern	1 000 DM	87 188	94 786	110 012	77 534	93 831	91 351	111 658	112 776	113 995
* Zölle	1 000 DM	10 773	8 301	8 696	5 995	6 573	5 924	9 835	4 851	4 534
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	68 394	77 709	82 448	67 661	81 939	81 701	91 262	102 738	105 320
* Landessteuern	1 000 DM	38 529	40 669	35 544	34 567	47 427	55 660	34 994	38 666	59 376
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 801	9 302	2 167	1 360	20 076	26 984	1 906	1 456	24 389
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	19 391	21 027	22 604	23 109	19 536	20 430	23 853	25 531	25 630
* Biersteuer	1 000 DM	5 531	5 751	5 103	5 127	4 304	4 171	4 939	5 800	5 101
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	208 603	239 504	220 184	.	.	249 227	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 522	8 597	6 713	.	.	5 012	.	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	28 967	30 745	26 051	.	.	28 061	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) ¹⁰⁾	1 000 DM	137 583	163 951	152 320	.	.	175 767	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 664	14 661	15 280	.	.	17 170	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	307 170	348 440	346 529	268 025	306 266	296 288	395 420	332 275	334 223
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	149 905	62 575	104 134	82 003	181 893	83 466	114 236
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	98 181	114 960	86 406	100 687	103 883	120 401	101 610	104 477	103 241
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	206	27 229	4 418	2 533	259	31 556	2 751
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	221 504	248 273	240 058	178 523	221 852	241 502	266 221	230 997	252 625
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	112 629	127 715	149 905	62 575	104 134	82 003	181 893	83 466	114 236
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹¹⁾	1 000 DM	61 173	68 910	54 393	54 152	65 873	101 306	49 075	77 309	76 262
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	9 172	10 979	206	27 229	4 418	2 533	259	31 556	2 751
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	229 964	282 132	253 567	.	.	265 016	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹²⁾	1 000 DM	82 544	98 274	143 821	.	.	163 546	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	76 400	108 305	41 882	.	.	28 011	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971			1972				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	261	288	.	279	.	.	.	311	.
* Männliche Arbeiter	DM	286	314	.	305	.	.	.	340	.
* Facharbeiter	DM	304	335	.	323	.	.	.	363	.
Angelernte Arbeiter	DM	278	305	.	297	.	.	.	330	.
Hilfsarbeiter	DM	238	262	.	253	.	.	.	281	.
* Weibliche Arbeiter	DM	170	190	.	185	.	.	.	205	.
* Hilfsarbeiter	DM	160	180	.	177	.	.	.	196	.
Bruttostundenverdienste	DM	5,85	6,54	.	6,39	.	.	.	7,09	.
* Männliche Arbeiter	DM	6,26	6,99	.	6,81	.	.	.	7,56	.
* Facharbeiter	DM	6,65	7,43	.	7,22	.	.	.	8,07	.
Angelernte Arbeiter	DM	6,09	6,78	.	6,63	.	.	.	7,31	.
Hilfsarbeiter	DM	5,22	5,85	.	5,68	.	.	.	6,24	.
* Weibliche Arbeiter	DM	4,18	4,72	.	4,62	.	.	.	5,13	.
* Hilfsarbeiter	DM	3,91	4,44	.	4,37	.	.	.	4,83	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,5	43,8	.	43,8	.	.	.	43,9	.
Männliche Arbeiter	Std.	45,6	45,0	.	44,8	.	.	.	45,0	.
Weibliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	.	39,9	.	.	.	40,0	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	40,2	38,4	.	37,3	.	.	.	38,8	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,2	39,3	.	38,3	.	.	.	39,9	.
Weibliche Arbeiter	Std.	36,3	34,5	.	33,8	.	.	.	35,1	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 388	1 540	.	1 507	.	.	.	1 661	.
* männlich	DM	1 250	1 388	.	1 365	.	.	.	1 503	.
* weiblich	DM	1 515	1 672	.	1 651	.	.	.	1 805	.
Technische Angestellte	DM	961	1 078	.	1 051	.	.	.	1 176	.
* männlich	DM	1 615	1 783	.	1 737	.	.	.	1 906	.
* weiblich	DM	1 665	1 835	.	1 788	.	.	.	1 961	.
	DM	1 106	1 248	.	1 213	.	.	.	1 337	.
im Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	943	1 052	.	1 047	.	.	.	1 148	.
* männlich	DM	938	1 046	.	1 041	.	.	.	1 141	.
* weiblich	DM	1 235	1 379	.	1 376	.	.	.	1 499	.
	DM	736	824	.	819	.	.	.	903	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 181	1 312	.	1 293	.	.	.	1 422	.
* männlich	DM	1 070	1 189	.	1 177	.	.	.	1 291	.
* weiblich	DM	1 371	1 521	.	1 510	.	.	.	1 647	.
Technische Angestellte	DM	820	917	.	904	.	.	.	1 002	.
* männlich	DM	1 590	1 767	.	1 723	.	.	.	1 887	.
* weiblich	DM	1 644	1 820	.	1 774	.	.	.	1 943	.
	DM	1 071	1 228	.	1 195	.	.	.	1 309	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 113	1 124	1 121	1 121	1 120	1 128	1 130	1 128	1 127
Pflichtmitglieder	1 000	672	677	677	677	675	678	680	677	675
Rentner	1 000	350	361	358	359	359	365	366	366	367
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,1	4,8	5,5	4,7	4,3	5,6	4,9	4,6	4,2
Männer	%	5,2	4,9	5,5	4,8	4,5	5,7	5,0	4,6	4,5
Frauen	%	4,9	4,6	5,5	4,6	4,0	5,3	4,7	4,4	4,1
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	368 909	381 361	380 284	380 061	380 573	390 333	391 934	388 540	396 289
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	102 883	111 773	111 841	111 156	111 214	121 151	121 885	124 278	124 624
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 988	8 462	13 928	7 119	5 481	22 361	14 491	9 073	6 498
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 154	7 728	12 808	6 267	4 799	21 279	12 954	7 860	5 581
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	3 937	5 273	9 423	6 269	4 575	12 876	15 038	9 422 ^x	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	3 700	4 924	9 010	5 799	4 251	12 518	14 280	8 687 ^x	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	160	157	158	.	.	.	154	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	34 078	36 458	36 708	36 864	37 227	37 933	38 251	38 721	38 496

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Rückzahlung der Krankenversicherungsbeiträge.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	60 651	61 281 ^p	61 086 ^x	61 143 ^x	61 193 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	37 043	35 951 ^p	22 928	33 039	38 700 ^p	22 565 ^p	25 030 ^p	38 431 ^p	33 068 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	67 567	64 709 ^p	63 645	71 634	67 127 ^p	59 750 ^p	60 148 ^p	63 842 ^p	59 195 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	61 237	60 617 ^p	56 645	68 245	61 090 ^p	69 454 ^p	64 004 ^p	63 122 ^p	56 674 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	6 330	4 092 ^p	7 000	3 389	6 037 ^p	- 9 704 ^p	- 3 856 ^p	720 ^p	2 521 ^p
Arbeitslose	1 000	149	185 ^p	255	206	160	376	369	268	231
Männer	1 000	93	101 ^p	160	121	77	247	244	155	123
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 969	19 985	.	20 901	.	.	.	20 252	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerb-lichen Schlachtungen 4)	1 000 t	293	308	273	330	298	302	287	306	281
Milcherzeugung	1 000 t	1 821	1 764	1 603	1 899	1 990	1 644	1 634	1 916	1 980
Industrie und Energie-wirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 603	8 538	8 578	8 584	8 359	8 365	8 363	8 359	8 327
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 020	977	963	1 062	1 009	925	933	990	922
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	44 072	46 919	42 528	49 788	46 670	43 621	45 740	51 426	47 006
Auslandsumsatz	Mill. DM	8 506	9 166	8 372	10 093	9 154	8 508	9 249	10 314	9 244
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	157	160	159	158	169	152	158	165	177 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	158	161	161	161	170	155	160	166	177 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	157	159	158	158	168	150	156	163	174 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	193	205	229	224	202	262	253	236	232 ^p
Bergbau	1962 = 100	99	102	107	108	103	99	97	94	96 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	161	163	162	161	173	154	160	168	180 ^p
Grundstoffe und Produktions-güterindustrien	1962 = 100	179	182	179	180	190	167	179	189	199 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	160	159	162	161	172	151	156	162	173 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	148	154	151	151	163	153	157	165	181 ^p
Nahrungs- und Genussmittel-industrien	1962 = 100	139	146	134	133	144	134	136	141	153 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	139	141	106	103	160	86	106 ^x	143	169 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 273	9 233	9 369	10 634	9 135	8 824	8 778	9 023	8 392
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 981	8 454	8 027	9 166	8 278	9 480	8 852	8 900	8 154
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 802	2 499	2 519	2 826	2 753	2 229	2 442	2 753	2 505
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 698	3 305	3 389	3 817	3 310	3 026	3 365 ^x	3 688	3 363
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 686	2 393	2 410	2 713	2 413	2 206	2 377	2 667	2 475
Stromerzeugung	Mill. kWh	20 218	21 379	21 992	24 282	13 801	25 468 ^x	23 425	17 327	15 661
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 804	6 878	7 166	7 897	6 840	7 932	7 407	7 536	6 946
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 529	1 550	1 572	1 521	1 564	1 406	1 428	1 497	1 524
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	231	243	178	231	131	156	215	216
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 602	6 061	6 314	4 172	4 486	4 578	4 010	4 823	4 739
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	50 780	58 809	45 008	55 705	59 026	47 374	50 769
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	170	188	149	183	192	170	170	206	189
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	96	99	112 ^x	104
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	138	148	129	134	142	137	143	148	155
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	9 134	10 010	9 779	11 000	10 260	9 322	10 134	11 244	...
Ausfuhr	Mill. DM	10 440	11 333	10 720	12 885	11 327	10 391	11 894	12 924	...
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 306	1 323	941	1 885	1 066	1 069	1 760	1 680	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1970	1971				1972			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	125	116	118	120	117	102	114
Binnenschifffahrt	1962 = 100	140	134	132	140	148
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	163	156	152	149	159	145	144
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	88	88	100	87	90	89	88
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	93	96	105	100	94	96	106	97	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	36 889	40 292	35 707	35 955	37 054	38 793	38 687	40 416	40 840 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	525 242	594 686	527 613	531 261	535 096	594 066	598 840	607 604	614 808 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	431 125	490 915	433 827	437 808	440 594	491 276	495 592	503 777	509 982 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	94 117	103 771	93 786	93 453	94 502	102 790	103 248	103 827	104 826 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	441 415	501 359	445 347	449 587	455 049	500 196	505 861	506 855	511 763 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	203 491	230 284	207 595	208 941	210 169	232 749	235 174	236 436	239 038 ^P
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	131,7	132,9	136,3	139,1	136,5	135,4	143,4	148,7	152,5
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	81,5	80,4	83,0	82,1	81,5	82,9	83,1	82,4	80,4
Lohnsteuer	Mill. DM	5 152	5 865	3 427	8 332	3 475	6 121	4 259	9 516	4 244
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 924	3 567	3 073	2 807	2 912	4 781	3 584	3 339	3 580
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 177	3 575	3 790	2 868	3 356	4 641	4 065	3 270	3 752
Zölle und Verbrauchsteuern	Mill. DM	2 232	2 572	2 695	1 986	2 300	3 632	3 085	2 213	2 643
	Mill. DM	2 065	2 209	1 906	2 518	2 236	1 666	2 216	2 217	2 587
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	...	96,5	98,0	98,8	106,4	108,2	108,0 ^P	108,4 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	...	111,8	112,6	112,7	116,2	117,1	117,9	118,3
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	107,5	112,5	111,5	112,0	112,4	114,0	114,4	115,0	115,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	147,4	162,7	155,8	.	.	.	169,4	.	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	115,6	124,8	120,3	.	.	.	125,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	130,4	128,1	128,9	129,5	134,5	135,1	135,8	136,1
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	121,8	119,9	120,6	121,3	125,3	125,9	126,4	126,8
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	122,8	120,1	121,0	121,5	127,3	127,9	128,6	129,1
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	173,1	169,0	170,2	171,5	178,6	179,5	180,6	181,3
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	135,5	135,4	135,8	134,0	141,6	142,9	142,9	141,1
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	120,7	119,6	119,9	120,2	125,8	125,6	125,8	125,6
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	125,4	121,9	124,4	124,7	129,2	130,2	132,0	132,2
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	150,1	146,9	147,7	149,0	154,6	155,6	157,0	157,9
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	136,4	133,7	134,4	135,4	140,0	140,5	140,8	141,3
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	126,8	124,9	125,2	125,4	129,5	130,0	130,3	130,5
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	130,4	127,7	128,7	129,3	134,3	135,0	135,6	135,9
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	108,6	.	.	106,7	110,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,1	.	.	108,1	115,7
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	110,9	.	.	109,1	116,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	111,3	.	.	109,5	118,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,1	.	.	97,9	94,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	100,0	98,9	.	.	98,7	97,8

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Steuereinnahmen von Bund und Land steigend

Durch die beginnende konjunkturelle Belebung in diesem Jahr und die kurzfristige Wachstumsverlangsamung im Vorjahr sind die auf das 1. Halbjahr des Vorjahres bezogenen Aufkommenserhöhungen der ersten sechs Monate 1972 spürbar stärker. Bundes-, Landes- und Gemeinschaftsteuern erbrachten von Januar bis Juni 18,2% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im 1. Halbjahr 1971 lag der entsprechende Anstieg ohne Berücksichtigung der dem Rechnungsjahr 1970 zuzurechnenden nachgezählten Zerlegungsbeträge bei +13,5%.

Das Gesamtaufkommen von 3,8 Mrd. DM ist zu über drei Vierteln den Gemeinschaftsteuern zuzurechnen, die mit +19,5% stärker als Bundes- (+17,6%) und Landessteuern (+7,1%) stiegen. Während Bundes- und Landessteuern zum Teil rückläufige Einzelsteuern aufweisen, sind die Gemeinschaftsteuern durch stark steigende Steuern vom Einkommen (um 21,2% auf 1 864 Mill. DM) und Steuern vom Umsatz (um 16,5% auf 1 060 Mill. DM) gekennzeichnet. Der Schwerpunkt des Aufkommens der Bundessteuern (617 Mill. DM) liegt mit 575 Mill. DM bei den Verbrauchsteuern, die trotz rückläufiger Zolleinnahmen (-13,1%) um 21,1% anstiegen. Die Landessteuern zeigten hauptsächlich bei der Kraftfahrzeugsteuer mit +143 Mill. DM stärkere Zugänge.

Die Steuerverteilung führte zu einem Anstieg der Steuereinnahmen des Bundes um 15,9% auf 2 169 Mill. DM, beim Land um 18,8% auf 1 604 Mill. DM. vh

13,5% mehr Schulden bei Land und Gemeinden (Gv.)

Land, Gemeinden und Gemeindeverbände waren am 31. Dezember 1971 mit einer Gesamtschuld von 7,4 Mrd. DM belastet; das sind 13,5% mehr als im Vorjahr. Während das Land sich mit einem Nettoanstieg von 390 Mio. DM um 14,4% mehr als 1970 verschuldete, lag der Schuldenanstieg bei den Kommunen mit +12,8% etwas niedriger (Vorjahr +16,1%).

Die Verwendung der Neuaufnahmen, die beim Land nicht nachweisbar ist, zeigt bei den Gemeinden (Gv.) starke Zunahmen bei Schulen (+94,7%), Allgemeiner Verwaltung (+83,5%), Sozialen Angelegenheiten (+34,4%) und Öffentliche Sicherheit und Ordnung (+25,0%). Aus der Schuldenstruktur sowohl des Landes als auch der kommunalen Gebietskörperschaften ergibt sich, daß überwiegend Kreditmarktmittel in Anspruch genommen wurden, von denen die Gemeinden mehr als vier Fünftel bei Sparkassen, Girozentralen und sonstigen Kreditinstituten aufnahmen, während das Land sich nur etwa zur Hälfte bei Banken und Sparkassen, mit dem größten Teil der übrigen Kreditmarktmittel aber in Form von Inhaberschuldverschreibungen verschuldete. vh

Mehr über dieses Thema auf Seite 172

Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1971

Straßenverkehrsunfälle 1970 - Orte und Schwerpunkte
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1970
Öffentliche Jugendhilfe 1970
Schlachtier- und Fleischbeschau 1970
Leerstehende Wohnungen 1968
Sozialwohnungen 1968

Heft 8/August 1971

Bevölkerungsentwicklung 1970-2000
Ernteaussichten für 1971
Hochbautätigkeit 1970
Haushalte und ihre Wohnungen 1968
Wohnverhältnisse Rheinland-Pfalz/Bund 1968
Struktur des Handwerks 1967/68

Heft 9/September 1971

Baulandmarkt 1970
Wohngeld 1970
Grund-, Haupt-, Sonderschulen 1970/71
Steuerbelastung der Lohnneinkommen 1968
Aufwand und Ertrag im Baugewerbe 1967

Heft 10/Okttober 1971

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1970
Sozialprodukt 1. Halbjahr 1971
Bevölkerungsentwicklung 1970-1990
Ehelösungen 1970
Berufsbildende Schulen 1970/71
Realschulen und Gymnasien 1970/71
Volkshochschulen 1970
Sozialhilfeempfänger 1970

Heft 11/November 1971

Wohnbevölkerung am 27. Mai 1970
Regionales Sozialprodukt 1968
Branchenstruktur und Standorte der Industrie 1970/71
Straßennetz am 1. Januar 1971
Öffentliche Wasserversorgung 1969
Nachkriegswohnungsbau 1950 - 1970

Heft 12/Dezember 1971

Rheinland-Pfalz 1971 - Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung
Siedlungsstruktur 1939 - 1970
Frauenarbeit und Betriebsformen 1970
Einkommensteuerpflichtige 1968

Heft 1/Januar 1972

Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe 1971
Bodennutzung 1971
Schüler und Studenten 1971/72
Bevölkerungsentwicklung 1970
Unfallursachen 1970
Sozialwohnungsbau 1953 - 1970

Heft 2/Februar 1972

Leistungsniveau der gesetzlichen Krankenversicherung
1967 - 1970
Krankenkassen und Lohnfortzahlungsgesetz
Öffentliche Abwasserbeseitigung 1969
Beteiligung am Erwerbsleben 1971
Löhne und Gehälter der nichtlandwirtschaftlichen
Arbeitnehmer 1969
Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Bundesländern 1970
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1971

Heft 3/März 1972

Sozialprodukt 1960 - 1971
Anbauverhältnisse im Weinbau 1968 - 1971
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1971
Berufsziele der Studierenden 1970/71
Meldepflichtige Krankheiten 1971
Verdienste und Arbeitszeiten 1971
Tiefbauaufträge 1961 - 1970
Einnahmen und Vermögen der gesetzlichen Kranken-
versicherung 1967 - 1970

Heft 4/April 1972

Bauhauptgewerbe 1971
Betriebsgrößenstruktur 1970
Investitionen im produzierenden Gewerbe 1970
Nichtwohnbau 1951 - 1970
Milch, Fleisch und Eier 1971

Heft 5/Mai 1972

Teilkommunalwahlen am 23. April 1972
Gesamtwirtschaftliche Struktur 1960 - 1969
Industrie 1971
Beschäftigtenstruktur der nichtlandwirtschaftlichen
Arbeitsstätten 1970
Sozialhilfeaufwand 1971

Heft 6/Juni 1972

Kriegsopferfürsorge 1971
Tiefbau 1971
Nutztviehhaltung 1971
Unternehmensstruktur der gewerblichen Wirtschaft 1970
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der
Industrie 1969
Struktur des Einzelhandels 1968

Themen der folgenden Hefte

Volkszählung 1970
Bevölkerungsentwicklung 1971
Ernteaussichten für 1972
Industriezensus 1967
Arbeitsstättenzählung 1970
Ausfuhr 1971
Finanzplanung der Gemeinden

DIE LANDWIRTSCHAFT IN RHEINLAND-PFALZ 1971

Umfang 180 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis DM 11,00

Mit dieser Veröffentlichung wird die jährliche zusammenfassende Darstellung aller ermittelten agrarstatistischen Daten fortgesetzt. Die wichtigsten Ergebnisse sind ausführlich kommentiert und durch Textübersichten und Schaubilder ergänzt. Der neue Band enthält auch ausführliche Ergebnisse der Fortführung des Weinbaukalters und der Weinbestandstatistik. Der Tabellenteil bietet:

Betriebsverhältnisse

Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe — Arbeitskräfte — Schlepper — Mähdrescher

Bodennutzung und Ernte

Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungs- und Kulturarten — Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen — Rebfläche und Weinmosternte nach Rebsorten — Weinbestände — Obsternte — Anbau und Ernte von Gemüse — Anbau von Blumen und Zierpflanzen — Pflanzenbestände in Baumschulen

Viehwirtschaft

Viehbestände und Viehhalter — Milcherzeugung und -verwendung — Schlachtungen und Schlachtmenge — Untersuchungen bei Schlachtungen und Schlachttieren — Verbreitung der Tierseuchen

Betriebs- und Marktwirtschaft

Vorratshaltung und Verwendung der Getreide- und Kartoffelernte — Eierzeugung und Verwendung — Schlachtviehverkäufe — Brut und Schlachtungen von Geflügel — Handelsdüngerverbrauch — Erzeugerpreise.

Zu Vergleichszwecken sind ferner zahlreiche Sechsjahresdurchschnitte und Daten aus den übrigen Bundesländern aufgeführt. Der Band ermöglicht somit einen umfassenden Überblick über die rheinland-pfälzische Landwirtschaft.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.